

Blocher regiert	4
Erfolg und Ideologie der Schweizerischen Volkspartei	
VON ALEX RIVA	
Ein Handlungsreisender in Sachen Judenmord	7
Adolf Eichmann, die Moderne und der Antisemitismus	
VON FABIAN KETTNER	
Der Weg nach Auschwitz	14
VON FLORIAN MARKL	
Aufklärung als AntITotalitarismus	16
Zwei Ausstellungen in Kärnten/Koroška	
VON JUDITH GÖTZ UND BERNHARD WERNITZNIG	
„Wohlsein nach Schandtaten“	18
Der Antisemitismus der Gruppe 47	
VON RENATE GÖLLNER	
Die Mühen der Erinnerung	20
Ein Gruppenexperiment	
VON HANNAH FRÖHLICH UND HERIBERT SCHIEDEL	
NEBST INTERVIEWS MIT JOSEF SHAKED UND GERLINDE FARKAS-ZEHETNER	
Das Vergnügen der Assoziation	24
Überlegungen anlässlich des European Social Forum	
VON HEIDE HAMMER UND STEFAN VATER	
Staat ohne Faschismus, Subjekt ohne Regression	27
John Holloways Versuch, die Welt zu verändern	
VON TOBIAS OFENBAUER	
Fallstricke des Antikapitalismus	29
Gedanken zur Globalisierungskritik	
VON HERIBERT SCHIEDEL	
Der Etatismus der Sozialdemokratie	32
VON STEPHAN GRIGAT	
Der Irak, die Türkei und die Kurden	34
VON DABAN SHADALA	
Ordnungsmacht und Destabilisierung im Irak	35
VON ARAS FATAH	
Besatzung und Demokratie nach dem Krieg	36
VON SABAH ALNASSERI	
Kriegsgründe	37
Resentimenthaftes und Analytisches zum Irakkrieg	
VON MARY KREUTZER UND THOMAS SCHMIDINGER	
Internationalismus und Bellizismus	40
VON THOMAS SCHMIDINGER	
Impressum & Offenlegung	3

Das Context XXI-Abo

Preise

Österreich Sozialabo	22,- Euro
Österreich Normalabo	33,- Euro
Ausland Sozialabo	30,- Euro
Ausland Normalabo	38,- Euro
Übersee	44,- Euro

Probeabo (nur in Österreich): Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben kostenlos und unverbindlich zugesandt.

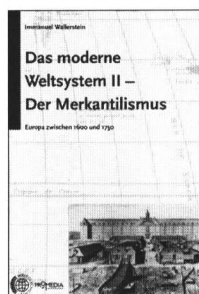
Probeheft (auf der ganzen Welt): Sie erhalten eine bereits erschienene Ausgabe kostenlos und unverbindlich zugesandt.

Coninfo-Mailingliste: Informationen über Radiosendungen, Veranstaltungen, Publikationen etc. Subskription über die Redaktion.

Das Abo-Geschenk

Neuabonnenten und -abonnentinnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der nachstehenden Abogeschenke. Rasch bestellen und Geschenkwunsch angeben!

- Mary Kreutzer/Thomas Schmidinger: **Niederlagen des Friedens.** Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador. 162 Seiten
- Immanuel Wallerstein: **Das moderne Weltsystem II – Der Merkantilismus.** 430 Seiten
- Wolf Haas: **Komm, süßer Tod.** 223 Seiten.
- 3 alte Hefte von **Context XXI** nach Wahl
- Diverse: **etwas besseres als europa** (CD)
- **Komm, Süsster Tod.** Soundtrack – Filmdialoge (CD)



Das Kleingedruckte

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich oder per Email bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar und jeweils zum Jahresende kündbar.

Die Abo-Bestellung

bitte schriftlich, per FAX oder per Email an:

Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien
 Fax: ++43-1/532 74 16, redaktion@contextxxi.at

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Zeitschrift **Context XXI** wurde seit ihrem Bestehen von der *Arbeitsgemeinschaft Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung* herausgegeben; ebenso die Vorgängerzeitschrift **ZOOM**. Seit der letzten Nummer hat die *Arge* diese Herausbergerschaft aufgekündigt, womit eine langjährige Zusammenarbeit beendet wird. In Zukunft wird die Zeitschrift von der bisher als Mitherausgeberin fungierenden österreichischen Sektion der *Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus* herausgegeben. Der Grund dafür ist einfach. Während die *Arge* ihre Ablehnung militärischer Gewalt absolut setzt und darüber in einem von ihr mitgetragenen Medium offensichtlich nicht diskutieren möchte, finden sich in der Redaktion und auch bei den Autoren und Autorinnen von **Context XXI** sowohl Menschen, die diesen prinzipiellen Pazifismus teilen, als auch solche,

die in einer allgemeinen und abstrakten Gewaltablehnung eine zwangsläufige Einverständniserklärung mit der unerträglichen Einrichtung der Welt sehen. Und dann gibt es solche, die keine dieser beiden Positionen teilen, aber eine Diskussion über Gewalt und Gegengewalt, über Antimilitarismus, Pazifismus und gesellschaftliche Veränderungen führen möchten. Genau dazu möchte **Context XXI** weiterhin einen Beitrag leisten. Einigkeit besteht dabei lediglich darüber, dass diese Diskussion nicht ohne eine Reflexion auf jene Voraussetzungen möglich ist, die der Nationalsozialismus geschaffen hat.

Dementsprechend finden Sie auch im vorliegenden Heft eine Auseinandersetzung mit dem NS und seinem Nachwirken bis in die Gegenwart – ein Nachwirken, das sich selbst noch in jenen Bewegungen manifestiert, die sich die Verbesserung der Welt auf die Fahnen

geschrieben haben. Die in den vorangegangenen Heften begonnene Auseinandersetzung über die globalisierungskritische Bewegung wird ebenso fortgeführt wie die Diskussion über die Militärintervention der USA im Irak.

Alle, die **Context XXI** in der Vergangenheit durch ihre Mitgliedschaft in der *Arge* bezogen haben, laden wir herzlich zu einem Abonnement ein. Die Zeitschrift lebt von ihren Lesern und Leserinnen. Wer weiterhin an unterschiedlichen Positionen zur Gewalt- und Herrschaftskritik interessiert ist, ermögliche uns die Weiterarbeit und mache von einem der nebenstehenden Angebote Gebrauch. Ebenfalls erfreuen würde es uns, wenn einige jener Leser und Leserinnen, die bisher ein Probeabo bezogen oder diese und die letzte Nummer von **Context XXI** über die Adressliste des *Republikanischen Clubs* zugeschickt bekommen haben, sich zu ei-

nem Sozial-, Normal- oder Förderabo entschließen könnten. Dieser Apell richtet sich nachdrücklich auch an jene Leser und Leserinnen, die auf Grund unserer ebenso wohlwollend wie ungezwungen geführten Abokartei **Context XXI** schon einige Zeit gratis beziehen. Die längerfristige Sicherung des Gesamtprojektes – der Zeitschrift, der Produktion von Radiosendungen für die freien Radios in Österreich und Deutschland, der Internetseite mit ihrem umfangreichen Text- und Tonarchiv – ist nur durch eine Erhöhung der Abonnenten- und Abonnentinnenzahl zu gewährleisten. Wir bitten um Lektüre, Bestellung und Weiterempfehlung, und wir hoffen, Ihnen auch in Zukunft eine Zeitschrift bieten zu können, in der mehr steht als das, was Sie ohnehin schon wissen und denken.

STEPHAN GRIGAT
DEZEMBER 2003

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: redaktion@contextxxi.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** LICRA-Österreich (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) **Redaktion:** Katrin Auer, Hannah Fröhlich, Manfred Gmeiner, Stephan Grigat (koordinierender Redakteur), Alex Gruber, Heide Hammer (Radio), Günter Hefler, Mary Kreutzer, Eva Krivanec, Wolfgang Lamsa, Stella Pügg-Waldmüller (Internet), Heribert Schiedel, Alexander Schürmann-

Emanuely (geschäftsführender Redakteur), Thomas Schmidinger, Markus Zingerle (Radio) **AutorInnen dieser Ausgabe:** Sabah Alnasseri, Aras Fatah, Renate Göllner, Judith Götz, Fabian Kettner, Florian Markl, Tobias Ofenbauer, Daban Shadala, Alex Riva, Stefan Vater, Bernhard Wernitznig **Titelgraphik:** diE nOt **Hersteller:** Resch druck & grafik, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Offenlegung:** Der Medieninhaber ist zu 100% Eigentümer, von sonst nichts und sonst niemand; Leitungsorgan ist die Redaktion; grundlegende Richtung: Kritik **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ: 11.000, IBAN: AT32 1100 0052 1072 8100, BIC: BKAUATWW) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://www.contextxxi.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint im März.

Blocher regiert

Erfolg und Ideologie der Schweizerischen Volkspartei

Die SVP ist zur stärksten politischen Kraft in der Schweiz geworden. Sie setzt auf Resentiments gegen Marginalisierte und auf einen Nationalismus, der sich einen antifaschistischen Anstrich gibt.

VON ALEX RIVA *

Nachdem Blocher aufgrund des Wahlerfolgs der Schweizerischen Volkspartei (SVP) einen zweiten Bundesratssitz für sich beansprucht hat, schreibt ein begeisterter Fan an die Neue Zürcher Zeitung: „Recht hat Christoph Blocher: In der heutigen schweren Zeit sind nur die allerbesten Köpfe gut genug für unsere oberste Exekutive. Hier kann er liefern statt lafern. Zudem ist er ein Schnelldenker. Probleme löst er, bevor sie sich stellen, und Fragen beantwortet er spätestens, während sie gestellt werden.“

Bezeichnend an diesem Leserbrief ist die dem Erzpöplisten von seiner Anhängerschaft entgegengebrachte Heilserwartung. Eher ungewöhnlich ist dagegen das Faible fürs Intellektuelle, das dem Idol der einfachen Leute selber entschieden abgeht, zieht es doch immer wieder gegen die praxisferne und kopflastige „classe politique“ los. Dabei hat der so offenherzig minderbemittelte Schreiber mit der Charakterisierung des durchgestarteten „Schnelldenkers“ nicht nur Unrecht. Blocher ist bekannt dafür, dass er Fragen vorschnell beantwortet und überhaupt bei Diskussionen den anderen dauernd ins Wort fällt. Auch will er systematisch Probleme lösen, die – zumindest in der Form, wie er sie darstellt – gar nicht bestehen.

Jüngstes Beispiel ist die Kampagne der SVP gegen angebliche „Scheininvaliden“ im Vorfeld der Parlamentswahlen. Die Kampagne greift eine Erscheinung der auch in der Schweiz spürbaren Krise der letzten paar Jahre auf, nämlich die steigende Zahl von Arbeitsgeschädigten, die auf Renten angewiesen sind. Ausgeblendet werden dabei die durch Einsparungen verursachten, schlechteren Sicherheitsvorkehrungen, die höhere physische und psychische Belastung am Arbeitsplatz und der erschwerte Zugang zu medizinischer Versorgung als Gründe für die Zunahme der RentenbezieherInnen. Stattdessen erfindet die SVP die „Scheininvaliden“, denen es darum gehe, die von den „ehrlichen Arbeitern“ erwirtschafteten Gelder aus den Rentenfonds einzustreichen. Solche Aufhetzung gegen ein eigens kreiertes Schmarotzertum, sei es in Gestalt von „Scheininvaliden“, von drückebergerischen Arbeitslosen oder von „Scheinasylanten“, ist programmatisch für die Politik der SVP.

Dass immer mehr Schweizer Stimmberechtigte der Kampfansage an die sozial Geschwächtesten Folge zu leisten gewillt sind, ist an den letzten Wahlen wieder deutlich geworden. Das Heilsversprechen der SVP ist im Grunde ein Entrechtungsversprechen, das le-

diglich erwarten lässt, dass die Einbuße immer zuerst die Anderen trifft. Der große Zuspruch zu einer Partei, aus deren allgemeinem Programm leicht ersichtlich wird, dass ihr gesteigerter Einfluss die Lage der Mehrheit nur noch verschlimmern wird, ist schwer zu begreifen. Es ist, als hätte sich der ratlose Rückgriff auf Mittel, die sich gegenüber der Bedrückung schon mehrfach als wirkungslos erwiesen haben, – hilft's nicht, so schadet's auch nicht – bei zwanghaft festgehaltener Ignoranz in den Glauben verdreht: Was schadet, das muss auch helfen.

Ein Sieg der Provinz

Am 18. Oktober ist in der Schweiz das Parlament neu gewählt worden. Die zwei Gewinner waren die SVP und die Grünen. Die SVP, die schon bei den letzten nationalen Wahlen 1999 die meisten Stimmen erhielt, stellt wieder die stärkste Fraktion im Parlament. Sie hat damit die Sozialdemokratische Partei überholt, obwohl diese auch leicht zulegen konnte. Der Zuwachs der SVP geht vor allem auf Kosten der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) und der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP). Die Verluste dieser beiden ehemals einflussreichsten Parteien sind schnell erklärt. Die CVP pflügt einen wenig reizvollen

*) Alex Riva ist Redakteur der in Zürich erscheinenden Zeitschrift RISSE (www.risse.info).

Konservatismus, der sie etwa dazu bringt, sich im Vorfeld der Wahlen ernsthaft mit der päpstlichen Eingebung auseinander zu setzen, dass Kondome des Teufels seien. Die FDP gilt als Wirtschaftspartei und ist für den Zusammenbruch von namhaften Unternehmen (Swissair) verantwortlich gemacht worden.

Überraschender ist das Ausmaß der Gewinne. Die Grünen erzielten über sieben Prozent. Der Erfolg ist wohl auf die Beteiligung an den antiglobalen Mobilisierungen zurückzuführen, wobei die Grünen auch gleich der wahnhaften Fixierung Rechnung tragen können, die für die Bewegung kennzeichnend ist. Mit Daniel Vischer bringt nämlich die Zürcher Sektion, die ein Wahlbündnis mit der katholisch-konservativen CVP eingegangen ist, einen Mann ins Parlament, dessen antiisraelische Agitation notorisch ist.

Die SVP macht Gewinne vor allem in der frankophonen Westschweiz. In den Westschweizer Kantonen war sie bisher nur schwach oder gar nicht vertreten. Jetzt kommt sie etwa im Kanton Neuenburg auf Anhieb auf 27 Prozent der Stimmen. Zuvor galt die SVP in der Westschweiz, wo eine Mehrzahl den EU-Beitritt begrüßen würde, als Auswuchs der grassierenden Borniertheit und Fremdenfeindlichkeit in der Deutschschweizer Provinz. Inzwischen findet eine Konsolidierung der Borniertheit statt. Neuerdings empfinden auch vormalig ihr gegenüber aufgeschlossener Bevölkerungsteile die EU als Bedrohung des Kleinstaats und die Forderungen in den bilate-

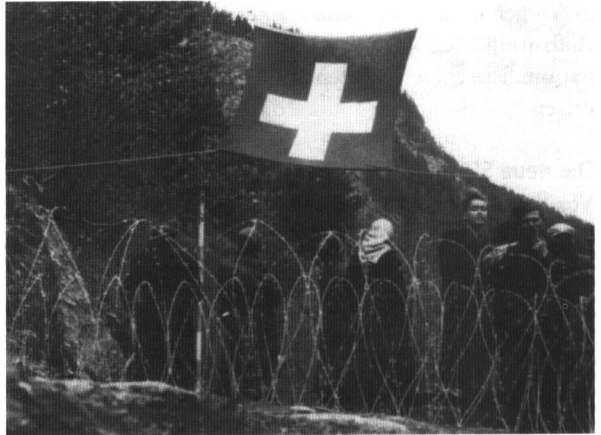
ralen Verhandlungen als eine Zumutung. Die SVP empfiehlt sich diesem Unmut dadurch, dass sie die einzige Partei ist, die geschlossen und vehement gegen die EU auftritt.

Aus linker Sicht muss es seltsam anmuten, dass die Frage des Verhältnisses des Schweizer Staats zum imperialen Projekt EU eine derartige Bedeutung erlangen kann. Es gibt keinen vernünftigen Grund, sich für eines der beiden Übel zu entscheiden, zumal durch die effektive Bevorzugung eines der beiden Übel das andere damit nicht verschwindet. Trotzdem hat diese Frage in den letzten paar Jahre eine immense Rolle gespielt.

Offensive der SVP

Noch am Wahlabend hat die SVP angekündigt, sie wolle Blocher als zweiten Bundesrat in die Regierung befördern und andernfalls in die Opposition gehen. Einen Sitz freigeben müsse als stimmschwächste Bundesratspartei die CVP. Dieses Szenario setzt sich über die seit 1959 bestehende, sogenannte „Zauberformel“ hinweg, der gemäß, anders als die SVP mit einem Sitz, CVP, FDP und SP zwei Sitze im regierenden Bundesrat innehaben.

Die auf Konkordanz bedachten anderen Parteien setzen dem Coup wenig entgegen. Die SP lehnt zwar die Wahl Blochers ausdrücklich ab, stellt sich aber nicht grundsätzlich gegen eine zweite SVP-Vertretung im Bundesrat. Dabei war die Schweizer Sozialdemokratie in ihrer Geschichte selber schon davon betroffen, dass sie nicht gemäss ihrer Stimmenstärke an der Regierung



Eidgenössische Neutralität: Die Schweizer Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkriegs kostete zahlreichen Juden und Jüdinnen das Leben.

beteiligt wurde. Weil in der Schweiz die Regierung vom Parlament gewählt wird, war es möglich, dass sie erst 1943 den ersten Bundesratsitz erhielt, 1959 den zweiten. Im ersten Fall wurde ihr der Sitz von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit eingeräumt, weil sie die durch Kollaboration mit dem Nationalsozialismus erkaufte Landesverteidigung in dieser Form mittrug. Im zweiten Fall sollte die für die ArbeiterInnen fatale Sozialpartnerschaft durch stärkere Teilnahme an der Regierung stabilisiert werden.

Die SVP will dagegen keine politischen Zugeständnisse machen und nur die Wahl der von ihr vorgeschlagenen beiden Kandidaten akzeptieren. Wie üblich verlegen sich die restlichen Parteien gegenüber diesem offensiven Vorgehen auf bloßes Reagieren. Deshalb wird die SVP, ob sie nun stärker in der Regierung vertreten sein wird, oder ob sie vorübergehend ganz in die Opposition geht, für das politische Geschehen in der Schweiz weiterhin bestimmend sein. Welche Gefahren daraus entstehen, soll ein kurzer Blick auf das bisher-

ge Vorgehen der SVP beim Aufbau einer schlagkräftigen nationalistischen Rechten zeigen.

Die neue SVP

Vor der zweiten Hälfte der 80er Jahre war die SVP eher unauffällig und musste als kleine Partei beim damaligen Aufstieg der Grünen um ihren einen Sitz im Bundesrat bangen. Dann suchte die Zürcher Clique um Blocher die Partei auf einen Gegenkurs zu den Annäherungen der Regierung an EU und EWR zu bringen. Trotz ihrer Regierungsbeteiligung definiert sich die SVP seit 1989 als Oppositionspartei.

Zum Zweck des Heraushaltens der Schweiz aus internationalen Organisationen war schon 1987 die Basisorganisation AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz) gegründet worden, die zu einem großen Teil vom Unternehmer Blocher finanziert wird. Diese verfügt nicht nur über massenhaft, teils aktive Mitglieder, sondern konnte auch VertreterInnen aus der CVP, FDP und Rechtsaußenparteien für sich gewinnen, die den europäischen Projekten ablehnend gegenüber stehen. In der Kampagne zum EWR-Beitritt 1992 vermochten SVP und AUNS andere bürgerliche Fraktionen zu spalten und ihnen WählerInnen abspenstig zu machen.

Dass der neue Kurs der SVP aus dem Jahr 1989 stammt, ist ihr auch heute noch anzumerken. Allen, die politisch weiter links stehen, wirft sie vor, dem Sozialismus den Weg zu bereiten. Die SVP hat das antikommunistische Feindbild nicht aufgegeben, sondern gegen

internationale Projekte wie die EU und gegen die schweizerische Linke und das liberale Bürgertum gewendet. Gleichzeitig hat sie Hass gegen Flüchtlinge und Asylsuchende geschürt. Blocher forderte 1989 mit einer Interpellation im Parlament das Notrecht und die militärische Schließung der Grenze gegenüber Flüchtlingen aus dem Osten, eine Forderung, die bisher nur rechtsextreme Gruppen gestellt hatten. Aus diesen Kreisen erhielt die SVP in den folgenden Jahre auch einigen Zulauf. Rassistische Angriffe nahmen parallel zur Aufwiegelung der SVP gegen Asylsuchende von 1989 bis 1992 massiv zu.

Anders als rechtsnationalistische Parteien in Italien, Deutschland und Österreich, die salonfähig werden wollen, meint sich die SVP nicht abgrenzen zu müssen, wenn ihr Übereinstimmungen mit faschistischen oder nationalsozialistischen Ideologien vorgehalten werden. Sie versteht sich in einer mythischen Tradition, die den konsequenten Widerstand der Schweiz gegen den Nationalsozialismus behauptet. Dass es der Bundesrat der Vorläuferpartei der SVP war, in dessen Verantwortungsbereich die Flüchtlingspolitik im 2. Weltkrieg fiel und somit die Wegweisung von 30.000 Jüdinnen und Juden in die Vernichtung, bleibt in diesem geradezu antifaschistischen Idealbild von der nationalen Vergangenheit ausgeblendet. Angesichts der Verleugnung der Kollaboration der Schweiz mit dem Nationalsozialismus war es auch kein Zufall, dass 1997 im Zuge der Rückforderung von Geldern ermordeter Jüdinnen

und Juden an Schweizer Banken die SVP den daraufhin sich manifestierenden Antisemitismus noch anheizte. Blocher sprach von einer „Erpressung der Schweiz durch den jüdischen Weltkongress“. Solchem entgegenzutreten sei geradezu Bestimmung der SVP, sei die Partei doch, wie er in einer andern Rede betonte, „als Bollwerk gegen den roten und den goldenen Internationalismus“ gegründet worden.

Hinter dem Nationalismus der SVP steht die darwinistische Vorstellung, bei der Schweiz handle es sich um ein über „lange Zeit natürlich herangewachsenes Land“, das im Gegensatz zur EU als einer „intellektuellen Konstruktion auf dem Reißbrett“, so Blocher, „überlebensfähig und entwicklungsfähig sei“. Ökonomisch verspricht sich die SVP von ihrem rigiden Programm des Sozialabbaus einen Vorsprung für das schweizerische Kapital bei der Mehrwertabschöpfung. Um das Abbauprogramm rascher und härter als anderswo umsetzen zu können, strebt sie schon seit zehn Jahren die Führung im bürgerlichen Lager an.

Falsche Hoffnung

Bei vielen besteht die Hoffnung, dass durch die Einbindung Blochers in die Regierung die SVP moderater werden müsste. Zur zusätzlichen Erbauung wird oftmals Berlusconi in Italien oder die FPÖ angeführt. Ob in diesen zwei Fällen eine Mäßigung eingetreten ist, muss hier dahingestellt bleiben. Sicher ist, dass Blocher, anders als momentan Haider, selber in die Regierung will. Wie Haider will er das poli-

tische Spektrum noch weiter nach rechts treiben. Eine ungleich größere Bedrohung geht davon aus, dass die SVP ihr Hauptanliegen, das Heraushalten der Schweiz aus der EU, bisher erfolgreich durchgesetzt hat. Auseinandersetzungen mit der EU sind in der Schweiz dadurch Regierungssache geworden. Das verschafft der nationalistischen Rechten in der Regierung von vornherein mehr Durchschlagskraft zur Umsetzung ihrer Ziele.

Zu wenig beachtet wird die Tatsache, dass sowohl in Österreich als auch in der Schweiz, also in zwei klassischen Ländern sozialpartnerschaftlicher Konsenspolitik nach 1945, die Sozialpartnerschaft zuerst von rechts her gebrochen wird. Der gesteigerte Einfluss der SVP wird in der Schweiz schwere soziale Folgen haben, welche die nationalistische Rechte den Betroffenen selber, etwa den MigrantInnen und den RentnerInnen, anlasten wird.

Widerstand regt sich dagegen kaum. Die SP und die Gewerkschaften verwalten bloß weiterhin soziale Ansprüche. Die Ausgebeuteten und Diskriminierten werden zum Dulden angehalten. Auch jetzt noch wird zu Kampfmitteln erst gegriffen, wenn sozialpartnerschaftliche Rituale von der Seite des Bürgertums nicht mehr eingehalten werden. Die bloße Wiederherstellung der Sozialpartnerschaft kann aber nur wieder zurückführen zur Entmündigung, auf der dieses Prinzip beruht. Der Aufstieg der neuen nationalistischen Rechten ist durch das Beharren auf sozialpartnerschaftlicher Konsenspolitik nicht zu bremsen, weil sie sein Nährboden ist.

Ein Handlungsreisender in Sachen Judenmord

Adolf Eichmann, die Moderne und der Antisemitismus

Am 31. Mai 1962 wurde Adolf Eichmann in Israel hingerichtet. Er war zuvor in Argentinien, wohin er sich nach der Niederwerfung des Nationalsozialismus wie viele Nazis über Umwege geflüchtet hatte, vom Mossad aufgespürt, nach Israel entführt, dort interniert und verhört worden. Darauf folgte der Strafprozess. Mit Eichmann hatte man den Fachmann für die „Judenfrage“ im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) dingfest gemacht. Eichmanns Büro war die Schalt- und Koordinationsstelle der Vernichtung der europäischen Juden. Jeder Transport nach Auschwitz ging durch seine Akten.

Hannah Arendt und Harry Mulisch waren in Israel als Prozessbeobachter vor Ort. Sie schrieben in den sechziger Jahren Berichte, die in Buchform zu Klassikern der Eichmann-Interpretation wurden. Auch Günther Anders legte mit seinen beiden offenen Briefen an den Sohn von Adolf Eichmann einen Klassiker vor, in welchem er, ähnlich wie Arendt, seine Diagnose der Moderne mit der Interpretation Eichmanns verband. Was aber ist von diesen Interpretationen, die bis heute eine wichtige Rolle in den Diskussionen über den Nationalsozialismus spielen, zu halten?

„... kein Frankenstein“

Avner Less, Hauptmann der israelischen Polizei, war vom Staatsanwalt des Staates Israel beauftragt worden, Eichmann vor dem Prozess zu verhören. Er saß dabei dem Mann gegenüber, durch dessen Akten die Deportation seines eigenen Vaters nach Auschwitz ging. Seine Beschreibung der ersten Begegnung mit Eichmann ist typisch: „Mein unmittelbarer Vorgesetzter (...) und ich ließen ihn im Verhörraum vorführen. Wir warteten gespannt (...). Als dann der Häftling in Khakihose und – hemd mit offenen Sandalen an den Füßen vor uns stand, war ich enttäuscht. Ich weiß nicht mehr, was ich erwartet hatte – wahrscheinlich einen Nazi, wie man ihn aus Filmen kannte: groß, blond, mit stechenden blauen Augen, ein brutales Gesicht, das herrische Arroganz ausstrahlt. Doch nun stand plötzlich ein ganz gewöhnlicher Mensch vor mir, (...) kein Frankenstein und kein Teufel.“¹ Diese Fallhöhe zwischen unbestimmt erwartetem Bild, das man sich unbewusst während Eichmanns bisheriger Unsichtbarkeit gemacht hatte ob seiner ungeheuerlichen Taten und der tatsächlichen Erscheinung, fiel vielen Prozessbeobachtern auf. Als Eichmann zum ersten Mal vor Gericht erschien, erwies er sich nach Harry Mulisch als

„ein etwas ungepflegter, erkälteter Mensch mit Brille. Um etwas von seiner einstigen Wirkung wiederzufinden, muß eine neue Unsichtbarkeit entworfen werden: etwa, daß er Himmlers Intimus war. Ich bin hier noch keinem begegnet, der sich nicht mit derartigen Übungen befaßt, um das Satansbild in den Augen der Welt aufrechtzuerhalten. (...) Was jedoch in diesem Glaskäfig hockt, ist ein einsamer, sterbender Mann.“²

Der Eindruck von der äußeren Erscheinung korrespondiert mit dem Bild, das Hannah Arendt, Harry Mulisch und Günther Anders sich von Eichmanns Charakter und von dessen Arbeit im RSHA machten. Eichmann sei ein Bürokrat und Spießbürger gewesen, gewöhnlich, banal und durchschnittlich. Laut psychiatrischem Gutachten war er vollkommen normal. Als Kleinbürger habe er seinen Job getan, den „Verwaltungsmassenmord“. Auch wenn die Anklage vorsätzliches Handeln unterstellte, „hatte er überhaupt keine Motive“, „außer einer ganz gewöhnlichen Beflissenheit, alles zu tun, was seinem Fortkommen dienlich sein konnte“, „und auch diese Beflissenheit war an sich keineswegs kriminell.“³ Eichmann war im RSHA auf seinem Posten und zeichnete sich dort aus durch „die will-

Die Betonung von Bürokratie und moderner Arbeitsteilung im Prozess der Menschenvernichtung blendet den Antisemitismus selbst noch beim Hauptorganisator der Shoah aus.

VON FABIAN KETTNER *

EINE LANGFASSUNG DIESES ARTIKELS FINDEN SIE DEMNÄCHST IN DER INTERNETAUSGABE VON CONTEXT XXI: WWW.CONTEXTXXI.AT

*) Fabian Kettner ist Mitglied des Arbeitskreises Rote Ruhr Uni in Bochum (www.rote-ruhr-uni.org).



Konzentrationslager Buchenwald

fähige Beachtung von Kommandos“, durch „Streberhaftigkeit, mit der er den Fahrplan machte“.4 Wenn Arendt ihm „schiere Gedankenlosigkeit“ attestiert, „die ihn dafür prädisponierte, zu einem der größten Verbrecher jener Zeit zu werden“,5 dann kann er seinen Job nur formell getan haben, wie jeden anderen, wenn er woanders gegessen hätte.6 Er hätte laut Mulisch „auch vergast (...), wenn er *dazu* den Befehl erhalten hätte“, wie er, „wenn Albert Schweitzer Reichskanzler gewesen wäre“, diesem „ebenso vortrefflich gedient“ hätte. Dass ihm seine Arbeit im Grunde gleichgültig gewesen sei, lasse sich aus Eichmanns Verhörprotokollen herauslesen.

Er sei auch kein Antisemit gewesen. Er sprach sich gegen den Radau-Antisemitismus des *Stürmer* aus und habe die „politische Lösung“ favorisiert, dabei aber „einer Irrlehre gedient, an die er nicht glaubte“.7 Ganz im Gegenteil begeisterte er sich fürs Jüdische: er lernte ein wenig Hebräisch, las mit Begeisterung Theodor Herzls *Judenstaat* und erschien zu dessen Todestag an seinem Grab.

Die Betonung der Unauffälligkeit, Durchschnittlichkeit, Normalität Eichmanns soll nicht *ihn* verniedlichen, sondern das Augenmerk lenken auf das, wovon er sich nicht abhebe: die Normalität. „Das beunruhigende an der

Person Eichmanns war doch gerade, daß er war wie viele und daß diese vielen weder pervers noch sadistisch, sondern schrecklich und erschreckend normal waren und sind. Vom Standpunkt unserer Rechtsinstitutionen und an unseren moralischen Urteilsmaßstäben gemessen, war diese Normalität viel erschreckender als all die Greuel zusammengenommen, denn sie implizierte (...), daß dieser neue Verbrechertypus (...) unter Bedingungen handelt, die es ihm beinahe unmöglich machen, sich seiner Untaten bewußt zu werden.“8 So Arendts vielzitiertes Resümee. Adolf Eichmann wird in einen interpretativen Gesamtzugriff auf die Moderne eingeordnet. Diese paradoxe (organisiert die Vernichtung der europäischen Juden und ist kein Antisemit) und gleichzeitig geradlinige (obrigkeitshöriger Bürokrat, der jeden Befehl gewissenhaft ausführt) Persönlichkeit sei für die Gegenwart typisch, in den Worten von Günther Anders, „etwas für den heutigen Zustand unserer Welt höchst Bezeichnendes, sogar etwas Unvermeidliches“.9 Man kann hier zwei Erklärungen des Phänomens Eichmann unterscheiden: die von Günther Anders und die von Hannah Arendt.

Arbeitsteilung

Günther Anders legt „zwei Wurzeln“ frei. Beide haben ihren Grund darin, dass die Welt menschlicher Herstellungen sich gegenüber den Menschen verselbständigt habe. Dies resultiere aus der modernen Form und Organisation von Arbeit. „Herstellungen‘ wird ganz wörtlich und dinglich verstanden: die Produkte der Menschen, die

technischen Geräte gewinnen ein Eigenleben. Dadurch ver-sage die Vorstellungskraft der Menschen. „... dasjenige, was wir nun *machen* können“ sei größer „als dasjenige, wovon wir uns ein Bild *machen* können“; „zwischen unserer Fähigkeit der Herstellung und der der Vorstellung“ habe sich „eine Kluft“ aufgetan. Eichmann habe „seinen monströsen Handlungen so (gegenübergestanden), als wenn diese nicht der Rede wert, als wenn sie emotional ‚quantités négligeables‘ gewesen wären (...), weil sie so ungeheuerlich groß gewesen waren.“10 Mit dem Ausfüllen eines Formulars regelte er einen Transport nach Auschwitz, mit ein paar Federstrichen besiegelte er das Schicksal von über tausend Menschen. Eigene Aktion und Resultat fallen auseinander.

Distanzierung vom Geschehen und Potenzierung der Effekte ist das eine Merkmal bürokratischer Exekutive und Macht; das andere ist das der Arbeitsteilung. „Wir“ seien „fast durchweg Subalternarbeiter“ und als solche „interessieren“ wir uns nicht „für den Effekt unserer Arbeit und damit für die Vorstellung des Endeffekts überhaupt“; und dies sei so, „weil wir an diesem Interesse gehindert werden; weil wir uns (...) darauf beschränken sollen, uns für die uns bezahlte arbeitsteilige Spezialleistung zu interessieren.“ Arbeit überhaupt habe sich verändert, ein „Mit-Funktionieren (...) mit dem Betrieb“ sei an die Stelle der „Zusammenarbeit mit anderen Arbeitenden“ getreten. Dem Mit-Tun gelte die Anstrengung statt dem Tun, deswegen könnten organisierte Verbrechen ebenso glatt vollzogen werden wie jede andere Arbeit.

Die Nazi-Täter hätten sich „im Prinzip nicht anders benommen“ als im normalen Arbeitsbetrieb, in dem Ziel und Ergebnis, nicht aber Gewissenhaftigkeit und Effizienz der Arbeit „grundsätzlich als ‚moralisch neutral‘“ gelten würden.¹¹ Unter Bedingungen moderner Arbeit würden Verbrechen erleichtert. Der subjektiven Borniertheit des Erkennens geht eine objektive Verhinderung des Erkennen-Könnens vorweg. Zudem gebe es einen Trend zur Totalisierung der Maschinenwelt, in welcher die Menschen nur noch Stückwerk seien, Material.

Der leidenschaftslose Spießler

Hannah Arendt sieht Eichmann als Paradeexemplar für den deformierten Menschen, der sich bestens in totalitäre Gesellschaften einfügt. Seine „Unfähigkeit, sich auszudrücken“ war „aufs engste mit einer Unfähigkeit zu denken“ verknüpft. „Das heißt hier, er war nicht imstande, vom Gesichtspunkt eines anderen Menschen aus sich irgendetwas vorzustellen.“¹² Damit sei er gegen das Leid geschützt gewesen, das er anderen zufügte. Auch bei Arendt korrespondiert der subjektiven Borniertheit eine objektive Einschränkung. Er habe kein schlechtes Gewissen entwickeln können, denn er habe in Einklang mit seiner Gesellschaft gelebt. Eichmann sei Exemplar der Massengesellschaft, der „Spießler“, „der Bourgeois in seiner Isolierung, in seiner Verlassenheit von der eigenen Klasse“, „ein atomisiertes Individuum“, „einzig besorgt um Karriere und Sekurität.“ Als „zuverlässiges Menschenmaterial“ sei er in der „totalen Organisation“ si-

cher aufgehoben gewesen, deren verschiedene, von innen nach außen und von außen nach innen aufgebaute Einheiten vor der Realität schützten und eine reine Binnenperspektive ermöglichten. Der Führer einer solchen Bewegung übernehme persönlich „die totale Verantwortung für jede Aktion, Tat oder Untat, die ein Mitglied oder ein Funktionär (...) verübt hat.“¹³ Eichmann wäre also abgesichert gewesen. Er handelte wie jedes andere Exemplar und seine Rechtfertigungen wären, nach Maßgabe der Welt, in der er arbeitete, zutreffend.

Die Beschreibung und Diagnose von Eichmanns Charakter und Tätigkeit stützt sich auf dessen Aussagen im Prozess oder im Verhör. Immer wieder betont er, er habe nur auf Befehl gehandelt und ein Befehl müsse unbedingt befolgt werden. Durch dieses Befehls- und Anordnungsverhältnis trage er nicht die Verantwortung für das, was durch seine Arbeit geschehen sei. Er selber habe nicht getötet, lediglich evakuiert und deportiert. Eine innere Motivation für die Judenvernichtung habe er nicht gehabt. Eichmann beteuert, er sei „nie Antisemit gewesen“, verweist auf den obligatorischen jüdischen Freund aus der Schulzeit, mit dem er, auch als er „schon das Hoheitszeichen der NSDAP im Knopfloch“ trug, noch „zusammen in Linz auf der Landstraße spazieren“ ging. Auch in der Zentralstelle in Wien, als seine Arbeit darin bestand, eben diesen Freund aus dem Deutschen Reich mit allen Mitteln herauszutreiben, sei „die Zusammenarbeit (mit Juden) eine sachlich korrekte gewesen.“ Vehement spricht er

sich gegen die „Stürmermethoden“ aus, deren „Art und Weise keine Lösungsmöglichkeiten in sich birgt“, äußert sich abwertend über die „Reichskristallnacht“, wo nur „sinnlos zerstört“ wurde und „die Auswanderung war ja auch dadurch wieder schwerstens getroffen.“ Er habe die „politische Lösung“ favorisiert, Ausgrenzung und forcierte Auswanderung, nicht aber Pogrom und auch nicht Massenvernichtung: „... so haben wir uns das wahrscheinlich alle nicht vorgestellt ...“, resümiert er lapidar seine Reaktion auf die Kunde von Erschießungen und Vergasungen.¹⁴

Es gibt aber auch ein bekanntes Zitat Eichmanns, überliefert von seinem früheren engen Mitarbeiter Dieter Wisliceny, welches die Diagnose des unbeteiligten Sachbearbeiters in Frage stellt. Dieser sagte im Nürnberger Prozess aus: „Er sagte: Er würde lachend in die Grube springen, denn das Gefühl, daß er fünf Millionen Menschen auf dem Gewissen hätte, wäre für ihn außerordent-

1 zitiert nach Jochen von Lang: *Das Eichmann-Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre.* Frankfurt a. M. u. a. 1985, S. 265

2 Harry Mulisch: *Strafsache 40/61. Eine Reportage über den Eichmann-Prozeß.* Berlin 2002, S. 57

3 Hannah Arendt: *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen.* München 1992, S. 16 f.

4 Günther Anders: *Wir Eichmann-Söhne. Ein Offener Brief an Klaus Eichmann.* München 1988, S. 16

5 Arendt: *Eichmann*, a. a. O., S. 16

6 Mulisch, a. a. O., S. 151, 177

7 ebd., S. 150

8 Arendt: *Eichmann*, a. a. O., S. 326

9 Anders: *Eichmann-Söhne*, a. a. O., S. 21

10 ebd., S. 24, 30

11 Günther Anders: *Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. 1,* München 1997, S. 286 ff.

12 Arendt: *Eichmann*, a. a. O., S. 78

13 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft.* München 1991, S. 542 f., 575 ff., 590

14 zitiert nach Lang, a. a. O., S. 54 f., 32

lich befriedigend.“¹⁵ Arendt und Mulisch kennen diese Aussage. Für Arendt ist es ein Beispiel für Eichmanns „Wichtigtuerei“, und sie fügt diesen Satz, der Eichmann als überzeugten Antisemiten und nicht nur willigen, sondern wollenden Judenvernichter ausweist, dem das Ergebnis seiner bürokratischen Tätigkeit nicht nur bekannt, sondern auch Ziel gewesen war, in ihr Gesamtbild ein.¹⁶ Mulisch hält diesen Satz für „zweifelloso authentisch“, gibt aber zu bedenken, dass es sich „auch um Prahlerei unter Freunden“ handle.¹⁷

Wisliceny weiß noch mehr über Eichmann zu berichten. Zwar kennt auch er ihn als typischen Bürokraten, aber er kennt auch dessen Unbarmherzigkeit. Als Wisliceny vom offiziellen Auftrag zur „Endlösung der Judenfrage“ erfuhr und erstmal Luft holte, forderte Eichmann Härte. Auch Rudolf Höß, Kommandant des KZ Auschwitz, erinnert sich an Eichmann: „Das RSHA war immer für die restlose Beseitigung aller Juden, sah in jedem Arbeitslager, in jedem Tausend Arbeitsfähiger die Gefahr der Befreiung, das am Leben bleiben durch irgendwelche Umstände.“¹⁸ Was stand hin-

ter diesem Drang? Höß wollte es wissen: „Ich habe versucht, aus Eichmann dessen innerste, wirklichste Überzeugung über diese ‚Endlösung‘ herauszubekommen (...). Doch auch in der fortgeschrittensten Alkohol-auflockerung (...) trat er, besessen geradezu, für die restlose Vernichtung aller erreichbaren Juden ein.“¹⁹

Gegenstimmen

Allzu klar war Arendt und anderen der Charakter Eichmanns; *ihnen* ebenso klar wie *Eichmann selbst*. Man braucht sich die Diagnose eines autoritätsfixierten, ichschwachen Charakters nicht erst aus Eichmanns Aussagen herauszufiltern; er liefert sie selber, gleichsam als hätte er die Diagnose zur Selbstverteidigung präventiv eingebaut. Er spricht von seiner „innere(n) Bedingungslosigkeit“ Anweisungen gegenüber. „Ich habe gehorcht. Egal, was man mir befohlen hätte, ich hätte gehorcht.“²⁰

Die verschleierte Selbstdarstellung lässt sich an Eichmanns Geschichte, wie er zum SD kam, zeigen. 1932 trat Eichmann in die NSDAP ein, – vor der Machtergreifung und wohl gemerkt als Österreicher lange vor dem

Anschluss. Nach seiner eigenen Darstellung *landete* er beim SD und bei der SS, – er *ging* nicht dahin. Als er beim oberösterreichischen Gauleiter Bollek einen Brief abgab, meinte dieser „es wäre besser, wenn ich erstmal ein bißchen Soldat spielen würde. (...) Ich sagte mir: gut, wirst du eben Soldat!“. Später habe Ernst Kaltenbrunner ihm gesagt „Du kommst zu uns!“ Wie das damals eben so ging, burschikos. (...) Ich sagte dann: Ja, gut!“ So kam ich zur SS“.²¹ So einfach war das. Eichmann stellt sich als unselbständig und naiv dar. Aber wieso soll man ihm das abnehmen? Und wieso ging er zum SD und zur SS? Wieso zogen gerade *die* ihn an? Und wieso *blieb* er da?

Eichmann beruft sich nicht nur auf einen inneren, quasi sozialpsychologischen Notstand, sondern auch auf einen äußeren: „Hätte ich damals aber nicht gehorcht, wäre ich damals bestraft worden.“²² Eichmann beruft sich auf den Befehlsnotstand, den noch jeder Angeklagte in Nazi-Prozessen anführte, von dem man aber bereits seit den sechziger Jahren weiß, dass er nicht bestanden hat. Im Falle Eichmann & Kollegen bekamen jene den Befehl, „die nach seiner Ermächtigung lechzten. Allein besitzen diese unselbständigen Bösen wenig mehr Gewalt, als ihre amtliche und private Sphäre ihnen zubilligt; sie brauchen ihren Hitler und die leitenden Männer seines Gefolges, in deren Befehlen sie sich geborgen und zu Handlungen aufgerufen fühlen, wozu es ihnen allein an Mut gebricht.“²³

Weder Arendt noch Anders *entschuldigen* Eichmanns Verhalten, aber sie leisten einer möglichen Ent-

schuldung Vorschub. Sie leugnen nicht seine Schuld, aber wieso glauben sie ihm? Wieso sprechen sie nach, was er in seinen Memoiren über sich selbst sagte – auch wenn sie das, was er sich selber gutschreibt, negativ konnotieren? Wieso übernimmt Mulisch die Worte des Assistenten von Eichmanns Verteidiger „eine Million anderer hätten an seiner Stelle genauso gehandelt“?²⁴

Die von Arendt und anderen initiierte Sicht auf Eichmann und die damit verbundenen Ansichten über den Menschen in der Moderne wurden zu einem zentralen Bestandteil des westlichen Bewusstseins und der modernen Kultur. Aber es gab Gegenstimmen, wie jene von Jean Améry oder Hans Günther Adler. Sie hatten das Böse in Gestalt der Nazi-Exekutive aus der Nähe kennen gelernt, Améry unter Gestapo-Folter in der Festung Breendonck, Adler in Theresienstadt und in Auschwitz. Banal ist Eichmann nur als Nicht-mehr-Nazi. Als Nazi-funktionär aber werden die „Dutzendgesichter dann schließlich doch zu Gestapogesichtern“, so Améry, und „das Böse“ „überlagert und überhört“ „die Banalität“. „Es gibt nämlich keine ‚Banalität des Bösen‘, und Hannah Arendt, die in ihrem Eichmann-Buch davon schrieb, kannte den Menschenfeind nur vom Hörensagen und sah ihn nur durch den gläsernen Käfig.“²⁵

Auschwitz ohne Deutschland

Der von Arendt und anderen initiierte Zugriff auf Eichmann war sicherlich ein Fortschritt gegenüber personalisierenden und dämonisierenden Sichtweisen des Natio-

15 *Das Protokoll des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*. Berlin 1996, S. 411 f.

16 *Arendt: Eichmann, a. a. O.*, S. 75

17 *Mulisch, a. a. O.*, S. 78

18 *Rudolf Höß: Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen*. München 1978, S. 138

19 *ebd.*, S. 133

20 *zitiert nach Lang, a. a. O.*, S. 180

21 *ebd.*, S. 20

22 *ebd.*, S. 180

23 *Hans G. Adler: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland*. Tübingen 1974, S. 120

24 *zitiert nach Mulisch, a. a. O.*, S. 59

25 *Jean Améry: Die Tortur. in: Ders.: Jenseits von Schuld und Sühne*. Stuttgart 1977, S. 52

nalsozialismus, die sich auf markante Figuren wie Hitler oder Himmler und auf Organisationen wie SS, SA oder die Gestapo konzentrierten. Durch die Mithineinnahme der diversen beteiligten Institutionen wurde klar, dass die Shoah etwas grundsätzlich anderes als ein besonders großes Pogrom war und nicht nur unter Hass und Affekt durchgeführt worden sein kann. Der Täterkreis wurde ausgeweitet; die Intention, den Blick auf die Moderne zu richten, sollte eine Kritik an der Gegenwart und an der Normalität ermöglichen; die Herleitung aus einem negativen Potential moderner Gesellschaften, der Annahme eines „Betriebsunfalls“ entgegenwirken und den Blick auf die nach wie vor bestehenden gesellschaftlichen Strukturen lenken, welche die Shoah ermöglicht und einen Menschen wie Eichmann hervorgebracht hatten.

Arendts Interpretation kam in Deutschland gut an. In den 1960er Jahren kann man in Deutschland einen grundlegenden Wandel des Täterbildes erkennen. Hatte bis dato der „sadistische Exzesstäter“ das Bild bestimmt, kam nun der „Befehlsverwalter“ hinzu.²⁶ Dies ermöglichte einen „neuen Vermeidungsdiskurs“, in dem „interesselose bürokratische Vollstrecker“ und „kalt distanzierte Verwaltungs- und Systemtäter“ Juden ermordeten, die sie nicht interessierten. Dieses Bild verdichtete sich zu einem „System quasi axiomatischer Glaubenssätze“²⁷ und *Eichmann in Jerusalem* wurde zum „Lieblingswerk, ja zur Bibel des jungliberalen Bürgertums.“²⁸ Dies eröffnete die Möglichkeit der Distanzie-

rung vom Mord, ohne die Taten selber leugnen zu müssen. Es ermöglichte vor allem, nicht von den Tätern, nicht von Deutschland sprechen zu müssen. Die Shoah wurde zwar nicht mehr aus der Geschichte der Zivilisation herausgeschnitten, aber der Allgemeinheit überantwortet und als logischer Auswuchs der Moderne behandelt.

Bürokratie und Industrie

Was aber ist unter *Moderne* zu verstehen? Die Vorstellungen über Moderne werden mit verschiedenen Begriffen, Bildern und Beschreibungen eingerahmt. Sie ordnen sich in einem *assoziativen Feld* an. Es gibt zwei Signa der Moderne. Das eine dreht sich um das assoziative Feld der Begriffe *Maschine, Fabrik, Industrie*, das andere um das von *Bürokratie*.

Im „Paradigma der technisierten Tat“, im „Bild eines fabrikmäßigen, hygienischen und anonymen Massenmords“²⁹ wird in der Rede vom Vernichtungsprozess stets von „Fabrik“, „Maschinerie“, „fabrikmäßigem“ und „arbeitsteiligem Vorgang“ gesprochen, womit der glatte Ablauf, der große Maßstab und die moderne Organisation des Tötungsvorgangs gefasst werden soll. Diese Redeweise hat sich hartnäckig festgesetzt.

Alf Lüdtke hat herausgestellt,³⁰ dass Überlebende wie frühere Angehörige des sogenannten *Sonderkommandos*, stets dann sich selbst als „Automaten“ beschreiben, wenn es um ihre Tätigkeit im Rahmen des Vernichtungsvorganges geht. Sie können dadurch eine Distanz zu ihren Handlungen erzeugen, die ausgeführt zu haben an-

sonsten unerträglich wäre. Was bei den Überlebenden als Versuch nachvollzogen werden kann, mit einem Trauma umzugehen, wird für die Täter zu einer Entschuldung: wo die Vernichtung wie „automatisch“ abläuft, konnten sie keine Rolle gespielt haben.

Es ist fraglich, ob Arendts und Anders' Thesen über die Moderne, ihre Rationalität, ihre Bürokratie mit einer kritischen Theorie der Gesellschaft kompatibel sind. Jene kritisiert zwar auch Verselbständigung, Verdinglichung und Entfremdung, überweist sie aber nicht Institutionen und Maschinen an sich, sondern dechiffriert sie als verselbständigte Formen menschlicher gesellschaftlicher Praxis, die noch keine menschliche ist, weil sie von Menschen noch nicht angeeignet und mit Bewusstsein organisiert ist. Arendts und Anders' Thesen müssten sorgfältig und vorsichtig von ihrer sehr deutschen kulturkonservativen Herkunft getrennt und in eine kritische Theorie transformiert werden.

Was ist erstaunlich daran, dass auch Menschenvernichtung mit den Mitteln ihrer Zeit betrieben wird? Zum anderen läuft dieses Reden über „Holocaust & Moderne“ Gefahr, „die Rekonstruktion des Massenmords auf einen routinemäßigen, technischen

Vorgang zu reduzieren, wobei die Sprache der industriellen Fabrikation ähnelt und das Grauen eines Massenmordes ausgeblendet bleibt.“³¹ Es unterschlägt, dass circa 15 Prozent der ermordeten Juden in Gettos umgebracht wurden oder krepiereten. Etwa ein Viertel wurde von den *Einsatzgruppen* bei Erschießungen ohne jede Distanz abgeschlachtet. Auch bei diesen Tätern findet sich schon im Krieg die Selbstdarstellung als „Rädchen im Getriebe“. Man übersieht, dass die Vernichtungslager weitgehend improvisierte Einrichtungen waren, die je nach Kommando nicht reibungslos funktionierten. Sie waren Neuentwicklungen, Pionierarbeiten, mit deren Entwicklung die Deutschen und Österreicher vollkommen neues Gebiet betreten.

Shoah und Moderne

Vor allem Zygmunt Bauman betont die Rolle der Bürokratie bei der Shoah. Sie, die Rationalität und ein Wille zur Ordnung belegten ihm zufolge die „aktive Rolle (der Zivilisation) bei der Konzeption und Durchführung des Holocaust.“ Die Bürokratie sei „vielleicht“ der „wichtigste kausale Faktor für den Holocaust“, sie enthalte „sämtliche Elemente, die zur Vollstreckung eines Genozids er-

26 Habbo Knoch: *Die Tat als Bild. Fotografien des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur*. Hamburg 2001, S. 641 ff.

27 Gerhard Paul: *Von Psychopathen, Technokraten des Terrors und „ganz gewöhnlichen“ Deutschen*. in: Ders. (Hg.): *Die Täter der Shoah*. Göttingen 2002, S. 21

28 ebd., S. 25

29 Paul, a. a. O., S. 21

30 Alf Lüdtke: *Der Bann der Wörter: „Todesfabriken“*. Vom Reden über den Völkermord – das auch ein Verschweigen ist. in: *WerkstattGeschichte*, Nr. 13, 1996, S. 5 ff.

31 Peter Longenrich: *Politik der Vernichtung*. München 1998, S. 241



forderlich sind.“ Fest stehen soll auf jeden Fall, dass ein Zusammenhang bestehe, den Bauman durch allgemeine Aussagen eher suggeriert denn beweist, indem er unterstellt, „die Bürokratie schuf den Holocaust nach ihrem eigenen Bild.“ Ist die Maschinerie der Bürokratie einmal angeworfen, laufe sie nach einer eigenen Dynamik ab und einem eigenen Telos zu.³²

Die Vorstellungen über Bürokratie bei Arendt und anderen sind verschwommen. Man kann davon ausgehen, dass sie dabei Darstellungen wie diese von Max Weber im Sinn hatten: „Genauigkeit, Schnelligkeit, Eindeutigkeit, Kenntnis der Akten, Kontinuität, Diskretion, Einmütigkeit, strenger Gehorsam, reduzierte Reibungsverluste, sowie Material- und Personalkosten – all das erreicht in einer streng bürokratischen Verwaltung einen Kulminationspunkt. (...) Die Bürokratisierung bietet zuallererst die Möglichkeit der Spezialisierung von Verwaltungsfunktionen auf der Basis völlig objektiver Kriterien. (...) ‚Objektive‘ Amtsausübung richtet sich nach berechenbaren Regeln und wird ‚ohne Ansehen der Person‘ vollzogen.“³³ Bürokratie steht für Rationalität, Effizienz, Konsequenz,

Ordnung, Interesselosigkeit, Objektivität, nur in Zweck-Mittel-Relationen denkend, Gleichgültigkeit, Mitleidlosigkeit. Entsprechend sei der Bürokrat: er gehe von Arbeitsbeginn bis -ende in sein Büro, führe dort interesselos seine vorgesetzten Aufgaben aus, befasse sich mit den Gegenständen dieser Arbeit aber nicht näher.

Sicher spielte die Bürokratie bei der Judenvernichtung in allen Phasen eine bedeutende Rolle. So wie es in Deutschland keinen Bereich öffentlichen Lebens gab, der davon nicht betroffen oder daran nicht beteiligt gewesen wäre. Sie ist notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung. Darüber hinaus ist weder Bürokratie *an sich* so, schon gar nicht waren es die Partei-Apparate *des Nationalsozialismus*, noch war Eichmann ein solcher Bürokrat.

Es war die *deutsche* Bürokratie, welche die Juden vernichtete, und es ist ohne Zweifel, dass der Verwaltungsapparat wusste, was er tat. Die Tätigkeit in einer Bürokratie mag langweilig, banal und für Außenstehende unsichtbar sein, aber dies muss nicht dazu in Widerspruch stehen, dass die deutschen Bürokraten sich über ihre Aufgaben im Klaren waren und sie aus freiem Willen erfüllten. Vergleiche mit der französischen und vor allem der italienischen Bürokratie zeigen, dass diese zwar kollaborierten, es aber nicht von sich aus getan hätten und dem Drängen der deutschen Besatzung zur Judendeportation einige Steine in den Weg legten oder sich ganz verweigerten.

Wer in die Fänge einer Verwaltung geriet, wurde auch nicht automatisch und

zwingend vernichtet; manch Getto ließen die zuständigen Stellen länger leben und widersetzten sich der Auflösung. Wenngleich nicht aus humanen Gründen, aber dies spricht gegen eine unterstellte Teleologie der Vernichtung nach einer inneren Logik der Bürokratie, nachdem man ihren Mechanismus einmal angeworfen und ein Ziel vorgegeben habe.

Zum anderen war die Verwaltung im 3. Reich nicht sehr effizient: auch sie wurde durch die Polykratie gehemmt; und sie war auch dann nicht effizient an sich, dafür besonders, wenn es um die Vernichtung der Juden ging. Bei dieser Aufgabe war man sich einig.

Spricht man über *Bürokratie an sich*, braucht man sich nicht mehr die Frage zu stellen, *wer* einer Bürokratie aus *welchem* Grund *welche* Aufgabe gibt – und *wer mitmacht* und *wer nicht*. Von Historikern wird Raul Hilberg stets zur Unterstützung der These der besonderen Bedeutung der Bürokratie herangezogen. Es ist auch seine zentrale These „daß der Vernichtungsprozeß ein bürokratischer Vorgang war, der nur zum Erfolg führen konnte, weil alle möglichen Fachleute ihre Ideen und Kenntnisse dazu beigetragen hatten.“ Aber er hält auch fest, „daß Bürokraten zu Tätern wurden vermöge ihrer Stellung und Kompetenz in genau der Entwicklungsphase, die ihr Eingreifen erforderlich gemacht hatte; daß sie denkende Menschen gewesen waren; und vor allem, daß sie verfügbar blieben, also weder ihren Dienst quittiert, noch Maßnahmen der Verwaltung behindert hatten.“ Man muss zum einen „diese allumfassende Bereit-

schaft“³⁴ sehen, zum anderen die Weltanschauung, den Erlösungsantisemitismus, der die gewaltige Maschinerie des Dritten Reichs antrieb.

Der Verwaltungsapparat, in dem Eichmann arbeitete, war das im Spätsommer 1939 von Heinrich Himmler unter Reinhard Heydrich gegründete Reichssicherheitshauptamt. Michael Wildt beschreibt das RSHA als „eine spezifisch nationalsozialistische Institution neuen Typs“, anpassungsfähig, flexibel, unbürokratisch und ideologisch geleitet und höchst motiviert.³⁵ Das RSHA unterschied sich deutlich von der klassischen Bürokratie. Deren typische Organisation wurde von SS-spezifischen Verhaltensweisen durchbrochen. Eine offene Führungsstruktur und vage gehaltene Zentralerlasse ließen Untergebenen und Organisationseinheiten Handlungsspielräume. Erwartet wurden Führeigenschaften, Einsatzbereitschaft und Improvisationstalent. Heydrich und Himmler sprachen sich ausdrücklich gegen typische Beamte aus. Sie bevorzugten *Funktionäre*, den „politischen Beamten“ einer „kämpfenden Verwaltung“.³⁶

Eichmann hätte sich in diesem Apparat nicht so lange halten und er hätte in ihm nicht so weit kommen können, wenn er der Bürokrat gewesen wäre, als der er gezeichnet wird. Er organisierte die Vernichtung nicht vom Schreibtisch aus. Eichmann & Kollegen waren Pioniere, sie mussten organisieren, was es vorher noch nicht gegeben hatte.

Auf Basis welcher empirischen Erkenntnisse analysierten Arendt und andere Eichmann? Die Faktenlage

war sicher dünn; inzwischen kann man jede einzelne seiner Aussagen widerlegen. Eichmann war Antisemit, dies lässt sich besonders anhand seiner frühen Tätigkeit beim SD von 1935-38 nachweisen, als die Tätigkeit dieses Apparates vorzugsweise in der Erforschung des „weltanschaulichen Gegners“ und gegenseitiger Schulung in Sachen Juden bestand, sowie anhand eines Interviews, das nach dem Krieg in Argentinien mit ihm geführt wurde. Er war kein „Schreibtischtäter“. Nicht nur kannte er das Ergebnis seiner Tätigkeit, weil er die Vernichtungslager und KZs sowie Massenerschießungen der Einsatzgruppen inspizierte; er war auch derjenige, der das Terrain gedanklich wie topographisch vorbereitet und das Zustandekommen der Deportationen durch zahlreiche Dienstreisen und Arbeitstreffen organisiert hatte. Die nach der Struktur des RSHA untergeordnet scheinende Stellung Eichmanns sollte nicht täuschen. Über seinen Vorgesetzten hinweg erhielt er direkte Anweisungen von Reinhard Heydrich und Heinrich Himmler. Er handelte in Eigenverantwortung und aus eigener Initiative und konnte Anweisungen erteilen.

Hannah Arendt und andere konnten nicht überblicken, welche tatsächliche Rolle Eichmann gespielt hatte. Aber wieso übernahmen sie seinerzeit einfach das, was Eichmann ihnen vorsetzte? Sie fielen leichtsinnig auf ihn herein, weil er ihnen gut ins vorgefasste theoretische Konzept passte. Durch diese Einordnung in ihre Diagnose über den Charakter der Moderne wird die Person Eichmann eingebnet

und dessen Verteidigungsstrategie übernommen. Eichmann, sein Charakter und sein Handeln drohen in Hannah Arendts oder Günther Anders' Diagnose von Eichmann im besonderen, das der Deutschen überhaupt in Zygmunt Baumans Diagnose von der Moderne im allgemeinen unterzugehen. Bei allen spielt Antisemitismus keine Rolle.

Wie sehr Eichmann in seiner Arbeit steckte, offenbart er, wenn er sich über Mitarbeiter beschwert, die – offenkundig im Gegensatz zu ihm – „das Ziel und das Wollen“ nicht verstanden hätten. „Sie haben auch nicht ein fundamentales Buch gelesen, verarbeitet, aufgenommen.“ Im Gegensatz zu ihm, der wenigstens eines kannte: Theodor Herzls *Der Judenstaat*. „Sie hatten keinen Kontakt, keinen inneren Kontakt zur Sache. Sie schlossen sich dem Problem als solchem nicht auf.“³⁷

Context XXI

im Buchhandel

Buchhandlung Chaj
Praterstrasse 40, 1020 Wien

Buchhandlung Winter
Landesgerichtsstraße 20, 1010 Wien

Infoladen 10
Portiersloge im Ernst-Kirchwegger-Haus
Wielandgasse 2 – 4, 1100 Wien

32 Zygmunt Bauman: *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*. Hamburg 1992, S. 31, 119, 120

33 zitiert nach *ebd.*, S. 28

34 Raul Hilberg: *Unerbettene Erinnerungen. Der Weg eines Holocaust-Forschers*. Frankfurt a. M. 1994, S. 108

35 Michael Wildt: *Die Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*. Hamburg 2002, S. 12

36 Gerbard Paul: „Kämpfende Verwaltung“. *Das Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes als Führungsinstanz der Gestapo*. in: Ders./Klaus-Michael Mallmann (Hg.): *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg*. Darmstadt 2000, S. 42 ff.

37 zitiert nach Lang, a. a. O., S. 63

Der Weg nach Auschwitz

Christopher Browning unternimmt den Versuch, die Ergebnisse der historischen Forschung zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zusammenzufassen.

VON FLORIAN MARKL*

Die Untersuchung des Historikers Christopher Browning über die *Entfesselung der „Endlösung“*, die von namhaften Historikern sogleich zum neuen Standardwerk erkoren wurde, beinhaltet eine detaillierte Beschreibung der entscheidenden Phasen der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Mit dem Kriegsbeginn im September 1939 wurde eine neue Stufe antisemitischer Politik erreicht: In den folgenden zweieinhalb Jahren bis zum Frühling 1942 wurden all jene Entscheidungen getroffen, die im systematischen Massenmord endeten. Die schnellen Erfolge der Wehrmacht hatten nicht bloß zur Folge, dass die Regierung Hitlers sich einer beinahe uneingeschränkten Unterstützung im Deutschen Reich sicher sein konnte. Mit jedem neuen Gebietsgewinn der Wehrmacht erhöhte sich auch die Zahl der im deutschen Einflussbereich lebenden Juden. Allein mit der Eroberung Polens fielen den zuständigen deutschen Stellen rund 2 Millionen Menschen in die Hände, die in die immer monströser und mörderischer werdenden Planungen über eine „Endlösung der Judenfrage“ einbezogen werden mussten. Die besetzten Teile Polens wurden zu einem „Laboratorium der Rassenpolitik“. Unter der Leitung Himmlers in dessen Funktion als „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ begann die Neuordnung Ost-

europas unter völkischen Gesichtspunkten. Im Mittelpunkt stand dabei zunächst die Vertreibung hunderttausender Polen, um Platz für die Ansiedlung so genannter „Volksdeutscher“ aus der Sowjetunion zu machen. Die zwangsweise „Umsiedlung“ der Juden aus dem Reich sowie dem Protektorat Böhmen und Mähren hatte zu warten. Das unter Adolf Eichmann bereits angelaufene Projekt ihrer Konzentration musste nach wenigen Deportationstransporten (darunter auch zwei Züge aus Wien) abgebrochen werden. In rascher Abfolge entwarfen deutsche Stellen verschiedene Pläne zu einer „territorialen Endlösung der Judenfrage“ und mussten alsbald erkennen, dass keines dieser Projekte verwirklicht werden konnte. Statt der schnellen Abschiebung der Juden etwa nach Madagaskar entstanden überall in Polen Ghettos, in denen die völlig mittellosen Juden unter schrecklichen Bedingungen interniert wurden. Erst mit dem Beginn des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion schienen sich „realistische“ Perspektiven zu eröffnen. Der Begriff der „Endlösung“ wurde zusehends gleichbedeutend mit der physischen Vernichtung mehrerer Millionen Menschen. Die zusammen mit der Wehrmacht im „Unternehmen Barbarossa“ vorrückenden Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD gingen im Spätsommer 1941 dazu über, die jüdischen Ge-

meinden ganzer Dörfer und Städte zu ermorden. Im Herbst wurden schließlich alle Weichen zum systematischen Massenmord aller europäischen Juden gestellt. Es begannen die Arbeiten zur Errichtung mehrerer Todesfabriken, deren einziger Zweck die restlose Vernichtung war.

Browning beschreibt ausführlich jede Phase der sich verschärfenden Vernichtungspolitik und arbeitet jene Punkte heraus, über die in der historischen Forschung weitgehend Einigkeit besteht. Erstens gab es kein einzelnes Ereignis, das, einem Urknall gleich, als Ursprung des Holocausts verstanden werden kann. „Vielmehr geht man allgemein davon aus, dass es einen langwierigen, schrittweisen Entscheidungsprozess gab.“ Entgegen einer lange Zeit vorherrschenden These gab es keinen geraden, direkten Weg nach Auschwitz. Zweitens wird jedoch der Entscheidungsprozess, der zur Herausbildung der „Endlösung“ führte, zunehmend unter dem Gesichtspunkt der Kontinuität betrachtet. Bereits die deutsche Vertreibungspolitik der ersten Kriegsmomente implizierte eine massive Dezimierung der jüdischen Bevölkerung. „In den Monaten nach dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 entwickelten sich diese vagen Visionen eines in die Zukunft verlegten implizierten Genozids, für den weder der Zeitplan noch die anzuwendenden Mittel fest-

*) Florian Markl ist Politikwissenschaftler und arbeitet für den Allgemeinen Entschädigungsfonds.

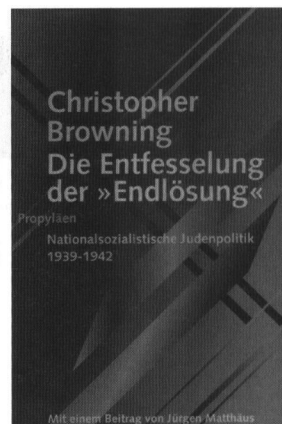
standen, schrittweise zu dem, was die Nationalsozialisten die ‚Endlösung der Judenfrage‘ nannten – einem Programm des systematischen und totalen Massenmords an allen im deutschen Herrschaftsgebiet lebenden Juden, ob Mann, Frau oder Kind.“ Drittens lässt sich dieser Prozess nicht nach dem Muster Entscheidung – Befehl – Durchführung verstehen. Der Massenmord war vielmehr das Resultat einer Entwicklung, an der viele Stellen im Zentrum wie in der Peripherie des Regimes beteiligt waren – einer Entwicklung somit, in der Ermunterung, Legitimierung und Unterstützung durch die eine Seite mit Initiative, Experimentierfreude und Gehorsam der anderen Seite korrespondierte. Viertens lässt sich die Geschichte des Holocaust nicht durch den reduzierten Blick auf Hitler, Himmler und die SS beschreiben. Buchstäblich alle Bereiche der deutschen Gesellschaft, Wehrmacht wie Zivilverwaltungen, Ministerialbürokratien wie Wirtschaftsplaner, gewöhnliche Deutsche wie örtliche Kollaborateure in den besetzten Teilen Europas müssen betrachtet werden, um der Komplexität der Entwicklung gerecht zu werden. Fünftens schließlich besteht heute weitgehend Einigkeit darüber, dass es vor dem Angriff auf die Sowjetunion noch keinen allgemeinen Befehl zum Judenmord gab. „Vielmehr setzten die Vorbereitungen auf das ‚Unternehmen Barbarossa‘ eine verhängnisvolle Kette von Ereignissen in Gang, und der mörderische ‚Vernichtungskrieg‘ führte dann rasch zum systematischen Massenmord, zuerst an den sowjetischen und bald darauf auch an den anderen europäischen

Juden.“ Im September und Oktober 1941 fielen wegweisende Entscheidungen: Die Ausreise von Juden aus dem Deutschen Reich wurde endgültig verboten und eine allgemeine Kennzeichnungspflicht erlassen; nun versprach Hitler dem Propagandaminister und Gauleiter von Berlin, Goebbels, dass die Deportation der Berliner Juden nach der Beendigung des „Ostfeldzuges“ beginnen werde, nachdem er sie bis dato immer auf die Zeit nach dem Endsieg verschoben hatte; nun begann die Planung und Errichtung der Vernichtungslager, in denen der Massenmord auf „sauberere“ und „effizientere“ Art möglich war, als er von den Exekutionskommandos in der Sowjetunion bereits praktiziert wurde.

Umstritten ist hingegen nach wie vor, welche Rolle Hitler selbst im Entscheidungsprozess zur „Endlösung“ gespielt hat. Ein schriftlicher Mordbefehl wurde bislang nicht gefunden, darüber hinaus gibt es keinen Hinweis darauf, dass es einen derart förmlichen Befehl überhaupt gegeben hat. Der „Führer“ pflegte in grundsätzlichen Fragen keine Entscheidungen zu befehlen. Statt dessen lieferte er seinen Untergebenen in seinen oft stundenlangen Monologen Hinweise darauf, wie er sich die Umrisse eines weiteren Vorgehens vorstellte und ermunterte sie dazu, selbst die Initiative zu ergreifen und die Vorschläge auszuarbeiten, die er dann gegebenenfalls absegnen konnte. Der Historiker Ian Kershaw zitiert in seiner Hitler-Biografie zur Illustration dieses Mechanismus die Aussagen eines Nazis aus dem Jahre 1934: „Sehr oft und an vielen Stellen ist

es so gewesen, dass schon in den vergangenen Jahren Einzelne immer nur auf Befehle und Anordnungen gewartet haben. Leider wird das in Zukunft wohl auch so sein; demgegenüber ist es die Pflicht eines jeden, zu versuchen, im Sinne des Führers ihm entgegenzuarbeiten.“ Wer dabei Fehler mache, werde es früh genug merken; wer jedoch das Richtige tue, werde „eines Tages plötzlich die legale Bestätigung seiner Arbeit“ bekommen. Browning bestätigt diese Sichtweise mit einem Zitat Hitlers vom Oktober 1941: „Wohin käme ich, wenn ich nicht Leute meines Vertrauens fände zur Erledigung der Arbeiten, die ich nicht selbst leiten kann, harte Leute, von denen ich weiß, sie greifen durch, wie ich das tun würde. Der beste Mann ist für mich der, welcher mich am wenigsten bemüht, indem er 95 von 100 Entscheidungen auf sich nimmt.“

Unklar bleibt bei Browning der Stellenwert des Antisemitismus für die deutsche Vernichtungspolitik. Im einleitenden Kapitel gibt er einen kurzen Überblick über die Geschichte des Judenhasses bis zum Vorabend des Dritten Reiches und kommt zu der Einschätzung: „Im Vergleich zu Westeuropa könnte man sagen, dass in Deutschland die politische Rechte antisemitischer, die Mitte schwächer, die Linke stärker, der Liberalismus blasser und die politische Kultur autoritärer war.“ Die deutsche Bevölkerung reagierte in den Jahren nach 1933 auf gewalttätige, pogromartige Ausschreitungen gegen Juden negativ, hatte gegen eine geordnet ablaufende, gesetzliche Diskriminierung aber nichts einzu-



wenden. Erneut spielte der Beginn des Krieges eine entscheidende Rolle: Der „rassische Imperialismus“ bot den Deutschen die Möglichkeit, sich als „Herrenmenschen“ zu fühlen und die als minderwertig betrachtete Bevölkerung Osteuropas zu unterwerfen. Der Antisemitismus scheint für Browning hierbei keine herausragende Rolle gespielt zu haben, sondern wird der „rassenimperialistischen Perspektive“ untergeordnet. Grenzt sich Browning damit deutlich von Autoren wie Daniel Goldhagen ab, so bemerkt er auf der anderen Seite, dass die Deutschen bei all ihren Verfolgungsmaßnahmen *einem* Muster treu blieben, das er letztlich nicht ausreichend erklären kann: „Bei Massenexekutionen waren unter den Opfern immer unverhältnismäßig viele Juden gewesen; wo immer Lebensmittel fehlten, verhungerten als Erste Juden; und wo immer Menschen deportiert wurden, konnten sich die Deutschen nicht vorstellen, dass auch nur ein Jude zurückblieb.“

Christopher Browning: Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1941. Mit einem Beitrag von Jürgen Matthäus. Propyläen-Verlag, München 2003, 900 Seiten, EUR 35,-

Aufklärung als AnTIOTalitarismus

Zwei Ausstellungen in Kärnten/Koroška

Die Thematisierung von „antifaschistischen Gräueltaten“ fungiert in Kärnten/Koroška als Instrument revisionistischer Deutschnationaler. Aber auch die SPÖ beteiligt sich an der Relativierung der NS-Verbrechen.

VON JUDITH GÖTZ UND
BERNHARD WERNITZNIG*

Die traditionelle Vorgangsweise der Institutionen und *pressure groups* in Kärnten/Koroška, die das Erbe des Nationalsozialismus angetreten haben, stieß bisher an Grenzen, da zum einen insbesondere jüngere Menschen offene Leugnungen und Verharmlosungen der NS-Verbrechen nicht bedingungslos mittragen wollten, und zum anderen auch im südlichsten Bundesland die österreichischen Gesetze gelten. Die Gratwanderung an den Grenzen des Verbotsgesetzes hat Strategien hervorgebracht, die es der extremen Rechten erlaubt, Elemente ihres bisher geführten Geschichtsdiskurses auch in vermeintlich aufgeklärten Bevölkerungsgruppen zu verankern.

Dass sich der Kärntner Heimatdienst (KHD) und andere revisionistische Organisationen seit dem Zusammenbruch des Dritten Reichs dazu berufen fühlen, den Kampf der PartisanInnen zu dämonisieren, ihr gesamtes Tun als Verbrechen abzuwerten und gegen die slowenische Minderheit zu hetzen, ist keine Neuigkeit. Die Opfer des Nationalsozialismus finden in diesem Diskurs mittlerweile allerdings größere Beachtung. Das hat aber nichts an der ursprünglichen Absicht der rechtsextremistischen Organisationen geändert, die nach wie vor auf

einen Freispruch für die deutsch-österreichische Volksgemeinschaft hinarbeiten.

In diesem Sinne ist die von der extremen Rechten unter Federführung des Landeshauptmanns Jörg Haider sowie des Landesschulratspräsidenten Zechmann auf die Beine gestellte Wanderausstellung *Die Partisanen in Kärnten. Kämpfer gegen den Faschismus. Kämpfer für...?* zu verstehen. Die vom Kärntner Landesarchiv zusammengestellte Schau, mit der auch die SchülerInnen der Mittelschulen zwangsbeglückt wurden, spiegelt das Muster wieder, dem sich der modernisierte Rechtsextremismus heute bedient. So werden die Deportationen und Enteignungen von knapp tausend SlowenInnen im ersten Teil der Ausstellung zwar dargestellt, allerdings nicht ohne auf die „quellenkritischen Vorbehalte“ zu verweisen, wie sie von den GegnerInnen der ersten Wehrmachtsausstellung hinlänglich bekannt sind (Zuordnung von Bilddokumenten etc.). Fortgesetzt werden diese „Vorbehalte“ mit einer Denunziation der bekannten PartisanInnen als „heroisierende Rechtfertigungsliteratur“ und „politische Instrumentalisierung des Partisanenkampfes“. Die Mittäterschaft der Kärntner Zivilbevölkerung an den NS-Verbrechen

wird dadurch entsorgt, dass behauptet wird, die ZivilistInnen hätten sich stets „zwischen den Fronten“ befunden und wären am Tag von den Nazis, in der Nacht von den PartisanInnen terrorisiert worden. Sie seien von Sondergerichtsverfahren, Hinrichtungen und Verhaftungen durch die „NS-Machthaber“ genauso bedroht gewesen wie von der „Beraubung und Brandstiftung“, „gewalttätigen Übergriffen und Mord“ durch die PartisanInnen. Zum wiederholten Male werden den TitokommunistInnen „Gräueltaten“ vorgeworfen. Sie hätten „auf dem Gebiet der heutigen Republik Slowenien in den ersten Wochen nach dem Kriegsende mehr Menschen getötet als in den vier Kriegsjahren von 1941-1945. (...) Die Zahl der in Massengräbern verscharrten Toten dieser Nachkriegsmassaker wird auf weit über 100.000 geschätzt.“ Auf diese Weise ist es möglich, sich selbst als Opfer darzustellen.

Solche Geschichtsdarstellung in ihrer Unverfrorenheit noch zu überbieten ist schwierig, in Kärnten/Koroška aber durchaus möglich. Carl-Gustav Ströhm von der *Jungen Freiheit* und Andreas Mölzer von *Zur Zeit* legten sich ins Zeug und gestalteten die Filmdokumentation *In der glühenden Lava des Hasses – Die Nachkriegsver-*

*) Judith Götz studiert Vergleichende Literaturwissenschaft, Bernhard Wernitznig Internationale Entwicklung in Wien.

brechen der Tito-Partisanen zwischen Karawanken und Hornwald, welche zwar nicht österreichweit ausgestrahlt (eine entsprechende Intervention seitens der Kärntner Landesregierung wurde vom ORF abgewiesen), aber mittlerweile auf ein fünfteiliges Projekt ausgedehnt wurde.

Der Anlass für die Entstehung der Ausstellung und des Filmes war eine von Gerhard Roth produzierte ORF-Dokumentation über *Die Kärntner Partisanen*. Diese wurde im April 2002 in der Reihe *Brennpunkt* gesendet. Obwohl es sich bei dem Film um eine sehr zurückhaltende Darstellung der Fakten handelt, wurde sie von heimat-treuen Verbänden wie dem KHD, zahlreichen KommentatorInnen, unzähligen LeserbriefschreiberInnen und der FPÖ als eine „völlig einseitige und Kärnten pauschal diffamierende Dokumentation“ (FPÖ) dargestellt. Die Kampagne gipfelte einerseits in einer Beschwerde bei dem Bundeskommunikationsse-nat, welcher teilweise Recht gegeben wurde, andererseits in neuen geschichtsrevisionistischen Initiativen.

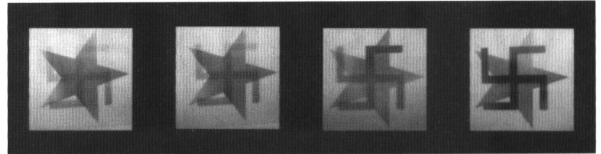
Modernisierte Totalitarismustheorie

Eine andere, aber kaum weniger problematische Form der Auseinandersetzung mit dem antifaschistischen Widerstand in Kärnten bietet die in Slowenien und Kärnten/Koroška entstandene und kürzlich in Villach gezeigte Ausstellung *Unter Hakenkreuz und Titostern*. Die Tatsache, dass die Ausstellung zuerst in zwei Orten in Slowenien gezeigt wurde, bietet für die reaktionären Eliten einen idealen Anknüpfungspunkt an die aufbrechenden Diskussionen um den jugos-

lawischen Realsozialismus, welche maßgeblich von Opfern der kommunistischen Machtübernahme und deren Nachkommen in Gang gesetzt wurde. Obwohl die Geschichtsauslegung der NS-Kollaborateure des rechten slowenischen Lagers, den *Domobranci*, welche ihren Eid auf Adolf Hitler geschworen hatten, nach dem Krieg keinen großen Anklang mehr fand, und auch der antifaschistische Konsens nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens weitgehend aufrecht erhalten werden konnte, wird heute durch die beiderseitige Aufrechnung der Taten und durch eine Versöhnungsrhetorik ein neues Geschichtsbild entworfen.

Die SPÖ Villach unter ihrem Bürgermeister Manzenreiter hat diese Ausstellung ermöglicht und stellt sie als Kontrapunkt zu jener des Landes Kärnten dar. Auf diese Weise wird ein Raum geschaffen, in dem breitere Bevölkerungsschichten einen Zugang zur Thematik finden. Werden geschichtsrevisionistische Inhalte nicht mehr von den Heimatverbänden verbreitet, deren Darstellungen bei vielen als „polarisierend“ in der Kritik stehen, können sie als wissenschaftliche Erkenntnisse wahrgenommen werden. Dies nicht zuletzt deshalb, weil der Ausstellungsteil über den Nationalsozialismus in Kärnten/Koroška mit Alfred Elste von jenem Historiker zusammengestellt wurde, der durch seine Bücher einen entscheidenden Beitrag zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Kärnten/Koroška geleistet hat.

Der totalitarismustheoretische Zugang und die Relativierung von NS-Verbrechen zeigt sich schon am Untertitel



Kärntner Geschichtsaufarbeitung – Illustration zu der Ausstellung „Unter Hakenkreuz und Titostern“

der Ausstellung: *Eine bilaterale Konfrontation mit nationalen Feindbildern, totalitären Ideologien und Parteidiktaturen am Beispiel Kärnten und Slowenien*. Dass die Verantwortlichen in der Einleitung des Ausstellungskatalogs mehrmals betonten, mit der „parallelen“ Darstellung von Nationalsozialismus und „Partisanenterror“ keine Aufrechnung betreiben zu wollen, nützt da nicht viel. Zumal das Gedenken an die mehrheitlich kommunistischen PartisanInnen, die HeldInnen des antifaschistischen Kampfes, als eine „Verklärung“ denunziert wird. Kritik erfährt die Ausstellung aber auch aus dem ohnehin marginalisierten liberalen Lager im Land nicht, das sich als Ziel jeglicher Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stets nur eine „gemeinsame friedliche Zukunft im vereinten Europa“ vorstellen kann.

Die wahnhafte Vorstellung von einer „Bedrohung“ für die Einheit (Deutsch-)Kärntens, die auf den jugoslawischen Gebietsansprüchen nach dem Sieg der Alliierten beruht, konnte bis heute konserviert werden und spukt weiterhin in den Köpfen vieler Einsprachiger herum. Verständlich, dass vor allem progressive SlowenInnen defensiv reagiert haben und fortgesetzter Benachteiligung dadurch entgegen traten, dass sie den von ihnen geleisteten Widerstand als Teil des Kampfes für das „demokratische Österreich“ deklarier-

ten, welcher nicht zuletzt eine Bedingung der souveränen Wiederherstellung Österreichs war. Sie griffen damit die Argumentation der österreichischen PolitikerInnen in den Verhandlungen über den Staatsvertrag auf.

Heute wird die Auseinandersetzung mit den RevisionistInnen in immer defensiverer Form geführt. So wird zum Beispiel der Kampf der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee fälschlicherweise auf einen Beitrag zum weltumspannenden Ringen der DemokratInnen gegen den Faschismus reduziert. Zu betonen wäre, dass sich die Mehrzahl der Kärntner SlowenInnen unmittelbar nach der Kapitulation eine Zukunft innerhalb des Schutzes jugoslawischer Grenzen wünschte und auch eine sozialistische Gesellschaftsordnung wollte, für die schließlich viele Kärntner SlowenInnen unter Einsatz ihres Lebens gekämpft hatten. Zudem sollte die Absiedlung und Enteignung der in Jugoslawien verbliebenen Deutschen gemäß der AVNOJ-Bestimmungen in Österreich nachvollziehbar gemacht werden, anstatt in den „Alle-waren-Opfer“-Tadel zu verfallen. Die Einbeziehung zwischen TäterInnen und Opfern kann nur jenen loyalen Söhnen, Töchtern und Enkeln der alten Nazis helfen, die bis heute ihre „Unsere Ehre heißt Treue“-Fahnen bei den Prozessionen zum Landesfeiertag auslieferten.

„Wohlsein nach Schandtaten“

Der Antisemitismus der *Gruppe 47*

Wie deutsch waren die Stars der deutschen Nachkriegsliteratur?

VON RENATE GÖLLNER*

Als Ingeborg Bachmann 1952 in Niendorf an einer Tagung der *Gruppe 47*, der einflussreichsten deutschsprachigen Schriftstellergruppe der frühen Nachkriegszeit, teilnahm, notierte sie in ihr Tagebuch: „Am zweiten Abend wollte ich abreisen, weil ein Gespräch, dessen Voraussetzungen ich nicht kannte, mich plötzlich denken ließ, ich sei unter deutsche Nazis gefallen“.¹ Damals war auch Paul Celan in Niendorf, um unter anderem aus seiner *Todesfuge* zu lesen. Bachmanns Notiz bezieht sich auf die Ignoranz der Gruppe, den Hohn und Spott, mit welchen man auf den Vortrag ihres Freundes reagierte; unerträglich, so die Meinung der Kollegen, sei Celans Pathos, er lese wie Goebbels (Walter Jens), das ganze sei ein Singsang wie in einer Synagoge.

Was Bachmann ihrem Tagebuch und Paul Celan in einem Brief seiner Frau anvertraute, davon handelt Klaus Brieglebs Buch *Mißachtung und Tabu*. In welchem Ausmaß hat die *Gruppe 47* an der Aus- und Abgrenzung, Vereinnahmung und Instrumentalisierung jüdischer Schriftsteller und Kritiker mitgewirkt? Inwieweit hat sie, indem sie die Shoah zum Tabu erklärte, das literarische Klima im Nachkriegsdeutschland beeinflusst? Und welche Funktion erfüllen heute schließlich jene, die einst zur Gruppe zählten?

Der Kreis um Hans Werner Richter galt lange Zeit nicht nur als Aushängeschild

deutscher Literatur, ihm eilte auch – zumindest in seiner Frühphase – der Ruf voraus, es handle sich bei diesen Autoren um untadelige Antifaschisten, engagierte Schriftsteller, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, die Literatur zu erneuern. Jüdische Emigranten, die zur Gruppe gestoßen waren, wurden jedoch rasch mit dem antisemitischen Ressentiment konfrontiert, das in der Gruppe herrschte, mit Widerwillen und Ignoranz, die Verbrechen der Deutschen zur Kenntnis zu nehmen, sie zu thematisieren und sich dem zu stellen, was ihnen, den Überlebenden widerfahren ist. Statt dessen wollten sich die Kriegsheimkehrer und Flakhelfer, die sich „jungdeutsch“ nannten, „etwas von der Seele schreiben“ und vor allem „mit der Vergangenheit Schluß machen“. Man war, wie Alfred Andersch, stolz darauf, nicht aus „Studierzimmern“ zu kommen, sondern „aus dem unmittelbaren Kampf um Europa, aus der Aktion“. Was die Verbrechen der Deutschen betrifft, so betrachtete man die als längst kompensiert „durch die Fülle von Leiden, die, scheinbar als natürliche Folge einer so totalen Schuld, über Deutschland hereinbrechen. Hierher gehört die physische und psychische Wirkung der Bombenangriffe, die Austreibung von zehn Millionen Deutschen aus ihren Wohnstätten im Osten, die Ernährungslage und der Schwarzmarkt, die Kälte, die um sich greifenden Krankheiten, die babyloni-

sche Gefangenschaft von Millionen früherer Soldaten ...“ (Andersch).

Dermaßen mit der eigenen Vergangenheit versöhnt, jede Mitschuld und Verantwortung von sich weisend, war das Verbot, die Shoah zu thematisieren – „keine Greueliteratur!“ – ein ungeschriebenes Gesetz in der Gruppe, ebenso wie das Gebot der „Vermeidung jeder Grundsatzdiskussion“. Diese Debatten hätten möglicherweise zum unweigerlichen Bruch mit den Emigranten geführt und in der literarischen Öffentlichkeit Ärger hervorgeufen. Indem man jedoch Kritiker und Autoren wie Reich-Ranicki, Ilse Aichinger, Hildesheimer oder Hans Mayer in die Gruppe einzubinden versuchte, wählte man sich vor jedem Verdacht gefeit. Auch deshalb wurde das antisemitische Ressentiment – wie im Falle Celans – nur selten offen ausagiert; der aggressiven Abwehr ließ man lieber hinterzücken, in internen Briefen freien Lauf. Nachdem Hermann Kesten der Gruppe vorwarf, sie würde antisemitischen Vorbildern nacheifern, wurde der Gruppenchef deutlich: „Kesten ist Jude und wo kommen wir hin, wenn wir jetzt die Vergangenheit untereinander austragen, d.h. ich rechne Kesten nicht zu uns zugehörig, aber er empfindet es so. Wie aber soll man diesem eitlen und so von sich überzeugten Mann beibringen, welches Unheil er anrichtet?“ War man erst einmal unter sich, wurde Klartext gesprochen. Wie sehr die

*) Renate Göllner ist freie Autorin in Wien. Sie veröffentlichte unter anderem *Rachel und Hannah, Fanny und Hilde. Ein Parallelogramm zur Emanzipation jüdischer Frauen*. in: Ilse Bindseil/Monika Noll (Hg.): *Erinnern und. Frauen 6*, Ca ira-Verlag, Freiburg 2000.

Atmosphäre während der Zusammenkünfte der Gruppe tatsächlich vergiftet war, daran erinnert sich Günther Kunert: „Man spürte jedoch deutlich die Spannung zwischen den Personen. Peter Weiss erscheint, Heinrich Böll sitzt an einem Caféhaustischen, beider Blicke signalisieren Ungutes, es wird geraunt und gewispert, und niemand erklärt mir, worum es eigentlich geht. Merkwürdig: Es dominierte damals eine starke Ambivalenz, nämlich das Gefühl der Zugehörigkeit zu Gleichgestimmten und Gleichgesinnten, zur ‚Berufsgenossenschaft‘, verquickt mit einem anderen Gefühl, dem des Fremdseins, des Fremden, des Gastes, dem sich der interne Kreis nie öffnen wird.“²

Dieser interne Kreis weigerte sich freilich auch vom Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963 bis 1965) Notiz zu nehmen; trotz eines Appells von Reich-Ranicki blieb die Gruppe dem Gerichtssaal fern. Merkwürdiger Weise konnte Peter Weiss seinen ersten Text zu dem Prozess *Meine Ortschaft* noch im Rahmen der 47iger publizieren, bevor man ihn wenige Jahre später unter der Federführung von Günther Grass, aus der Gruppe „heraus-schmähete.“

Das ist der Kern der *Gruppe 47*: ein deutscher Männerbund, eine verschworene Schicksalsgemeinschaft, gestiftet durch die Verbrechen der Vergangenheit. Die Frage ihrer eigenen Komplizenschaft mit dem Nationalsozialismus durfte von niemandem thematisiert werden, schon gar nicht von Emigranten, denen man intern „völliges Versagen“ und „politische Instinktlosigkeit“ (Richter) vorwarf. So wie für Millionen andere Deutsche

war der Massenmord an deutschen Juden nicht das Problem dieser einst ehrenhaften Soldaten, die nach dem „großen europäischen Krieg“ angetreten waren, den literarischen „Kampf gegen alle Feinde der Freiheit fanatisch zu führen“ (Andersch). „Ein Kampf, der nicht zuletzt darum geführt wurde, eine Erfahrung aus einer künftigen Literatur auszuschließen: daß es noch etwas Schlimmeres geben könnte als Krieg.“³ Es war kein Zufall, dass das, was sich als neuer Realismus gerierte, sich ausgerechnet den Antisemiten Ernst Jünger zum Vorbild nahm.

Dass Thomas Mann 1952 der Verleihung des Schikelle-Preises an Richters Machwerk *Sie fielen aus Gottes Hand* nach langem Zögern zustimmte, dürfte er wenig später bitter bereut haben: Die Bedeutung der *Gruppe 47*, so schrieb er, hänge zusammen, mit dem was sie bekämpft, „mit diesem frechen und unmoralischen Wohlsein nach Schandtaten, die mit der Höllenfahrt von 1945 schlossen, und an die heute zu erinnern nichts weiter als bolschewistisch ist“.

Obwohl Briegleb sich in seiner Studie mit größter akademischer Vorsicht dem Thema nähert, sorgte *Mißachtung und Tabu* in den Feuilletons der deutschen Presse für heile Aufregung. Das hat vermutlich damit zu tun, dass Briegleb den aktuellen deutschen antisemitischen Kontext thematisiert: das Gespräch von Günther Grass mit Yoram Kaniuk im Berliner Literaturhaus, die Debatte um das Berliner Mahnmahl, Walsers berüchtigte Rede in der Paulskirche, in der er den ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrates der deutschen Juden Ignatz

Bubis öffentlich schmähte, Walsers Roman *Tod eines Kritikers*. Die ehemaligen *Jungdeutschen* fühlten sich provoziert und demonstrierten erneut, wie gut alte Seilschaften sich bewähren. Walter Jens, Grass, Baumgart und andere waren sich einig: Brieglebs Streitschrift beruhe auf einer „Wahnidee“ hieß es, eine „absurde These“ liege ihm zugrunde. Es ist schade, dass Briegleb in seinem Buch nicht immer zu der Schärfe findet, die, auch angesichts dieser durchaus vorhersehbaren Reaktionen, angemessen gewesen wäre, dass er die neue Intensität des Antisemitismus zu wenig herausarbeitet. Gehört doch Walsers Roman, in dem mit dem verhassten Kritiker und Überlebenden der Shoah abgerechnet wird, ebenso in das „ungebrochene antisemitische Kontinuum“, von dem Briegleb im Zusammenhang mit der *Gruppe 47* spricht, wie er bereits darüber hinaus weist. Hier handelt es sich „nicht mehr um Literatur im engeren und reflektierten Sinn, sondern um den gut kalkulierten Bruch mit einem nur mehr mühsam aufrechterhaltenen Tabu.“⁴ Was man im Kreise der 47iger einst nur hinter vorgehaltener Hand, im intimen Kreis, auszusprechen wagte, erscheint nun, bis zur Stürmerkarikatur gesteigert, als Bestseller am deutschen Markt.

1 Alle Zitate ohne weitere Angabe sind Klaus Brieglebs Streitschrift *„Mißachtung und Tabu. Eine Streitschrift zur Frage: Wie antisemitisch war die Gruppe 47.“* Berlin – Wien 2003 entnommen.

2 Günther Kunert: *Deutsch-Deutsche Begegnung*, in: Toni Richter (Hg.): *Die Gruppe 47: Bilder und Texte*. Köln 1997, S. 122

3 Hanno Loewy: *Mumpitz und Tabu*, in: *Frankfurter Rundschau*, 6. 3. 2003

4 Gerhard Scheit: *Deutscher Realismus. Zu Martin Walsers Roman „Tod eines Kritikers“*, in: *Bahamas*, Nr. 39, 2002, S. 19 ff.

Die Mühen der Erinnerung

Ein Gruppenexperiment

Was passiert, wenn Nachfahren von Opfern und Tätern des Nationalsozialismus versuchen, unter psychoanalytischer Anleitung ins Gespräch zu kommen?

VON HANNAH FRÖHLICH UND HERIBERT SCHIEDEL
NEBST INTERVIEWS MIT JOSEF SHAKED UND GERLINDE FARKAS-ZEHETNER

Von Jänner bis Juni 2003 trafen sich etwa 80 Menschen einmal wöchentlich zu einer psychoanalytischen Großgruppe unter dem Leitmotiv *Die Wiederkehr des Verdrängten – Nationalsozialismus und Antisemitismus*. Die TeilnehmerInnen waren unterschiedlichen Alters und hatten unterschiedliche Hintergründe, mehrheitlich kamen sie aus dem links-intellektuellen Milieu. Eingeladen wurde im *Standard* und in der *Gemeinde*, dem offiziellen Organ der Israelitischen Kultusgemeinde. Es waren wohl unterschiedlichste Motivationen, welche die Nachkommen der Opfer und die der Täter- und ZuschauerInnen in die zweistündigen Sitzungen trieben: Neugier für die einen, quälende Fragen für die anderen. Initiiert wurde die Großgruppe von der Historikerin und Therapeutin Gerlinde Farkas-Zehetner. Geleitet wurde sie von Josef Shaked, Analytiker und Spezialist für psychoanalytische Groß- und Kleingruppen.

Eine Großgruppe setzt sich aus mindestens 25 Personen zusammen. Die TeilnehmerInnen werden vom Gruppenleiter aufgefordert, zu sagen, was ihnen einfällt und sich dabei möglichst nicht selbst zu zensieren. Dabei treten bestimmte Phänomene und Gruppenprozesse auf, die mit dem Setting der Großgruppe zusammenhängen und aus der Psychologie von Massen bekannt sind, wie die regressionsför-

dernde Ablösung des individuellen durch ein Massen-Ichideal, die Aktivierung vielfältiger Ängste (vor Ausschluss oder Vereinzelung) und Sehnsüchte (nach symbiotischer Verschmelzung) sowie die Identifizierung der Gruppenmitglieder untereinander. Deshalb eignet sich die Großgruppe besonders gut für die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Problemen, ja mit der kollektiven Geschichte an sich. Nationalsozialismus und Antisemitismus etwa wurden in den bisherigen Großgruppen thematisiert, auch wenn dies gar nicht vorgegeben war.

Banalität der Guten

Eike Geisel thematisierte bereits in den 80er Jahren jene Blüten, welche die manische Beschäftigung der Deutschen mit dem Jüdischen trieb und diagnostizierte eine *Banalität der Guten*. In der philosemitischen Begeisterung bis hin zur Identifikation mit den Opfern drückt sich der Wunsch aus, die eigene Familiengeschichte durchzustreichen. In diesem Heilungsversuch werden Jüdinnen und Juden in der Regel zu StatistInnen degradiert. Wie im primären Antisemitismus dienen sie auch im sekundären als Projektionsfläche: „Die Überlebenden der Vernichtung (und deren Nachkommen, Anm.) werden zu Trägern der Affekte, die wiederum die nichtjüdischen Deutschen in ihre psychische Struktur nicht inte-

grieren können.“¹ Die Bewunderung gehört wie der Vernichtungswunsch zum antisemitischen Syndrom. Von daher überrascht es nicht, wie schnell Philosemitismus in Antisemitismus umschlagen kann.

Unter den Bedingungen der Großgruppe traten nun all die Verhaltensweisen von Nicht-Jüdinnen und -Juden gebündelt zu Tage, welche die Begegnungen mit Jüdinnen und Juden provozieren. An erster Stelle wären hier unterschiedliche Formen der Abwehraggression gegenüber den Opfern zu nennen. Diese Aggressionen gelten eigentlich dem Erinnern und dem Gewissen, richten sich aber gegen deren imaginierte RepräsentantInnen. So konnten beispielsweise Erzählungen von Verfolgungsgeschichten kaum im Raum stehen gelassen werden, sondern wurden mit banalen Kommentaren sowie mit Versuchen, sich selbst auch als Opfer darzustellen, beantwortet. Zu beobachten war eine „Affektverleugnung und Affektisolation, was heißt, daß die Wirklichkeit des Traumas, also das, was in Auschwitz geschah, zwar durchweg anerkannt wird, aber im Erleben nichts bedeutet.“² Dies mündete gar in einer Schlussstrichforderung: „Reden wir doch lieber über das, was heute wichtig ist, nicht immer nur über die Vergangenheit.“

Schon in den Erzählungen der unterschiedlichen Familienhintergründe tat sich ein,

auch als solcher benannter Graben auf. Dieser störte die Identifizierungsversuche mit den Opfern. Daher wurden allerlei Anstrengungen unternommen, ihn wieder zuzuschütten. So äußerte eine Teilnehmerin „wir sind doch alle Menschen“, und die nicht-jüdischen Vorfahren wurden zu Opfern des alliierten Bombenkrieges erklärt.

Viele nachgeborene FreundInnen des Judentums fühlten sich von diesem ausgeschlossen: Eine Teilnehmerin sagte, sie traue sich „nicht ins Café im Jüdischen Museum. Ich habe das Gefühl, da ist für mich kein Platz.“ Nachdem alle Versuche, die Differenz auszulöschen gescheitert waren, schlug der Hass auf die Nicht-Identischen unmittelbar durch. So stieß sich ein Teilnehmer daran, dass sich die Mitgliedschaft im „Judentum“ per Geburt bestimme und bezeichne dies als „rassistisch“. Wer sich selbst so absondere, brauche sich dann auch nicht zu wundern, wenn ihm/ihr Misstrauen oder gar Hass entgegengebracht werde. Für die Unmöglichkeit einer Versöhnung, welche durch den Gegenstand begründet wird, wurden die Jüdinnen und Juden mit ihrer Religion verantwortlich gemacht. Zwar war nicht offen die Rede von der „alttestamentarischen Rachsucht“, aber das Resentiment kleidete sich in scheinbar naive Fragen: „Ich frage mich, was im Judentum für Versöhnung getan wird. Das Christentum ist ja die Versöhnungsreligion, aber was gibt es da im Judentum.“

Ein besonders eifriger Vergangenheitsbewältiger wollte gegenüber den Jüdinnen und Juden als Rächer punkten: „Wenn ich einen solchen Nazibonzen in meiner Fami-

lie hätte, ich hätte ihn eigenhändig erwürgt.“ Die Todesphantasie eines Nichtjuden gegenüber einem (imaginären) verwandten NS-Verbrecher war nicht durch dessen Taten motiviert, sondern durch den Wunsch, sich kurzerhand von den Verstrickungen zu lösen.

Legion waren die vielfältigen Versuche, die Schuld der Vorfahren zu minimieren: Auffällig oft war etwa von „Verführung“ die Rede. Die Nazis in der Familie wurden meist nur als passiv vorgestellt. Diese retrospektive Flucht vor der Verantwortung setzte sich im Heute fort: „Was kann ich für diese Regierung, ich hab' sie ja nicht gewählt.“ Auch tauchte die Behauptung auf, bis zum Kriegsende nichts von den Nazi-Verbrechen gewusst zu haben. Neben den obligaten Hinweisen auf andere Massenmorde und Staatsverbrechen – natürlich durfte auch der Verweis auf den „israelischen Völkermord“ an den PalästinenserInnen nicht fehlen – wurde darüber hinaus versucht, den Kreis der Schuldigen auszuweiten: „Die Gaskammern hat ein Amerikaner erfunden.“

Gerade der Antiamerikanismus markierte den erwähnten Graben. Während ein nicht-jüdischer Teilnehmer sich „über jeden toten amerikanischen Soldaten“ im Irak freute, erinnerten Jüdinnen und Juden an den historischen Beitrag der USA zu ihrem Überleben. So zeigte sich gerade in der Auseinandersetzung mit tages- und weltpolitischen Ereignissen, dass es die unterschiedlichen Familiengeschichten sind, welche maßgeblich die Wahrnehmungen, das Denken und Handeln bestimmen.

Über den therapeutischen Nutzen der Großgruppe – Interview mit Josef Shaked

Context XXI: *Was bringen die Sitzungen in der psychoanalytischen Großgruppe?*

Josef Shaked: In der Psychoanalyse geht es um die Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensgeschichte. Bei der Großgruppe geht es um diese Auseinandersetzung vor dem Hintergrund der Zeitgeschichte. Es geht um den Versuch, sich durch die Auseinandersetzung von der Last der verdrängten Vergangenheit zu befreien. Und die Menschen, die in die Großgruppe kommen, bilden schon eine sehr ausgewählte Gruppe, denn die meisten Menschen vergessen lieber. Nur eine Minderheit sucht die Auseinandersetzung.

Die Probleme oder Fragen der jüdischen TeilnehmerInnen sind in diesem Zusammenhang doch ganz andere als die der Nachkommen der TäterInnen. Warum sollten sich Jüdinnen und Juden für die Erinnerungsarbeit der Nachkommen der Täter-/ZuschauerInnen zur Verfügung stellen?

Die analytische Methode ist nicht geeignet, zu leiten und zu lenken und damit die Menschen zu schützen. Die analytische Methode holt die irrationalen, die dunklen Seiten, das Chaotische, Aggressive in uns heraus. Wenn jemand durch eine

-
- 1 Dirk Juelich: *Erlebtes und vererbtes Trauma. Von den psychischen Beschädigungen bei den Urhebern der Shoah.* in: Matthias Heyl (Hg.): *„Daß Auschwitz nicht noch mal sei...“ Zur Erziehung nach Auschwitz.* Hamburg 1995, S. 99
2 ebd., S. 98

Wortmeldung in der Gruppe verletzt wurde, dann bedeutet das ja, dass unter der Oberfläche etwas schlummerte, mit dem der Betroffene nun einen anderen Umgang finden muss, dass er nun die Chance hat, stärker zu werden und produktiv mit der Verletzung umzugehen. Es gab ja auch immer eine Kontinuität: Die Sitzung wurde meist damit begonnen, dass jemand sagte, er oder sie habe über das und jenes der letzten Sitzung nachgedacht. Und es ist besser, die Menschen beschäftigen sich damit, als sie vergessen und verdrängen.

Aber reicht das schon?

Antisemitismus ist Bestandteil der hiesigen Kultur. Ich meine, es bleiben da immer Reste. Aber die Menschen, die an der Gruppe teilnehmen, kommen, weil sie sich auseinandersetzen wollen. Es ist wichtig, sich mit den irrationalen Dingen, den Ängsten, Aggressionen und Phantasien zu beschäftigen. Die Menschen, die zur Großgruppe kommen, sind alle fortschrittlich und interessiert, weltoffen, aufgeklärt. In der Großgruppe entdecken sie, dass das nicht bedeutet, dass schon alles verarbeitet worden ist. Die Gruppe bildet dabei auch eine Art Korrektiv, die Kommentare und Wortmeldungen machen dann automatisch selbstkritisch. Wenn die Auseinandersetzung dann für den einen oder anderen zu bedrohlich wird, dann beobachten wir, dass er sich abkapselt oder gar nicht mehr kommt. Aber so lange er kommt, sucht er etwas.

Ziel der Gruppe ist es, ins Gespräch zu kommen. Ich

bin aber eher ein konfrontativer Mensch, ich suche die Konfrontation, auch wenn das unangenehm ist und wenn Verletzungen dadurch entstehen. Als ich mit den Gruppen begann, ganz am Anfang, da waren unter den Teilnehmern noch Überlebende und sozusagen „echte“ Nazis. Ich war vorsichtiger, denn die Menschen waren zum Teil traumatisiert. Aber bei dieser Gruppe, mit Angehörigen der dritten Generation nach der Shoah kann man schon konfrontativ arbeiten.

In den 80er Jahren hatte ich eine Gruppe von Trotz-kisten und Maoisten, sie wollten sich vom Katholizismus ihrer Eltern lösen und hatten statt dessen doch eine andere „Religion“ gewählt. In der Gruppe kamen sie dann darauf, dass sie eben linke Dogmatiker geworden waren statt katholische Dogmatiker. Auch entdeckten sie, dass sich hinter ihrer Fixierung am Thema Israel der alte Antisemitismus verbarg, den sie an ihren Eltern bekämpft hatten. Manche dieser Teilnehmer zogen die Konsequenzen, für sie war die Gruppenerfahrung eine Bilanzziehung und sie distanzieren sich. Andere verfielen in Depressionen, die wiederum zur Analyse führten und von da in eine Ausbildung zum Analytiker. Wieder andere suchten sich eine neue „Religion“ und wurden zum Beispiel zu Körndlfressern. Sie suchten nach neuen Ideologien, um ihre verunsicherte Identität wieder zu stärken und Halt zu finden. Bei den jüdischen Teilnehmern gab es die, die sagten: Ich bin Internationalist, ich will kein Jude sein. Und manche sind auch

trotzige Juden geworden, die meinten, wenn uns hier niemand will, dann bleiben wir erst recht.

Sie sind in Israel aufgewachsen. Warum kamen Sie nach Österreich?

Ja, ich bin in Israel aufgewachsen, dem damaligen Palästina und habe den Holocaust sozusagen aus der Ferne erlebt. Teile meiner Familie waren in Ungarn zuhause, sie sind umgekommen, andere Teile waren in den USA und wie ich in Palästina. Ich kam nach Wien aus purer Neugier. Ich traf so viele liebenswürdige Menschen und begann mich zu fragen, wie aus diesen netten Leuten Mörder werden konnten. Es war meine Art, mich mit dem Nationalsozialismus zu beschäftigen. Und so kam ich auf das Thema Massenpsychologie, dann zur Psychoanalyse, zu Gruppen und dann zu Großgruppen.

Das war anfangs ja ein Experiment, ich meine, es gab ja keine Erfahrungen damit, wir haben einfach gesagt, wir probieren das mal. Aber gerade weil ich in Israel aufgewachsen bin, habe ich viele Komplexe gar nicht, die jüdische Menschen haben, die hier aufwachsen. Antisemitismus ist für mich eher ein kurioses Phänomen, ich frage mich: Was spielt sich da ab? Es ist eher wie in einem Film, ich bin außerhalb, das hat mit mir persönlich nichts zu tun. Meine jüdische Identität ist ein Faktum, nichts fragwürdiges. Aber Juden hier wachsen auf und wissen nicht, wohin sie gehören.

Jetzt leben Sie aber schon viele Jahre in Österreich. Wür-

den Sie immer noch sagen, dass Sie zum Antisemitismus so ein distanzierendes Verhältnis haben?

Heute bin ich nicht mehr ganz so distanziert, wie am Anfang, aber durch meine Beschäftigung mit der Psychoanalyse erwarte ich ganz einfach, dass Menschen zu allem fähig sind. Menschen sind keine Heiligen. Sie können morgen Mörder werden.

„... vor allem an die nicht-jüdischen Teilnehmer gedacht“ – Interview mit Gerlinde Farkas-Zehetner

Context XXI: *Was hat Sie dazu gebracht, sich mit dem Nationalsozialismus und Antisemitismus – auch oder gerade unter psychoanalytischen Gesichtspunkten – auseinander zu setzen?*

Gerlinde Farkas-Zehetner:

Ich habe an der Universität eine Entdeckung gemacht: Immer wenn die Rede auf Israel und die Juden kam, dann waren meine Mitstudenten auf einmal alle so emotional. Das hat mir zunächst Angst gemacht. Ich habe das nicht verstanden. Auf einmal waren sie keinen rationalen Argumenten mehr zugänglich. Ich dachte mir damals, ich muss herausfinden, womit es zu tun hat. Aber ich fand da nichts, bis ich Professor Schubert traf. Bei ihm besuchte ich die Vorlesung über *Geschichte des Antisemitismus*. Bis dahin war alles, was ich über den Nationalsozialismus wusste, theoretisches Wissen gewesen, das mit mir nichts zu tun hatte. Aber das Phänomen Antisemitismus ist nicht zu begreifen, wenn man es nur von außen ana-

lysiert und interpretiert, denn es hat immer auch mit einem selbst zu tun, mit dem eigenen „Ich“. Und ich erschrak über mich in diesen Vorlesungen, dass ich selbst vom Anti-Judaismus infiziert war.

Ich besaß ein „inneres Bild vom Juden“, zusammengewürfelt aus den gängigsten Vorurteilen und Stereotypen meiner kindlichen Umwelt. Der Konsens, was die Fragen des Judentums und der Roma betraf, war bei den Menschen, die meine Eindrücke bestimmten, derart, dass für mich kein Zweifel an dem stereotypen Bild von Juden und Roma aufkam. Gefühle der Betroffenheit, der Scham, der Trauer, der Wut, der Schuld über das mir eininjizierte verlogene und inhumane Bild über Juden und Roma, über meine Vorurteile und meine Bereitschaft zur Diskriminierung, stiegen hoch.

Meine eigene Analyse, mich mit meiner eigenen Familiengeschichte auseinander zu setzen und den inneren Müll zu entgiften, das war mir sehr hilfreich. Parallel zu der persönlichen Auseinandersetzung habe ich das Studium absolviert und meine Diplomarbeit über Antisemitismus nach 1945 geschrieben. Das positive an der Analyse ist ja, dass man lernt, Aggression zu empfinden, verbal zu artikulieren und sich mit den Ursachen derselben auseinander zu setzen. Dieser Prozess nimmt der Aggression ihre schädigende Wirkung.

Was war dann die unmittelbare Motivation, die Großgruppe zu organisieren?

Ausschlaggebend war letztlich der 11. September. Es

war wie damals, als ich Geschichte studierte. Auf einmal kamen diese Elemente wieder: kein Wort des Mitgefühls für die Opfer. Im Gegenteil: Die Opfer wurden zu Tätern gemacht, Bush war auf einmal ein Diktator, beeinflusst von jüdischen Beratern, Sharon der größte Verbrecher. Das waren keine Stammtischgespräche, sondern Aussagen von Akademikern.

Ich war gerade dabei, meine gruppenpsychoanalytische Ausbildung abzuschließen. Professor Shaked war mein Ausbildungsleiter. Da wollte ich auch anderen Menschen die Chance bieten, sich im Rahmen einer Großgruppe mit politischen und gesellschaftlichen Ereignissen – insbesondere mit dem Nationalsozialismus und dem Antisemitismus – anhand der eigenen Familiengeschichte auseinander zu setzen.

Hat die Großgruppe aus Ihrer Sicht etwas gebracht? Haben Sie das Gefühl, dass etwas erreicht wurde?

Absolut. Besonders interessant in dieser Großgruppe war die Begegnung mit Vertretern der jeweils „anderen Gruppe“, also Juden beziehungsweise Nicht-Juden. Durch diese Begegnung ergaben sich zahlreiche Möglichkeiten, eigene Handlungen und Positionen durch die Brille des jeweils anderen wahrzunehmen, eigene Sichtweisen um die anderer Gruppenteilnehmer zu ergänzen, und sie schließlich einer neuerlichen – nunmehr komplexeren, bewussteren und kritischeren – Reflexion zu unterziehen. Man konnte miterleben, wie sich eine amorphe Masse zu einer

Gruppe wandelt, die fähig wird, Beziehungen einzugehen, intim zu werden und Konflikte miteinander auszutragen.

Alles, was Sie erzählt haben, auch das, was Sie als positives Ergebnis der Großgruppe werten, hat aber doch sehr stark mit der „Täterseite“ zu tun. Ist diese Konfrontation für die jüdischen TeilnehmerInnen nicht eine Zumutung?

Was in der Gruppe passiert, was artikuliert wird, ist genauso Zumutung, wie die Realität es ist. Die Gruppe spiegelt ja ein Stück Gesellschaft wider. Aber sie bietet für alle Teilnehmer eine Chance, sich zu erleben und Wege zu entdecken, mit der Realität besser umzugehen, sodass die Großgruppe für alle Menschen ein gutes „Übungsfeld“ bietet. Aber ich gebe Ihnen recht, als ich die Großgruppe plante, habe ich vor allem an die nicht-jüdischen Teilnehmer gedacht.

**VHS-Kurs
Rassismus und
Antisemitismus**

**9. bis 30. 1. 2004
Freitags, 16 – 17.30 h
18,- Euro**

**Kursleiter:
Stephan Grigat**

**Anmeldung:
Volkshochschule
Meidling
Längenfeldgasse 13-15,
1120 Wien
Tel.: 810 90 67-76101
Fax: 810 80 67-76110
office@meidling.vhs.at
www.vhs.at/meidling**

Das Vergnügen der Assoziation

Überlegungen anlässlich des European Social Forum

„Die Praxis des Glücks wird subversiv, wenn sie kollektiv ist.“ (Félix Guattari)

VON HEIDE HAMMER UND
STEFAN VATER*

Zehntausende treffen in Paris zusammen und behaupten: „Eine andere Welt ist möglich“. Der spezifische Mut zum Pathos erreicht somit – auch mit Michael Hardt/Toni Negri – Diskursstränge in der deutschsprachigen Linken, die sich bislang eher an trockener und verbissener Wissenschaftlichkeit oder mechanistischer poststrukturalistischer Terminologie orientierten. Wut und Unverständnis sind oft die Folge dieses Aufeinandertreffens. Verkürzt formuliert geht es wiederum um die Fragen von Utopie versus Kritik oder noch verkürzter und verbissener, ob in einer so falschen kapitalistischen Welt Vergnügen, Pathos oder Utopie richtig und berechtigt, aber auch progressiv sein können. Klassischen marxistisch-leninistischen Richtungen hingegen war ein etwas anders geartetes trauriges Pathos ja nie fremd.

Lenins Lachen

Die obige Frage lässt sich nicht lösen, zumal auch die Breite politischer Happenings, wie des *Europäischen Sozialforums*, in keiner Weise überschaubar bleibt. Als kleine Illustration können wir ein Referat von Louis Althusser nacherzählen, das die Relevanz spezifischer Kritik und Wissenschaftlichkeit sowie Einschätzung an deren außerwissenschaftlichen Praxisbezügen misst. Althusser spricht vor der französischen Gesellschaft für Philosophie über seine Konzeption mar-

xistischer Philosophie, er lehnt aber in seinem Vorwort den Rahmen und die Wertigkeiten philosophischer Tradition ab, und die daraus resultierende philosophische Kommunikation. „Philosophical communication. This term would certainly have made Lenin laugh, with a whole hearted, open laugh by which the fisherman of Capri recognized him as one of their kind and on their side.“¹

Nun, auch das ist Pathos, aber der wesentliche Punkt eines Außenbezugs auf nicht-systemimmanente Praxen löst einen Knoten der Argumentation.

Das ESF-Festival

„Unter den verschiedenen situationistischen Verfahren ist das Umherschweifen eine Technik des eiligen Durchquerens abwechslungsreicher Umgebungen. (...) Eine oder mehrere Personen, die sich dem Umherschweifen widmen, verzichten für eine mehr oder weniger lange Zeit auf die Ihnen im Allgemeinen bekannten Bewegungs- bzw. Handlungsmotive, auf ihre Beziehungen, Arbeits- und Freizeitbeschäftigungen, um sich den Anregungen des Geländes und den ihm entsprechenden Begegnungen zu überlassen. Dabei ist der Anteil des Zufälligen weniger ausschlaggebend, als man es im Allgemeinen glaubt: Vom Standpunkt des Umherschweifens haben Städte ein psychogeografisches Bodenprofil mit beständigen Strö-

men, festen Punkten und Strudeln, die den Zugang zu gewissen Zonen oder ihr Verlassen sehr mühsam machen.“ (Guy Debord)

„Die Menschen können nichts um sich herum sehen, was nicht ihr Gesicht ist, alles spricht zu ihnen von ihnen selbst. Selbst ihre Landschaft ist beseelt.“ (Karl Marx)

Die Festivalstimmung des ESF dominiert das häufig zielloze *kollektive Umherschweifen* der TeilnehmerInnen durch die Menge von Workshops, Seminaren der unterschiedlichsten Ausrichtung und Qualität und bietet auch eine eigene Qualität der Wahrnehmung. Veranstaltungen der globalisierungskritischen Bewegung bilden die jeweiligen Verfasstheiten der Organisation ab, sie fokussieren auch Interessen und basieren auf zwei Prämissen, die polarisierend wirken: „Gegen Krieg und Neoliberalismus!“

Kann diese Form des Austauschs konsumiert werden, obgleich die lautstark artikulierte undifferenzierte Antikriegspropaganda abstoßend wirkt? Selbst die allgemeine Opposition gegen die herrschende Form kapitalistischer Vergesellschaftung und deren Analyse oder verkürzte Kritik bedürfen der konkreten Auseinandersetzung, in der Heterogenität der Ansätze müssen² etwa sexistische, rechtsextreme, antisemitische Positionen benannt werden.

*) Stefan Vater ist Philosoph in Wien.

Die globalisierungskritische Bewegung bietet eine Bühne auch für einfache „Wahrheiten“ und wäre als Tribüne der Wahrheit völlig ungeeignet. Konkrete Erfahrungen des ESF 03 erzählen von oberflächlichen Darstellungen theoretischer Bezüge und fehlender Orientierung auf aktionsorientierte Ansätze, Ansätze die ein kollektives Erlebnis eines anderen sozialen Gefüges ermöglichen, oder schlicht über eine herkömmliche Demonstration hinausweisen, und die nicht kritiklos und widerstandslos verharren, wenn Plakate wie „Intifada global“ eine Aufforderung zu Suicide-Bombings darstellen.

Der Wunsch nach Assoziation und die wirkungsmächtige Assoziation (Multitude)

Um die Mechanismen der Vereinzelung und Konditionierung kapitalistischer Vergesellschaftung zu durchbrechen, bedarf es einer rhizomatischen Praxis („to be something else at the same time“³), eines Regimes der Vielfalt – für das soziale Rahmen wie das ESF zumindest günstige Voraussetzungen bieten. Der Reduktion auf das einförmige Funktionieren in einem Verwertungsprozess kann das Betonen der vielfältigen Ausdrucksmöglichkeiten und Vermögen der AkteurInnen entgegengehalten werden.

Der Blick auf Formen des sozialen Zusammenschlusses, der Massenbildung, der Assoziation ist gegenwärtig gründlich verstellt durch nationalsozialistische TäterInnen und ZuschauerInnen oder randalierende Horden von Fußballfans. Dies darf aber nicht über die Grundnotwendigkeit radikaler Sin-

gularität in kollektiven Formen hinwegtäuschen.

Sicheres Nachtlager als Bild

„Der Mensch muss nicht nur essen, trinken, koitieren – er/sie muss ganz entschieden auch schlafen, und zwar lange und tief genug.“⁴ Und dieses Schlaf-Bedürfnis ist nur von Assoziierten gesichert in der notwendigen Tiefe sicher. In dieser anthropologisch gefärbten Darstellung ist ein wesentlicher Tatbestand enthalten: Der Mensch ist ein soziales Wesen.⁵ Nebenbei ist Sicherheit nicht militärisch zu denken.

Das Kollektiv als grundlegende Kategorie von Freiheitsbestrebungen zu setzen, keine mühsamen Wege der Vermittlung und des Ausgleichs zu formulieren (damit würde an einer heterogenen, vermeintlich unvereinbaren Individualität festgehalten),⁶ sondern von fundamentalen, geteilten Begierden (cupiditas) auszugehen, potenziert das Vermögen (gegen die Macht) und führt von einer angstbesetzten Einsamkeit zur Gesellschaftlichkeit, zu einer kollektiven Praxis.

Die benötigte „destruktive Waffe“, Dekonstruktion auf der Ebene der Theorie und Subversion in der Praxis,⁷ kann benannt werden; die „radikale Gegenmacht“ liegt im Handeln der Multitude, ihrer Kreativität, ihrer Produktion.

Die wilde widerspenstige Anomalie (Spinoza in der Lesart Negri) weist auf die „historische Überwindung jeglicher Ordnung, die nicht von den Massen in Freiheit konstituiert ist;“ diese Massen (multitudine), die in dem gemeinsam mit Michael Hardt verfassten, breit rezipierten Entwurf *Empire* eine



bedeutende Rolle spielen, bilden – entsprechend der operaitischen Interpretation – die Grundlage umfassender Transformation. „Freiheit“ bedeutet genau dieses Vermögen (potentia) zur Veränderung, die keine Form der Macht im Sinne von Herrschaft oder Unterdrückung,

- 1 Louis Althusser: *Lenin and Philosophy*. in: Ders.: *Lenin and Philosophy and other Essays*. London 1971, S. 29. Bezugspunkt bildet ein Treffen Lenins mit Gorki auf Capri 1908.
- 2 *Wie allgemein ist dieses „müssen“: Wer kann für die gesamte Unüberschaubarkeit Verantwortung übernehmen? Um pathetisch zu bleiben: da wuchert vieles. Worauf die kritische Einschätzung richten, um nicht wie Fred Sinowatz in einem „alles ist so kompliziert“ oder populär-adornistisch einem „irgendwo ist was falsch“ zu erstarren?*
- 3 Félix Guattari: *A Liberation of Desire*. in: *Chaosophy. Soft Subversions*. New York 1996, S. 56
- 4 Jürgen Link: *Association und Interdiskurs*. in: *kultuRRe-volution*, Nr. 38/39, 1999, S. 22
- 5 vgl. Claude Adrien Helvetius: *Vom Menschen und seinen geistigen Fähigkeiten*. Berlin 1976. Helvetius argumentiert, der Mensch sei vereinzelt, als isoliertes Atom unerklärbar. *Vom Menschen zu handeln setzt Gesellschaft und Assoziation voraus*. „Das Erkenntnisobjekt ‚der Mensch‘ verwandelt sich unversehens in das ‚die Menschen‘ (Helvetius). Jeder Versuch einer Interpretation, der das Wesen des Menschen finden soll, erkennt ihn so, dass sie ihn in natürlicher und sozialer Verflochtenheit vorfindet, und ein Denkansatz, der vielleicht individualistische Wünsche von zu Hause mitgebracht hat, ist rasch genötigt, einer sozialen Betrachtungsweise den Platz abzutreten.“ (Leo Löwenthal: *Philosophische Frühschriften*. Frankfurt a. M. 1990, S. 20)
- 6 Negri fasst den Gedanken des Kollektivs als „eine – ontologische – Bestimmung des Verhältnisses Vielfalt-Einheit“. (Antonio Negri: *Die wilde Anomalie. Baruch Spinozas Entwurf einer freien Gesellschaft*. Berlin 1982, S. 156)
- 7 Michael Hardt/Antonio Negri: *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt a. M. - New York 2002, S. 376

Verfügungsgewalt meint, sondern produktiv durch Selbstbestimmung und Emanzipation konnotiert wird: „Die Befreiung aus einer unbequemen Vergangenheit hat überdies keinen Wert, wenn sie nicht darauf angelegt ist, die Gegenwart zu genießen und die Zukunft zu produzieren.“⁸

Es geht um die Differenzierung verschiedener Typen von assoziativen Prozessen, um nichts Anderes als die Überlegung von Mitteln und Wegen für widerständige assoziative Bewegungen.

Die Bedeutung der Allianz, der Kollektive und Assoziationen – in klarer Absetzung von klassischen Begriffen von Masse – besteht in der Wahrnehmung von Variationen und in der Kol-

lektivierung von Wünschen, wohingegen das individualistisch-autonome Subjekt, seine Gewissheiten und klaren Trennungen zu Geschlossenheitsphantasien führt, die das Begehren und die hedonistischen Vergnügen begrenzen.

Eine Vervielfältigung der Identifizierungen muss möglich sein, die vermittelt kritischer Reflexion der konstitutiven Ausschlüsse jene als Demokratisierung nur unzureichend beschriebene Intention verdeutlicht, das Ideal der Eindeutigkeit und Sicherheit zu verlassen, die Gewalt herrschender Formationen in der Normalisierung strikter Grenzen des Sagbaren, Wünschbaren oder Erreichbaren zu dekonstruieren und dadurch die Fülle der Möglichkeiten zu eröffnen.

Woraus wäre andernfalls die Motivation der Handlung zu gewinnen, wenn die Zielorientierung in ähnlich festgefügt Mustern läge, als die vorgegebenen Rollen ohnehin gewähren? Emanzipative Entwürfe, deren Disziplinierung rigoros erfolgt – um dem einen (oder der Palette an) Ideal(en) des/der radikalen Linken zu genügen – wären ähnlich wenig vernünftig und lustvoll, wie die Figur der „guten Mutter“ oder des „aufrechten Konservativen“ auszufüllen. Qualitative Unterschiede verschwinden so in der Affirmation der Strenge und Akzeptanz enger Grenzen. „Das Problem ist nämlich nicht das der Herrschaftsformen, sondern das der Befreiungsformen.“⁹

8 Negri, a. a. O., S. 13

9 ebd., S. 247

Lieber ohne Juden?

Offenbar geht kein Treffen der globalisierungskritischen Bewegung ohne antisemitische Vorfälle über die Bühne. Bereits Anfang dieses Jahres wurde beim 3. *Weltsozialforum* in Porto Allegre eine Gruppe von Juden und Jüdinnen tätlich angegriffen, weil sie ein Transparent mit der Losung „Zwei Völker – Zwei Staaten: Frieden im Nahen Osten“ hochhielten.

Im Falle des *Europäischen Sozialforums* (ESF) in Paris kam es schon im Vorfeld zu heftigen Diskussionen. Ausgelöst wurden sie durch die Einladung Tariq Ramadans, der französischen Intellektuellen vorwarf, sie würden ausschließlich als „Juden“ und im Dienste Israels agieren. Alain Finkielkraut reagierte im Interview mit der *Frankfurter Rundschau* vom 12. November auf die Aussagen des Schweizer Islamisten: „Ich halte eine kritische Auseinandersetzung mit der Globalisierung für zwingend. Eine Massenbewegung ist im Entstehen begriffen, aber bevor ich mich überhaupt mit ihr befassen kann, hat sie mich schon ausgeschlossen.“ Finkielkraut fürchtet, dass der Antisemitismus „bei den Globalisierungsgegnern eine große Zukunft vor sich“ hat. Und er gesteht ein, dass er lange gebraucht hat, um

zu realisieren, dass der Antisemitismus heute im Gewand des Antirassismus und der Menschenrechte auftritt.

Am ESF wurden AktivistInnen der *Aktion 3. Welt Saar* mit Gewalt am Verteilen eines mehrsprachigen Flugblattes gehindert und von Ordernern unter Androhung, die Polizei zu rufen, vom Veranstaltungsort verwiesen. Einem AktivistIn der *Aktion 3. Welt Saar* wurde im Forum *Racism, xenophobia, anti-Semitism* kein Rederecht gewährt. In dem Flugblatt wurde das Existenzrecht Israels bejaht und für eine politische Lösung des Nahostkonfliktes geworben. Wörtlich hieß es: „Eine Lösung des Nahost-Konfliktes kann es nur geben, wenn die israelische Bevölkerung die soziale Lage der palästinensischen zur Kenntnis nimmt, und die arabische die Shoah als Hintergrund für die Existenz Israels. Wir in Europa sollten alle auf beiden Seiten unterstützen, die das Verständnis für die jeweils andere Seite fördern.“ Solche Positionen haben offenbar keinen Platz am ESF, das von sich behauptet, ein „offener Treffpunkt für den Austausch von Meinungen und Erfahrungen“ zu sein.

Staat ohne Faschismus, Subjekt ohne Regression

John Holloways Versuch, die Welt zu verändern

Über ein Unterfangen, die Revolution zu retten, ohne vom Faschismus zu reden

VON TOBIAS OFENBAUER*

Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen – so der Titel von Holloways letztem Buch – klingt zwar wie eine Headline aus dem letzten Pfarrblatt, dennoch gibt es darin kaum eine Zeile, die für ein solches Publikationsorgan brauchbar wäre. Dem Politikwissenschaftler, der seit 1993 an der UNAM in Mexiko unterrichtet, geht es ums Ganze: um die Revolution. Kein akademisches Hin und Her, keine vorgeschützte Neutralität, sondern ein klares Bekenntnis: Die Welt ist mies eingerichtet. In ihr ist der Mensch „ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen“ (Marx). Und das nicht, weil falsch geherrscht wird, sondern wegen dem scheinotwendigen Fortbestehen des Prinzips an sich. Im Gegensatz zum linken, politikwissenschaftlichen Mainstream hat Holloway nicht vergessen, wozu theoretische Auseinandersetzung in kritischer Absicht da ist: Kritik „ist kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe. Ihr Gegenstand ist ihr Feind, den sie nicht widerlegen, sondern vernichten will“ (Marx). Im Anschluss an die Kritische Theorie formuliert er dabei eine luzide Kritik des traditionellen Marxismus, insbesondere seiner Staats- und Politikkonzepte. Diese leiden noch immer an

einem, alle kritischen Intentionen zunichte machenden Irrtum: die Formen bürgerlicher Vergesellschaftung werden lediglich als Emanationen einer instrumentellen Vernunft der Herrschenden begriffen, statt in den Verkehrsformen selbst die Perpetuierung des Prinzips Herrschaft zu erkennen. Staat und Produktionsprozess werden dann nur mehr als technische Apparate angesehen, die man nur den herrschenden Cliquen entreißen muss, um sie für die eigenen, „menschenfreundlichen Zwecke“ dienstbar zu machen. Diesem Missverständnis gilt es mit Aufklärung über den abstrakten Charakter der Formen bürgerlicher Herrschaft entgegen zu wirken. Nicht der angeblich zu niedrige Lohn, sondern das Prinzip Lohnarbeit, bei dem das Vermögen zur Produktion von Mehrwert immer mitgekauft und damit die Möglichkeit zur Ausbeutung immer gegeben ist, ist der Kritikpunkt. Ebenso sind nicht die Menschenrechte als Bollwerk gegen den Staat hoch zu halten. Diese wären nicht ohne jenem. Der bürgerliche Staat zielt darauf ab, Individuen als den Akkumulationsbedingungen angepasste Subjekte zu kreieren. Diese Form der Subjektivität ist in den Menschenrechten kodifiziert und wird vom Hüter

über Recht und Ordnung, dem Souverän, garantiert und solange aufrecht erhalten, solange dieser Regulationsanspruch, egal ob subjektiv oder objektiv durch die Krise der Vergesellschaftung, nicht in Frage gestellt wird. Es kann also nicht darum gehen, die Macht zu übernehmen – schon gar nicht in der Form der Staatsmacht. Lediglich in der bestimmten Negation des Bestehenden lässt sich Befreiung denken und antizipieren.

Holloways Kritik an den verschiedensten Irrwegen linker Theoriebildung ist fundiert und radikal. Besonders hervorzuheben ist seine Rezeption der Marxschen Wert- und Fetischkritik, der er zwei lesenswerte Kapitel widmet. Dort werden die wichtigsten Ausführungen von Marx als auch die Rezeption dieser Stellen bei Lukács, Adorno und anderen dargelegt und diskutiert. Seine Überlegungen zu tendenziell pessimistischen Argumenten der Kritischen Theorie bezüglich eines „totalen Verblendungszusammenhangs“ sind bemerkenswerte Beiträge und zeigen, wie man an der Kritik totaler Vergesellschaftung festhalten kann, ohne damit die Emanzipation der Menschen für unmöglich zu erklären. Für Holloway ist die kapitalistische Vergesellschaftung

*) Tobias Ofenbauer hat gemeinsam mit Alex Gruber das Vorwort zur Neuauflage von Eugen Paschukanis' *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*, Ça ira-Verlag, Freiburg 2003 veröffentlicht.

qua definitionem ein krisenhafter, sich immer wieder neu erfindender und damit nie völlig abgeschlossener Prozess. Damit ist Totalität als negative gefasst. Trotz des universellen Anspruchs von Kapital und Staat auf Regulierung der gesellschaftlichen Reproduktion könnte man ihnen prinzipiell jederzeit den Garaus machen. Warum dies aber nicht geschieht, ist Holloway leider keine Zeile wert. Aber dazu später.

Auch Holloways Argumente, warum ernst gemeinte (anti)politische Praxis erst einmal als radikale Kritik auftreten muss, lassen nichts zu wünschen übrig. Im Gegensatz zum traditionellen, „wissenschaftlichen“ Marxismus, geht es kritischer Theorie nie um Vollständigkeit, das Formulieren unhintergebarter Notwendigkeiten, oder gar Neutralität gegenüber ihrem Gegenstand. Vielmehr geht es ihr um „Darstellung als Kritik“, das Begreifen der Welt aus der Position der möglichen Abschaffung der scheinnotwendigen gesellschaftlichen Zwangsverhältnisse und um die Begründung, warum diese Position allgemeine Gültigkeit erlangen kann, aber eben nicht notwendigerweise muss. Solche Kritik kann immer nur als Negation des Bestehenden formuliert werden und muss gerade auch gegen jene sich wenden, die sich einbilden Kritik zu üben, aber letztendlich in „konformistischer Revolte“ doch nur an den bekannten Verkehrsformen festhalten.

Bei allem was Holloway leistet, bleibt aber doch ein bitterer Nachgeschmack, denn in manchen Positionen kann selbst er sich nicht

vom traditionellen Marxismus lösen. Auch für Holloway ist Arbeit ein unschuldiges, ja positives, den Menschen erst zu seiner Entfaltung führendes Prinzip, das erst im Kapitalismus zu einer unnötigen Plage wird. Diese Ontologie der Arbeit steht aber im Gegensatz zu den Theoretikern, auf die er sich ansonsten beruft. Marx geht es in seiner Analyse im Kapital um „Arbeit in unmittelbar gesellschaftlicher Form“, also um die „Verkleidung der Herrschaft in Produktion“ (Adorno/Horkheimer). Welche Bedeutung Arbeit für den *Menschen an sich* hat, ist dem späten Marx eine uninteressante und groteske Frage. Für Adorno und Horkheimer, bei denen ein ontologischer Arbeitsbegriff durchaus eine Rolle spielt, ist die Notwendigkeit der menschlichen Gattung Arbeit leisten zu müssen, der Ausgangspunkt der Introjektion von Herrschaft und der Bildung eines dazugehörigen, auf Identität zielenden Bewusstseins. Der Kapitalismus erhebt dieses repressive Moment der Sozialisation dann nur noch zum absoluten Telos des Subjekts und führt somit zum Verfall des Individuums.

Auch Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, also genau jene Elemente bürgerlicher Vergesellschaftung, die entscheidend dazu beitragen, diese zusammen zu halten, spielen in Holloways Analyse kaum eine Rolle. Lediglich das Phänomen des Staatsrassismus, also der von oben verordneten Identität via Staatsbürgerschaft, wird gestreift. Die Möglichkeit der Regression der bürgerlichen

Subjekte zu dumpfem Kollektivismus, wie auch die Möglichkeit der faschistischen und nationalsozialistischen Krisenlösung sind Holloway kein Thema. Dieses Ausblenden rührt von einer selektiven Rezeption Kritischer Theorie: die Kritik bürgerlicher Subjektivität mit den Mitteln der Psychoanalyse, die für die Analyse der autoritären Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft von entscheidender Bedeutung waren und sind, werden, genauso wie der Faschismus selbst, einfach ausgespart. Damit wird ein wichtiger Teil des kritischen Potentials von Holloways Denken wieder einkassiert. Dies betrifft vor allem den Ausgangspunkt seiner Gesellschaftskritik: den so genannten „Schrei“. Der etwas pathetische Begriff soll die Beschädigung des Individuums durch das Realitätsprinzip beschreiben. Diese Verletzung ursprünglicher Menschlichkeit kann seiner Einschätzung nach nie getilgt werden. Das Bedürfnis zu protestieren ist somit allen Individuen als bürgerlichen Subjekten eingeschrieben, der Schritt zur Revolution nur eine Frage der Freilegung dieses Potentials. Adornos Ausführungen stehen zu solchen Ontologien in krassstem Widerspruch. Zwar bezeichnet auch er in *Die revidierte Psychoanalyse* ganz im Anschluss an Freud den individuellen Charakter als „ein System von Narben (...)“, die nur unter Leiden, und nie ganz, integriert werden (können).“ Für ihn ist „die Zufügung dieser Narben (...) die Form, in der die Gesellschaft sich im Individuum durchsetzt“. Adorno weiß allerdings sehr wohl, dass die Brechung des

primären Narzissmus unumgänglich ist. Nicht die Beschädigung der phantasierten, kindlichen Allmacht ist das Problem, sondern wie diese Beschädigung in der bürgerlichen Gesellschaft Konformismus und das Bedürfnis, Teil eines scheinbar natürlichen Kollektivs zu sein, immer wieder befördert. Weder ist mit dieser Beschädigung ein Potential zur Revolution angelegt, noch ist damit die Entwicklung zum autoritären Charakter unumgänglich. Holloway aber bedient falsche Assoziationen: Nicht jeder, der sich als Opfer fühlt, nicht jeder, der „gegen die da oben“ oder gar gegen das „Schweinesystem“ wettet, ist ein Revolutionär im Wartestand. Oft genug ist das Gegenteil der Fall. An diesem Punkt zeigt Holloway einmal mehr, wie haltlos Gesellschaftskritik wird, wenn sie nicht auf die Erfahrung des Nationalsozialismus reflektiert. Emanzipativer Praxis kann es deshalb auch nicht darum gehen, diese ursprüngliche Kränkung zu tilgen. Diese ist vielmehr Vorraussetzung eines vernünftigen, autonomen Ichs. Vielmehr wäre die Abschaffung der unnötigen Unterwerfungen, die sinnlose Wiederholung der individuellen Leiderfahrung und der damit verbundenen Regressionen, das Ziel. Holloways Gesellschaftskritik ist somit eine, die von der faschistischen Epoche vollkommen unberührt geblieben ist. Und darin liegt ihr größtes Manko.

John Holloway: Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen. Westfälisches Dampfboot, Münster 2002, 255 Seiten, EUR 24, 80

Fallstricke des Antikapitalismus

Anmerkungen zur Globalisierungskritik

Nicht erst seit dem *Austrian Social Forum* (ASF) in Hallein, an welchem ursprünglich der rechte Seelentröster Franz Alt hätte teilnehmen sollen, sehen sich linke GlobalisierungskritikerInnen mit Umarmungs- und Unterwanderungsversuchen seitens Rechtsextremer konfrontiert. Darauf reagieren sie mit Distanzierungen und Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Dass es viele Inhalte der globalisierungskritischen Bewegung sind, welche Rechte anziehen, kommt kaum jemandem in den Sinn.

Beispielhaft werden diese Inhalte von Claudia von Werlhof, Politikwissenschaftlerin an der Universität Innsbruck, vertreten. Sie dozierte beim ASF: „Die Nationalstaaten lösen sich auf, politische Parteien sind nicht wiederzuerkennen, Regierungen mutieren zu Geheimgesellschaften, (...) Familien implodieren, (...) Unternehmen verschwinden im Rachen der Konzerne (...). Die Riesenvermögen sind in den letzten Jahren immer mehr auf parasitäre Weise zustande gekommen, also ohne eigene Arbeit und Produktion, sondern durch Enteignung, Subventionierung, Geldverleihung gegen hohe Zinsen und Spekulation. (...) Der gesamte Alltag soll durchkommerzialisieren und -monetarisiert und die Rationalität des profitorientierten Geldes auch noch in die letzten Winkel der Privatsphäre katapul-

tiert, die letzten Momente von Moral, Rücksichtnahme, Mitleid, Altruismus oder liebevolle Zuwendung ausgemerzt werden.“ Bezüglich des 11. September meint sie, dass „die US-amerikanische Regierung (...) aller Wahrscheinlichkeit nach diesen Terrorakt selbst organisiert (hat), um eine öffentliche Akzeptanz für den Krieg nach außen und im Inneren zu schaffen“.

Neben krudem Verschwörungsdenken finden wir hier alle Versatzstücke einer Globalisierungskritik von rechts: Das Lamento über die Bedrohung oder das angebliche Ende der Nationalstaaten, Familien und Kleinunternehmen, der Hass auf das sich parasitär vermehrende „raffende Kapital“, dem die konkrete Arbeit gegenübergestellt wird und die Verklärung einer guten alten Zeit, in welcher das böse Geld noch nicht die Moral und Sitten vergiftete.

Kernpunkt des antikapitalistischen Ressentiments ist die Personalisierung von Herrschaftsverhältnissen und die demagogische Auflösung der Einheit von Produktion und Zirkulation, wobei dann nur letztere ins Visier gerät. Entgegen der Erkenntnis, dass nur variables Kapital (Arbeit) wertschaffend ist, der Wert also in der Produktion entsteht und im Zirkulationsprozess bloß realisiert wird, wird behauptet, Wert werde in der Zirkulations-

sphäre geschaffen. Der Zins wird hier von der Vergütung für vorgeschossenes Kapital zu einer Form des Profites. Der schon in der Ware selbst angelegte Doppelcharakter wird aufgespalten in zwei unterschiedliche Wesenheiten: Hier die Produktion von Gebrauchswerten, die konkrete Arbeit, dort die Zirkulation von Tauschwerten, der abstrakten Arbeit. Von den Nazis wurde der erste Charakterzug der Ware als „deutsch“ geheiligt und der zweite als „jüdisch“ verteufelt. Der Versuch, den Doppelcharakter der Arbeit aufzulösen, die „deutsche“ wertschaffende Arbeit von ihrer gesellschaftlichen Funktion zu befreien, endete für die als Agenten der Zirkulation halluzinierten Jüdinnen und Juden in den Gaskammern.¹

Für die rechtsextreme Zeitschrift *fakten* (10a/03) stellen „Aktienpekulationen (...) die schlimmste Form des Kapitalismus“ dar. Während ein „Produzent (...) wenigstens Produkte (schafft) und (...) Arbeitnehmer (beschäftigt), um seine Gewinne zu erreichen, (tut) ein Spekulant (...) weder das eine noch das andere. Er schafft nichts, sondern tut die ganze Zeit nichts anderes, als sein Vermögen dorthin zu verschieben, wo es ihm die höchsten Zinsen beim relativ geringsten Risiko einbringt.“ Wie sehr auch die Sozialdemokratie mittlerweile sich dieses Gedanken- gut zu eigen gemacht hat, be-

Die Nähe zwischen rechten und linken No-Globals ist kein Zufall, sondern hat inhaltliche Gründe. Eine Wiederholung von Grundsätzlichem.

VON HERIBERT SCHIEDEL



Der Tanz ums goldene Kalb: Anti-WEF-Demonstration in Davos 2003

legt der SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer, wenn er im *profil* (Nr. 15/02) den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital für „überholt“ erklärt: „Der wahre Widerspruch liegt heute zwischen dem Realkapital und dem Finanzkapital, also dem Zusammenwirken von Unternehmen und Arbeitnehmern einerseits (die Nazis sprachen hier vom „schaffenden Kapital“, Anm. H. S.) und den Mechanismen der Finanzmärkte andererseits.“

Anstatt gegen den Kapitalismus wird also gegen das „internationale Finanzkapital“ gekämpft. Damit der Traum vom gerechten Kapitalismus (der „fairen Marktwirtschaft“) geträumt werden kann, müssen seine Gesetzmäßigkeiten ausgeblendet werden. Die immanente Krisenanfälligkeit, der Zwang zur Monopolisierung und Rationalisierung werden uminterpretiert zur Folge des schändlichen Treibens der „Globalisierer“ und „Spekulanten“, die ihr Werk in den USA begannen.

Eckpunkte rechter Globalisierungskritik

Im Zentrum des rechten Antiglobalisierung-Diskurses steht die Behauptung einer Entmachtung der Politik oder des Staates. Die *Jungen*

Nationaldemokraten beklagen „die schleichende Übertragung politischer Entscheidungskompetenzen an die internationale Großindustrie.“ Dadurch „werde das Zusammenspiel von Volk und Wirtschaft quasi ‚auf den Kopf gestellt‘, d.h. dass nicht mehr die Wirtschaft dem Volk, sondern das Volk der Wirtschaft und den dahinter stehenden multinationalen Interessen dienen soll.“ Aus den beiden, im Rahmen der wertförmigen Vergesellschaftung untrennbar aufeinander bezogenen Sphären Politik und Ökonomie bzw. Staat und Markt wird eine Dichotomie, wobei eine Seite des so aufgelösten Gesamtzusammenhanges positiv besetzt wird.² Der Glaube an den Primat des Politischen eint Faschisten mit Sozialdemokraten, die sich den Ausbau des Wohlfahrtsstaates in der Blütezeit des Fordismus nicht mit den Notwendigkeiten kapitalistischer Reproduktion erklären können. Gegen die Globalisierung wird der bürgerliche Staat, der als „Opfer“ und nicht als Akteur in diesen Prozessen gesehen wird, in Anschlag gebracht. Die dahinterliegenden Vorstellungen vom an und für sich neutralen Staat, der übernommen oder in Anspruch genommen werden können, sind so alt wie die ArbeiterInnenbewegung. Wie überhaupt die globalisierungskritische Bewegung in ihrem „Pluralismus“ sämtliche Irrläufe linker Theorie und Praxis zu wiederholen scheint.

Ganz so, als ob die Vereinheitlichung der Welt zum Markt nicht ein Grundzug des Kapitalismus ist, wird der Verlust völkischer Differenz im Prozess der Globalisierung beklagt. So schreiben

die belgischen *Nationalisten gegen Globalisierung*, diese „bedeutet das Verschwinden von nationalen Grenzen, um in der nächsten Phase die Identität der Völker auszuwischen. Wir wollen aber nicht entarten zu dem, was man Weltbürger nennt, ohne Identität und ohne Seele.“ Auch *ATTAC-Frankreich* ruft in seinem Manifest von 2002 dazu auf, „die kulturelle Vielfalt (zu) verteidigen“. Und in der Gründungserklärung der von Faschisten durchsetzten polnischen *ATTAC-Gruppe* heißt es: „Das Konzept des Vaterlandes, des Staates, der Nation und vor allem des Patriotismus ist bedroht. (...) Wir betonen, dass Attac eine polnische Vereinigung ist, die an erster Stelle polnische Interessen verteidigt sowie die Souveränität von Entscheidungen der polnischen Gesellschaft, die polnische Kultur und Tradition wie auch polnisches Eigentum.“

Auch das *Weltsozialforum* (WSF) kämpft „gegen ein System, (...) das die Interessen des Kapitals gegen die Bedürfnisse und Erwartungen der Völker vertritt“, für die Erhaltung der „Identität der Völker“, nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen „Spekulantum“ und das „Spekulationskapital“ (Abschlussdokument, 5. 2. 2002). Ein Jahr zuvor wurde am WSF ein „Aufruf zur Mobilisierung“ beschlossen, in welchem von einer drohenden „Zerstörung unserer Kulturen“ die Rede ist. Was die Nazis früher „Zinsknechtschaft“ nannten, wird nun ausgeschrieben: „Illegitim, ungerecht und betrügerisch fungieren sie (die Auslandsschulden, Anm.) lediglich als Instrument der Unterwerfung und berauben die Völ-

ker ihrer fundamentalen Rechte einzig und allein deswegen, um den internationalen Wucher noch mehr auszuweiten.“

Das Ressentiment gegen die von der Produktion abge-spaltene Zirkulationssphäre existiert links und rechts. Die neonazistische *Kameradschaft Gera* empört sich: „Riesige Geldbeträge werden Tag für Tag um die Welt geschoben für Luftgeschäfte, die keinen Bezug zur realen Arbeitswelt haben.“ Aber die bösen, vagabundierenden Finanzkapitalisten beschränken sich nicht auf das Verschieben riesiger Geldbeträge. Das *Anti-MAI-Bündnis* zitiert zustimmend Subcommandante Marcos: „Ein neuer Weltkrieg wird heute erlitten. (...) Es ist ein Krieg, der von einer handvoll heimatloser und schamloser Finanzzentren angeführt wird, ein internationaler Krieg des Geldes gegen die Menschheit.“

Die Alternativen zur Globalisierung und damit die potentiellen Bündnispartner werden von der neofaschistischen Monatszeitschrift *Nation & Europa* (Nr. 9/02) benannt: „Die kommunistische. Die islamische. Die soziale Marktwirtschaft. Den ‚geschlossenen Handelsstaat‘ nach Fichte. Den ‚dritten Weg‘. Dazu aber bedarf es mutiger, phantasievoller, ungebundener Kräfte. Sie sind derzeit nicht wirkmächtig, doch ihre Stunde rückt näher.“

Antikapitalismus als Antisemitismus

Der Alt-SSler Franz Schönhuber schrieb in *Nation & Europa* (Nr. 9/02): „Die Fronten sind klar: Besorgte Menschen in der ganzen Welt von links bis rechts versuchen, sich im Kampf gegen

die Globalisierung zu einigen. Sie wissen, was Globalisierung bedeutet, nämlich Amerikanisierung plus Judaisierung.“ Auch wenn linke Kritik an der Globalisierung diese nicht offen als jüdisch denunziert, sind doch auch diese Diskurse nicht frei von (strukturellem) Antisemitismus. Am Beispiel der Abspaltung der Zirkulationssphäre, auf welche die Kritik sich weitgehend reduziert, wurde schon oft auf die Parallelen zum nationalsozialistischen Kampf gegen das „raffende (i.e. jüdische) Kapital“ hingewiesen.³ Ein weiteres Steckenpferd globalisierungskritischer Diskurse von links wie rechts ist die Behauptung einer globalen Verschwörung gegen die „Völker“ und einer „Weltherrschaft“ (der angeblich jüdisch dominierten USA). Wer von „Weltherrschaft“ spricht und nicht die des Kapitals meint, bereitet (bewusst oder unbewusst) den Pogrom an deren halluzinierten Subjekten vor.

Ohne einer vorschnellen Analogiebildung das Wort reden zu wollen, soll abschließend ein Blick auf die Frühgeschichte des modernen (politischen) Antisemitismus geworfen werden. Dieser entstand zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf Seiten der Linken, die noch keinen Begriff vom kritisierten Gegenstand, dem Kapitalismus, hatte. Er entspricht einem bestimmten, frühen Bewusstseinsstand der ArbeiterInnen und erscheint als reaktionärer und personalisierender Antikapitalismus, der auf der (von der Produktion getrennten) Ebene der Zirkulation verharret. Auch Marx selbst verfügte zum Zeitpunkt der Abfassung seiner umstrittenen

Schrift *Zur Judenfrage* (1843) noch nicht über das analytische und begriffliche Rüstzeug, um den Kapitalismus vollständig zu erfassen. Er vermochte noch nicht „hinter den Schein der bürgerlichen Gesellschaft, die Zirkulation, zu schauen“⁴ und setzte diese statt dessen mit dem „Judentum“ gleich. Die anti-marxistische Linke in der Tradition eines Proudhon, Bakunin und Lassalle konservierte in weiten Teilen diesen frühen Bewusstseinsstand. Auch heute gilt: Je un- oder gar antimarxistischer die Linke, desto antisemitischer ihre Diskurse. Daneben öffnet sich ein Einfallstor für Antisemitismus durch die Vulgarisierung der Marxschen Kritik, die Übersetzung dieser Kritik „in den Brustton von Gewerkschaftsfunktionären“ (Max Horkheimer).

Zudem hatte die verbreitete Auffassung, der Antisemitismus sei eine Früh- oder gar Vorform des Sozialismus, fatale Auswirkungen auf die Fähigkeit der ArbeiterInnenbewegung, diesen zu bekämpfen. Viktor Adler

etwa hielt die antisemitischen Reflexe auf undurchschaute Herrschaft und die krisenhaften Entwicklungen im Kapitalismus für eine Vorstufe zur Erkenntnis: „Die antisemitische Bewegung ist immerhin eine Bewegung, und zwar eine Bewegung von Volksschichten, die insbesondere bei uns die schwerfälligen und dummsten sind. Ist die Bewegung dieser Klassen einmal im Fluß, dann werden sie auch nicht mehr stillstehen; das Mißverständnis wird ein Durchgangspunkt zum Verständnis sein. Mögen sich die Führer der Antisemiten nur mit dem Gedanken vertraut machen: Sie besorgen die Geschäfte der Sozialdemokratie.“⁵

Der verkürzte und personalisierende Antikapitalismus, welcher sich am „jüdischen Kapitalisten“ austobte, war jedoch kein Schritt in die richtige Richtung, sondern führte in die Barbarei. Auch heute ist er kein „Durchgangspunkt zum Verständnis“, sondern Ausdruck von falschem Bewusstsein, dass sich der komplexen Wirklichkeit versperrt.

- 1 vgl. Moïse Postone: *Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch.* in: Michael Werz (Hg.): *Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt.* Frankfurt a. M. 1995, S. 29 ff.
- 2 vgl. Stephan Grigat: *Markt und Staat in der Globalisierung. Zur Kritik eines falschen Gegensatzes.* in: Hans Sallmutter (Hg.): *Wieviel Globalisierung verträgt unser Land?* Wien 1998, S. 37 ff. In dieser verrückten Zeit der Denunziationen und Verdächtigungen ist es offenbar notwendig zu betonen, dass die Kritik an der globalisierungskritischen Bewegung nicht die Affirmation der bestehenden Verhältnisse bedeutet.
- 3 vgl. Alex Gruber/Tobias Ofenbauer: *Fetischistischer Antikapitalismus.* in: *Streifzüge* Nr. 1, 1999, S. 10 ff.
- 4 Detlev Claussen: *Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus.* Frankfurt a. M. 1994, S. 47
- 5 zitiert nach Leopold Spira: *Feindbild „Jud“. 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich.* Wien - München 1981, S. 37 f.

Der sozialdemokratische Leviathan

Über einen Versuch, die Sozialfaschismusthese zu retten und gegen ihre Urheber zu wenden.

VON STEPHAN GRIGAT

Es gibt Menschen, die sich im Deutschland des Jahres 2003 empört in eine anklägerische Pose werfen, ihren Austritt aus der Sozialdemokratie erklären und laut „Verrat“ schreien. Und es gibt immer noch einige Marxisten, die meinen, man müsste revolutionäre Impulse in die Sozialdemokratie hineintragen. Und das alles 89 Jahre nach der Bewilligung der Kriegskredite, 85 Jahre, nachdem die SPD der Reaktion den Bluthund gemacht hat, 70 Jahre nach der Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Nationalsozialismus, 44 Jahre nach dem Godesberger Programm, 31 Jahre nach den Brandtschen Berufsverboten und 26 Jahre nach Schmidts Deutschem Herbst. Wer sich heute von der Schröder-SPD „enttäuscht“ zeigt, verhält sich ähnlich wie ein Katholik, der am Beginn des 21. Jahrhunderts entrüstet zur Kenntnis nimmt, dass sich der Papst gegen Kondome und Abtreibungen ausspricht.

Was man schon früh über den Staatsfetischismus der Sozialdemokratie wissen konnte, hat der antibolschewistische Kommunist Willy Huhn im Laufe seines Lebens in mehreren Arbeiten dargelegt. Viele Jahre waren seine Schriften nicht oder nur schwer zugänglich. Der Freiburger Ça ira-Verlag hat nun mit seiner kommentierten, mit Biographie und

Bibliographie versehenen Veröffentlichung sein Programm einer Neuauflage jener Texte fortgesetzt, welche schon in ihrer Entstehungszeit über den sozialdemokratischen und bolschewistischen Traditionsmarxismus hinausgewiesen haben. Huhn war in den dreißiger Jahren Mitglied in der *Jungsozialistischen Vereinigung* (und dadurch gegen seinen Willen automatisch auch in der SPD), der *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* und schließlich bei den *Roten Kämpfern*. Nach kurzzeitigen Inhaftierungen 1933 und 1934 widmete er sich als Autodidakt der theoretischen Selbstverständigung, dessen vorläufiges Ergebnis das im vorliegenden Band veröffentlichte Manuskript *Bilanz nach 10 Jahren* war. Nach Kriegsende arbeitete er kurzfristig als Volkshochschullehrer und Dozent in sozialdemokratischen und sozialistischen Bildungseinrichtungen, wurde 1953 aus der SPD ausgeschlossen und beteiligte sich bis zu seinem Tod 1970 mit Artikeln und Diskussionsbeiträgen an linkssozialistischen und rätekommunistischen Diskussionen.

In seiner Kritik beschränkt Huhn sich nicht auf den obligatorischen Reformismusvorwurf an die Adresse der Sozialdemokraten, sondern arbeitet den Beitrag der staatssozialistischen Arbeiterbewegung zu der öko-

nomischen, politischen und ideologischen Vorgeschichte des Nationalsozialismus heraus. In seinem Aufsatz über nationalen Sozialismus und Etatismus in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie, der Anfang der siebziger Jahre kurzzeitig die Aufmerksamkeit einiger Aktivisten des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* auf sich zog, weist er akribisch nach, wie die Vorstellungen vom „Kriegssozialismus“ für die SPD prägend wurden und blieben. In seiner *Bilanz nach 10 Jahren*, in der auch österreichische Sozialdemokraten wie Otto Bauer und Karl Renner mit ihrer Begeisterung über die Durchstaatlichung der Gesellschaft im Kriege gebührend gewürdigt werden, beschreibt er das „Hineinwachsen“ der autoritären, etatistischen und auf die Integration der Massen setzenden Sozialdemokratie in den Nationalsozialismus: „Was ‚friedlich‘ um 1900 einsetzte und ‚militärisch‘ 1914 expolierte, das setzte sich dann ‚übergangswirtschaftlich‘ (...) 1919 fort, um dann 1927/28 ‚wirtschaftsdemokratisch‘ von neuem versucht und noch 1932 ‚planwirtschaftlich‘ aufgegriffen zu werden, um schließlich 1934 – 1939 ‚nationalsozialistisch‘ zu enden.“

So wie der faschistische und nationalsozialistische Korporatismus für die sozialpartnerschaftliche Orientierung nach 1945 stilbil-

dend war, so war die vorfaschistische Verstaatlichung der Arbeiterbewegung, die sie, in Form etatistischer Parteien und konstruktiv gestimmter Gewerkschaften als Vertreterin der schaffenden Menschen einerseits und des Staatswohls andererseits auftretend, nahezu zwangsläufig in die Nähe faschistischer Gemeinwohlkonzeptionen brachte, Vorbildung für den nationalsozialistischen Volksstaat. Ohne eine platte Totalitarismustheorie bürgerlicher Provenienz zu formulieren, verweisen Huhns Texte auf unheimliche Verwandtschaften. Sie thematisieren die zumindest partiellen Übereinstimmungen genuin faschistischer, rechtssozialdemokratischer und stalinistischer Grundsätze: den grenzenlosen Staatsfetischismus, die ihm inhärente Bindung von Interessen an die Allgemeinheit und die Beschränkung jedes partikularen Bedürfnisses durch die Bedürfnisse des übermächtigen Gewaltmonopolisten.

Clemens Nachtmann interpretiert in seinem Vorwort Huhns Überlegungen zum totalen Staat treffend als eine Ehrenrettung der Sozialfaschismusthese, die er allerdings sogleich gegen ihre Urheber, also die Parteikommunisten wendet. Er weist darauf hin, dass die KPD der Weimarer Republik sich zwar in ihren Taten eindeutig von der polizeistaatlich gestimmten und schon damals auf Notstandsverwaltung orientierten SPD unterschied, aber in ihren Vorstellungen vom proletarischen Zukunftsstaat nur die radikalisierte Variante der Sozialdemokratie darstellte, also selbst Züge

eines „Sozialfaschismus“ an sich hatte.

Willy Huhns Analysen sind mehr als ein historisches Dokument. Wäre die deutsche Sozialdemokratie heute nicht wieder dabei, sich hin zu einer sozialfaschistischen Kampagnenpartei in dem Sinne zu entwickeln, dass sie, wie im Vorwort ausgeführt wird, sich im Augenblick der Kürzung der sozialstaatlichen Alimentierung als Moderatorin des ressentimentgeladenen Mobs anbietet und so Herrschaftsverinnerlichung, den Zwang zur fremdbestimmten Eigenverantwortlichkeit und permanente Feindproduktion in einem besorgt, bestünde der Wert von Huhns Texten lediglich in der Dokumentation der Tradition einer antileninistischen Marxinterpretation und einer linkskommunistischen Etatismuskritik. Die ist heute aber, wie Joachim Bruhn in seinen Nachbemerkungen zum Rätekommunismus darlegt, selbst schon überholt und in ihrem Insistieren auf einem scheinbar überhistorischen „Grundwiderspruch“ zwischen Kapital und Arbeit bei gleichzeitiger Ignoranz gegenüber der NS-Barbarei mit ihrer im Vernichtungsantsemitismus verwirklichten klassenlosen Klassengesellschaft in Form der Volksgemeinschaft, die auch bei Huhn kaum eine Rolle spielt, dem leninistischen Marxismus zutiefst verwandt. So sind die Konsequenzen, die Nachtmann aus Huhns Kritik in seinem Vorwort für die Kritik der gegenwärtigen Transformation der postnazistischen Demokratie in der Bundesrepublik zieht instruktiver als Huhns Darstellungen selbst. Vor-

und Nachwort des Buches waren wohl auch die Voraussetzung, um die über 50 Jahre alten Texte noch einmal auflegen zu können. Sie liefern die notwendige Kritik an Huhns Arbeiten, die zum Teil ungeheuerliche Ausführungen über das „Diktat“ des Versailler Vertrages oder über die notwendige Äquidistanz bei innerimperialistischen Konflikten enthalten – eine Äquidistanz, die selbst noch dem nachnazistischen Rätekommunismus eigen war und ist, und die nur durch ein vollständiges Abstrahieren vom Antisemitismus möglich wird. Dieses Abstrahieren ist auch für Huhns Arbeiten charakteristisch und verweist auf die Begrenztheit seiner Überlegungen zur „Wesensähnlichkeit“ der „vier großen ‚Ismen‘: Sozialdemokratismus, Nationalsozialismus, Bolschewismus und Faschismus“.

Buchpräsentation

„Amerika. Der ‚War on Terror‘ und der Aufstand der Alten Welt“

Ça ira-Verlag 2003

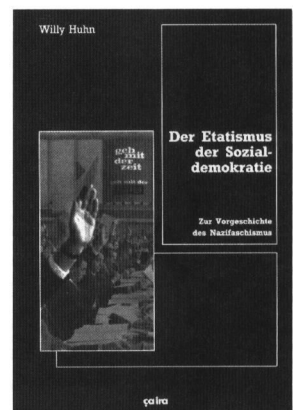
Dienstag, 27. Jänner 2004, 19.30 Uhr

Republikanischer Club
Rockgasse 1, 1010 Wien

mit Stephan Grigat und Gerhard Scheit

Eine Veranstaltung von Café Critique
und der Basisgruppe Politikwissenschaft

www.cafecritique.priv.at



Willy Huhn: Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus. Mit einem Vorwort von Clemens Nachtmann, einer biographischen Notiz von Christian Riechers, einer bibliographischen Information von Ralf Walter sowie einer Nachbemerkung von Joachim Bruhn. Ça ira-Verlag: Freiburg 2003, 224 Seiten, EUR 18,-

Der Irak, die Türkei und die Kurden

Stabilität in der kurdischen Gesellschaft ist für die ganze Region von Bedeutung.

VON DABAN SHADALA*

Für die weitere Entwicklung des Irak sind die Reaktionen und die Politik der Nachbarstaaten gegenüber dem Land von großer Bedeutung. Während in Kuwait, das sich nach dem Überfall Saddam Husseins 1990 auch weiterhin vom ba'athistischen Regime bedroht fühlte, große Erleichterung herrschte, überwiegt in Syrien und dem Iran die Sorge um das eigene Regime. In der Türkei fürchtet man sich vor Auswirkungen der Entwicklung auf die Situation der Kurdinnen und Kurden im Land.

Nach dem 9. April 2003 hatten viele Irakerinnen und Iraker völlig unrealistische Erwartungen an die USA, die nicht erfüllt werden konnten. Es überwog die Hoffnung, der militärische Erfolg der Alliierten könne über Nacht auch zu einer Angleichung des Lebensstandards an jenen in den wohlhabenden Golfstaaten führen. Allerdings hatte man sich kaum mit der Frage beschäftigt, wer in der Nachkriegsordnung des Irak eine bedeutende politische, religiöse und gesellschaftliche Rolle spielen sollte. Dabei geht es auch um Fragen der Identitäten, die in einem Land, das 35 Jahre unter einem brutalen arabischen Nationalismus zu leiden hatte, ebenso bedeutend wie sensibel sind. Opfer dieses Nationalismus waren insbesondere jene Bevölkerungsgruppen, die diesen ethnischen Nationalismus störten, die Kurdinnen und Kurden, sowie alle anderen nichtsun-

nitischen und nichtarabischen Irakerinnen und Iraker.

Eine stabile Entwicklung der kurdischen Gesellschaft könnte die Konflikte in der ganzen Region reduzieren. Eine solche Entwicklung wird auch den Einfluss der Nachbarstaaten auf den Irak reduzieren und die USA davon überzeugen, genau das zu akzeptieren, was sie historisch immer zu verhindern suchten, nämlich eine Demokratisierung der gesamten Region. Das kurdische Bündnisverhalten ist als eine Politik der Anpassung an die dominierende Macht zu verstehen, nicht als Gegengewicht zu dieser. Dieses Bündnisverhalten, das in einer Zusammenarbeit mit den USA resultiert, ist jedoch nicht als Bedrohung der Interessen anderer Nachbarstaaten zu verstehen. Allerdings hängt dies auch vom weiteren Verhalten etwa der Türkei ab. Die Frage ist, wie sich die türkische Innenpolitik weiterentwickelt, ob etwa die islamistischen Anschläge in Istanbul eher die politische oder die militärische Macht in der Türkei stärken. Im Falle eines größeren Einflusses der Militärs könnten die Fortschritte der Türkei in Richtung Pluralismus und Demokratie bedroht sein, was weder für die Türkei, noch für die Bestrebungen einer Demokratisierung der Region von Vorteil wäre. Die Türkei, die während des Kalten Krieges den verlässlichsten islamischen Verbündeten der USA darstellte, steht nach den Terroranschlägen unter massivem

politischem Druck der Islamisten, was die Beziehungen zum Westen mittelfristig belasten könnte.

Eine Entsendung türkischer Truppen in den Irak wäre für die Türkei politischer und ökonomischer Selbstmord gewesen. Die türkische Regierung, die sich dieser Gefahr bewusst war, wollte nicht ihre Wiederwahl gefährden, obwohl dadurch die politischen Beziehungen zu den USA auf einem historischen Tiefstand angelangt sind. In der Irak-Frage liegen die Interessen der USA und der Türkei weit auseinander. Die Türkei sieht sowohl den Einfluss der kurdischen Parteien im Nachkriegsirak als auch die Rolle der USA als Gefahr. Ihre Bemühungen, die Rolle der Kurden und Kurdinnen im Norden des Landes zu reduzieren, schlug allerdings bislang fehl, da die kurdischen Kräfte sich für die USA im Irak als unverzichtbar herausgestellt haben.

Als Ausweg aus dieser Krise sieht die Türkei eine Beschleunigung der Reformen, um einen raschen EU-Beitritt zu ermöglichen. Sollte die EU weiterhin auf eine Konfrontation mit den USA setzen, wäre die Türkei damit jedoch im Lager der EU-Staaten gelandet, und die USA hätten ihren treuesten islamischen Verbündeten verloren. Geht die Türkei mit Europa diesen Weg der Konfrontation mit den USA weiter, wären die USA auch verpflichtet, einen neuen Partner für Israel zu finden.

*) Daban Shadala wurde 1975 in Sulaimanya im Nordirak geboren. Er lebt seit 1991 in Wien und ist in der kurdischen Politik aktiv.

Ordnungsmacht und Destabilisierung im Irak

Um die heutige Situation im Irak zu begreifen hilft ein Blick zurück ins Jahr 1914. Die englischen Truppen wollten nach dem *Mesopotamischen Feldzug* einen neuen Staat gründen. Es kam zu gravierenden Ordnungsproblemen. Der irakische Staat war seinem Wesen nach ein koloniales Projekt, das die britischen Interessen in der Region bewahren sollte. Die Gründung eines Staates und die Ausübung von politischer Macht erfordern organisiertes kollektives Handeln. Aber der Kolonialstaat Irak war weder militärisch noch finanziell in der Lage, seine heterogene Bevölkerung zu kontrollieren, geschweige denn sie zu einer Einheit zusammenzuschweißen. Das Verhältnis zwischen Kolonialstaat und „Mutterland“ war durch eine enge Verschränkung zwischen kolonialer Ausbeutung und Verwaltung bestimmt.

Heute steht der irakische Staat vor einer ähnlichen Problematik. Unter der Baath-Herrschaft erzeugten Repression und Unterdrückung einen Loyalitätszwang. Heute führen politische Instabilität, wirtschaftliche Depression und Identitätsängste zum gleichen Muster, ohne wirklich wieder eine integrierte traditionelle Gesellschaft herbeizuführen. Die neue Gruppenorientierung führt zu einer politischen Kultur, in der ethnische oder konfessionelle Organisationen für ihre eigenen Interessen kämpfen.

Während sich unter den Schiiten im Irak die Religion als materialisierter identitätsstiftender Faktor abzeichnet, ist die ethnische und kulturelle Grenze bei den Kurden zur nationalen Form ihrer Gemeinschaft geworden. Bei den Turkmenen und den Assyrern spielen beide Faktoren eine Rolle. Im künftigen Irak wird sich die schiitische Bevölkerungsmehrheit mit dem Status einer politischen Minderheit nicht zufriedengeben. Die arabischen Sunniten werden ihre bisherige politische Dominanz nicht behalten können, aber auf einige Schlüsselpositionen im Staatsapparat nicht verzichten wollen. Die Kurden werden auf ihrer ausgerufenen föderativen Forderung beharren. Zumal der vom kurdischen regionalen Parlament im Jahr 2002 beschlossene föderale Verfassungsentwurf für Kurdistan und Irak von der ehemaligen irakischen Opposition auf der Londoner und später auf der Salah ad-Din Konferenz 2003 bekräftigt wurde.

Eine politische Neuordnung des Irak nach föderalen und demokratischen Prinzipien wird heute von einigen nationalistischen und religiösen Kräften im Irak als Problem für die „irakische Identität“ betrachtet. Ohne diese fehle die Loyalität mit der staatlichen Herrschaft. Tatsächlich steht der neue Irak vor einem problematischen Prozess der Staatsbildung. So ist beispielsweise das künftige irakische

Grundgesetz höchst umstritten, der Verfassungsausschuss aus 25 Juristen und Religionsgelehrten konnte sich bis heute nicht über ein Wahlverfahren einigen. Dieser Dissens veranlasste den Ausschuss, die Entscheidung dem von der amerikanischen Zivilverwaltung ernannten Rat zu übertragen.

Die formale Übernahme staatlich-administrativer Funktionen bietet der neuen irakischen Elite unmittelbaren Zugang zu den staatlichen Ressourcen. Die Entstehung unzähliger neuer politischer und religiös-politischer Gruppierungen in den letzten Monaten deutet an, dass noch heftige Auseinandersetzungen bevorstehen. Die Uneinigkeit dieser Gruppen ließ sich im Streit um die neue Staatsspitze, dem Regierungsrat, bereits erkennen.

Es ist ein Dilemma: Ohne eine „Ordnungsmacht“, die den Übergang zur Demokratie sichert, steht der Irak gesellschaftlich und politisch vor einem Destabilisierungsprozess. Schon während des Bürgerkriegs von 1991 befürchteten manche eine „Libanisierung“ des Irak. Denn das Misstrauen der unterschiedlichen fragmentierten Gruppen untereinander und gegenüber dem Staat hat eine lange Geschichte. Auf der anderen Seite bieten politische Instabilität, wirtschaftliche Not und Identitätsängste gerade die Voraussetzungen dafür, dass die pan-nationalistischen und islamistischen antiwestlichen und an-

Die Iraker sind nicht nur Opfer, sondern eigenständige Akteure.

VON ARAS FATAH*

LANGFASSUNGEN DER KOMMENTARE VON ARAS FATAH UND SABAH ALNASSERI SIND IN DER NR. 273/2003 DER ZEITSCHRIFT IZ3W ERSCHEINEN. (WWW.IZ3W.ORG)

tiamerikanischen Kräfte die Lage radikalisieren und das Misstrauen gegen die Besatzer für sich nutzen. Bei allen Problemen ist es aber erforderlich, die Iraker nicht länger nur als Opfer zu betrachten, sondern als eigenständige Akteure, die unter den gegebenen Bedingungen ihr Handeln selbst bestimmen können.

*) Aras Fatah ist Mitherausgeber des Buches „Saddam Husseins letztes Gefecht? Der lange Weg in den III. Golfkrieg“, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2002.

Besatzung und Demokratie nach dem Krieg

Eine Entwicklung nach iranischem Vorbild ist im Irak derzeit ausgeschlossen.

VON SABAH ALNASSERI*

Die Besatzungsmächte USA und Großbritannien haben ihren Verbündeten innerhalb der einstigen irakischen Exilopposition entgegen früheren Versprechungen die Bildung einer Übergangsregierung verweigert. Nur so konnten sie sich nach dem Krieg selbst als Herren im Lande festsetzen und die ökonomischen und politischen Angelegenheiten an sich reißen. Das hat zu enormer Verstimmung sowohl innerhalb dieser Opposition als

auch innerhalb der irakischen Bevölkerung geführt.

Die UNO hat mit der Verabschiedung der amerikanisch-britischen Resolution zur Aufhebung des Embargos gegen den Irak nicht nur einen rechtswidrigen Krieg nachträglich legitimiert. Sie hat darüber hinaus auch zwei Entscheidungen getroffen, die es seit ihrer Gründung in dieser Form nicht gab und die seit der Delegitimierung kolonialistischer Politik durch die Befreiungsbewegungen historisch überholt schien: Die Aufwertung und Anerkennung des Besatzungsstatus der Kriegsmächte und die Übertragung der politischen und ökonomischen Angelegenheiten eines Landes auf die Besatzungsmächte. Die negativen politischen und psychologischen Auswirkungen dieser Resolution auf die irakische Bevölkerung waren vorprogrammiert.

Selbstverständlich empfinden die Bewohner des Irak das Ende des Regimes als Erleichterung, aber sie hegen auch keine Begeisterung für ihre neue Situation. Inzwischen droht die Stimmung zu kippen, nicht zuletzt deshalb, weil die Parteien untereinander zerstritten sind und ihre kurzfristigen Partikularinteressen verfolgen. Es muss dennoch als Erfolg gewertet werden, was Teile der von den Besatzungsmächten anerkannten irakischen Opposition, die von den Besatzungsmächten ausgegrenzten

Antikriegskräfte und die neu entstehenden politischen Kräfte (Koalition für die Rechte der irakischen Frau, Vereinigung der Arbeitslosen, Studentenvereinigungen etc.) in kurzer Zeit zustande gebracht haben: Sie zwangen die Besatzungsmächte, von der ursprünglichen Idee eines zivilen Verwaltungsrates ohne politische Befugnisse abzulassen und statt dessen einen provisorischen Regierungsrat zu bilden.

Man darf diesen Erfolg jedoch nicht überbewerten, da er nicht zuletzt der Ratlosigkeit des Zivilverwalters Paul Bremer und der verfehlten Politik der USA im Nachkriegsirak geschuldet ist. Zudem bleibt dieser Rat in vielerlei Hinsicht gehandikapt. Er hat mehr konsultative und beratende Funktionen als tatsächliche politische Entscheidungsgewalt. Diese liegt nach wie vor in den Händen von Bremer. Und zweitens ist die Konstellation weniger politisch als ethnisch-religiös bestimmt, was auf die irakische Bevölkerung und auf den entstehenden Staat spalterisch wirken muss: Die ethnisch-religiösen Unterschiede werden dadurch politisch zementiert.

Die Schiiten, als nominelle Mehrheit, sind durch 13 Mitglieder vertreten. Doch „der Schiit“ ist keine politische Kategorie, viele Schiiten sind säkular eingestellt. Ein islamischer Gottesstaat iranischer Prägung ist im Irak auszuschließen. Zum einen bil-

den die Schiiten nicht eine derart erdrückende Mehrheit wie im Iran, zum anderen stehen viele Schiiten politisch nicht hinter den schiitischen Führern. Letztere bekämpfen einander und sind politisch uneins.

Wenn es den Besatzungsmächten in den nächsten ein bis zwei Jahren nicht gelingt, eine einigermaßen funktionierende Zivilverwaltung zu errichten und die ökonomischen und politischen Verhältnisse zu verbessern, wird es zu einer Teilung des Irak in verschiedene Herrschaftszonen kommen. Wenn jedoch die Iraker ihre eigenen Parteien, Gewerkschaften und Verbände gründen und die alten, durch das Saddam-Regime zerstörten und staatlich vereinnahmten zivilgesellschaftlichen Strukturen reaktivieren, könnte auf dieser Basis in den nächsten Jahren ein neuer Staat entstehen.

Demokratisierung ist hier jedoch nicht im Sinne der Bush-Regierung zu verstehen, sondern artikuliert sich im diametralen Gegensatz dazu. Das Problem der US-Regierung ist, dass sie von vornherein festgelegt hat, was unter Demokratie zu verstehen sei. Diese fixen Vorstellungen sind das Problem. Denn so bald man diverse politische Gruppen ausschließt, fördert man die Herrschaft kleinerer Cliquen und Eliten, die ohnehin schon seit 20 Jahren herrschen. Und das wird die Mehrheit der Bevölkerung auf die Barrikaden bringen.

*) Sabah Alnasseri ist Autor des demnächst erscheinenden Buches „Periphere Regulation. Regulationstheoretische Konzepte zur Analyse von Entwicklungsstrategien im arabischen Raum“.

Kriegsgründe

Ressentimenthaftes und Analytisches zum Irakkrieg

Wenn JournalistInnen für schlampig geschriebene Bücher gefeiert werden, gehören sie zu den KriegsgewinnlerInnen. In den letzten Wochen wurde dem Buch der *Standard*-Journalistin Gudrun Harrer große Aufmerksamkeit zuteil. Es wird selbst von prominenten Politikwissenschaftlern gefeiert. Was Harrer von sich gibt, ist allerdings kaum mehr als eine Zusammenfassung ihrer *Standard*-Artikel, angereichert durch Geschichten von Gesprächen mit europäischen und US-amerikanischen Diplomaten sowie mit vermeintlichen InsiderInnen.

Minutiös und mit moralischer Entrüstung wird ausgeführt, warum die angebliche Existenz von Massenvernichtungswaffen für die USA nicht der wahre Grund für den Irak-Krieg gewesen sein kann. Dabei stellt Harrer entsetzt fest, dass PolitikerInnen auch lügen können – was für eine Neuigkeit!

Für ihre *Standard*-LeserInnen muss die Journalistin ihre Einschätzungen nicht einmal mehr begründen. Für sie scheint festzustehen, dass Irakis grundsätzlich nicht zum Laizismus fähig sind und es in der Natur der Araber liegt, Frauen zu unterdrücken: „Bei einem Interview antwortete mir im Frühjahr ein hoher amerikanischer Diplomat auf die Frage nach den US-Nachkriegsplänen im Irak, man werde dort Religionsfreiheit und Frauenrechte herstellen. Ich war so perplex, dass ich nicht

nachhakte und fragte, ob er sich vielleicht im Land geirrt hätte.“ Harrer spekuliert auf einen rassistischen Reflex ihrer LeserInnen, weshalb also ausführen, warum die Vorstellung eines laizistischen Irak, in dem Frauenrechte respektiert werden, so absurd ist? Kein Wunder auch, dass in dem Buch ganze vier Mal die antiba'thistische Opposition im Irak erwähnt wird. Drei Mal ist es Ahmed Chalabi vom Iraqi National Congress. Der US-gesponserte INC, der fast nur im Exil tätig war, repräsentiert für sie offensichtlich die gesamte Opposition. Auch die zweite ehemalige Oppositionspartei, die größte schiitische Partei SCIRI, kommt bei Harrer lediglich vor, um die Opposition zu diskreditieren. Harrer äußert sich erstaunt, „dass die USA den allerbesten Umgang vor allem mit jener irakischen schiitischen Gruppe pflegen, die allein ein Produkt iranischen Sponsorings ist: dem Supreme Council for Islamic Revolution in Iraq.“ Abgesehen davon, dass Harrer damit alle anderen Parteien, von PUK und KDP über die Kommunistische Partei bis zur Da'wa, völlig ignoriert, verbreitet sie damit auch über SCIRI Halbwahrheiten. Zwar ist es richtig, dass SCIRI nach der Ermordung der meisten schiitischen Führungspersönlichkeiten durch das Ba'th-Regime als islamische Sammelbewegung im Iran gegründet wurde und sich fast ausschließlich aus schiitischen Gruppen und

Strömungen zusammensetzte; wie Harrer aber zu der Annahme kommt, dass die USA mit SCIRI den „allerbesten Umgang“ pflegt, bleibt völlig im Dunkeln. Tatsächlich war SCIRI an den Vorbereitungstreffen der irakischen Opposition in London und Salah ad-Din beteiligt und ist nun gemeinsam mit allen anderen relevanten Gruppen, von der KP über PUK, KDP und ZOWAA, *Da'wa*, *Hizb Allah*, verschiedenen gemäßigt arabisch-nationalistischen Strömungen, dem INC bis zu den sunnitischen *Muslim-Brüdern*, im von den USA eingesetzten Übergangsrat vertreten. Unter diesen Parteien gibt es aber eine ganze Reihe von Gruppierungen, wie die kurdischen und assyrischen Parteien, die bessere Beziehungen zu den USA unterhalten. SCIRI hatte von Anfang an einen möglichst raschen Abzug der Besatzungstruppen gefordert und vertritt ähnlich wie die irakische KP eine eigenständige Linie, die eine Zusammenarbeit mit den Besatzern nur solange vorsieht, wie sie nicht der Entwicklung der eigenen politischen Ziele im Wege steht. Dass ein gewisses Misstrauen durchaus gegenseitig ist, zeigte sich schon Tage nach der Eroberung Bagdads durch die US-Truppen, als die US-Militärverwaltung alle Milizen mit Ausnahme der kurdischen PUK und KDP entwaffnete, darunter auch die Badr-Brigaden von SCIRI. Nicht nur AnhängerInnen von SCIRI

Zwei Neuerscheinungen zum Krieg am Golf versuchen die wahren Gründe für die US-Militärintervention aufzuzeigen.

VON MARY KREUTZER UND
THOMAS SCHMIDINGER

Rowohlt

Herfried Münkler

Der neue Golfkrieg



Herfried Münkler: Der neue Golfkrieg. Rowohlt, Hamburg 2003, 175 Seiten, EUR 13,30

halten dies heute für einen Fehler, da dadurch im Süd-irak jenes Machtvakuum entstehen konnte, das einen Anschlag wie jenen in Kerbala ermöglichte, bei dem die wichtigste Integrationsfigur von SCIRI, Ayatollah Muhammad Baqr al-Hakim, Ende August ermordet wurde und den Machtzuwachs extremistischer schiitischer Gruppen erst ermöglichte. Noch absurder als diese Verkürzungen ist Harrers Behauptung, nicht das Regime Saddam Husseins, sondern der Iran hätte die gegen die PUK operierenden *Ansar al-Islam* unterstützt. Der schiitische Iran, der seit Jahren mit den strikt antischiitischen sunnitischen Extremisten von al-Qaida, Taliban und Ansar al-Islam verfeindet ist, hätte wohl kaum eine solche Gruppierung gefördert, die noch dazu gegen jene kurdische Partei kämpfte, die der Iran im innerkurdischen Bürgerkrieg bis 1998 gegen die KDP unterstützt hatte.

Dass Gudrun Harrer den USA nicht glaubt, dass es ihnen tatsächlich um die „verbrecherische Unterdrückung des irakischen Volkes“ ging, ist nachvollziehbar. Schließlich – und hier hat Harrer recht – störte es die USA wenig, als 1988 ihr damaliger Verbündeter Saddam Hussein in Halabja tausende KurdInnen vergaste. Harrer hätte auch erwähnen können, dass bereits die ba'histischen Massenmorde an KommunistInnen in den Sechzigerjahren, die vermutlich über zehntausend Opfer forderten, teilweise sogar in Zusammenarbeit mit US-Geheimdiensten geschahen. Im Kalten Krieg war die US-Außenpolitik im Nahen Osten bei der „Eindämmung“ der kommunistischen

Gefahr genauso wenig zimperlich wie in Lateinamerika. Wenn Harrer jedoch glaubt, als Beispiel dafür, dass die Diktatur im Irak zu Beginn des neuen Jahrtausends nicht mehr so schlimm gewesen sei, einen Freund erwähnen zu müssen, der sich, nachdem er bei der Herstellung von Satellitenschüsseln erwisch worden war, freikaufen konnte, fragt man sich, ob die Autorin sich jemals ernsthaft mit Ideologie und Herrschaftstechnik der irakischen Ba'th-Partei beschäftigt hat. Korruption mag in totalitären Regimen manchmal die Schrecken der Herrschaft mildern, als Beweis für eine Besserung der Verhältnisse ist sie untauglich.

Harrer verweist auf die Kooperation der USA mit dem Ba'th-Regime, verzichtet aber auf die Kontextualisierung dieser Zusammenarbeit. Ausgespart bleibt auch die Kooperation Deutschlands, Österreichs, Frankreichs oder Russlands mit dem Regime in Bagdad. Dafür bleibt kein Platz in einem Buch, das sich in weiten Teilen darauf beschränkt, anti-amerikanische Ressentiments gegen „Uncle Sam“ zu mobilisieren.

Ölökonomie und Rentiersstaaten

Im Gegensatz zu Harrers Buch werden in *Der neue Golfkrieg* von Herfried Münkler die Kriegsgründe der US-Administration differenzierter und distanzierter analysiert. Münkler ist im Gegensatz zu Harrer weder erstaunt noch moralisch enttäuscht, dass es nicht die angeblichen Massenvernichtungswaffen Saddams waren, die zum Sturz seines Regimes führten. Eine Unterscheidung zwischen

Anlass und Ursache vornehmend, sieht Münkler den wahren Kriegsgrund „in der amerikanischen Befürchtung (...), dass die Verhältnisse am Golf sich ohne Intervention immer weiter zum Argen entwickeln würden, bis sie schließlich auch durch begrenzte Militäraktionen nicht mehr zu stabilisieren wären und die gesamte Region im Chaos versänke.“

Damit widerspricht Münkler nicht nur dem Vorwurf, es wäre den USA um das Öl des Irak gegangen und es handle sich beim Krieg um einen klassischen imperialistischen Akt. Wäre es den USA um billiges Öl gegangen, hätten sie nicht die immensen Kosten und Risiken eines Krieges auf sich nehmen müssen. Saddam Hussein wollte nie das irakische Öl dem Weltmarkt vorenthalten. Im Gegenteil: Hätte der Irak, wie dies vom regierenden Ba'th-Regime gewünscht war, sein Öl wieder ungehindert auf den Weltmarkt werfen können, wären damit die Rohölpreise aufgrund der stärkeren Produktion gesunken. Wenn es den USA also nur um billiges Öl ging, hätten sie dies mit einer Aufhebung des Embargos viel leichter, billiger und ohne innenpolitische Probleme haben können.

Die US-Administration nahm jedoch die erhöhten Kosten und Risiken eines militärischen Sturzes des Ba'th-Regimes auf sich. Nach Münkler fürchteten die USA eine sich seit Jahren verschärfende Selbstblockade der arabischen Gesellschaften. „Würde diese Selbstblockade nicht endlich in einem Land der Region aufgelöst werden, so würde es dafür bald überall zu spät sein und der gesamte arabische Raum in Ge-

walt und Chaos versinken, ohne dass von außen noch etwas dagegen unternommen werden könnte. Der Militärschlag gegen den Irak war in der Sicht seiner Befürworter demnach also ein letztes window of opportunity vor Eintritt der großen Katastrophe.“

Die Ursache für diese Selbstblockade der arabischen Gesellschaften sieht Münkler in der Herausbildung eines auf der Erdölförderung basierenden spezifischen Typus des Rentiers- beziehungsweise Allokationsstaates, „der gesellschaftliche Entwicklungen blockiert und politischen Partizipationsforderungen die Spitze genommen hat. Aufgrund der hohen Einnahmen aus dem Erdöllexport sind die, die das jeweilige Land politisch führen, in der Lage, die Staatsaufgaben ohne Steuern finanzieren zu lassen. Darüber hinaus verschaffen die Petrodollars ihnen die Möglichkeit, bestimmte Projekte und gesellschaftliche Gruppen nach eigenem Gusto und entsprechend ihrem politischen Wohlverhalten zu subventionieren. Der Rentiersstaat ist das Gegenmodell zum Steuerstaat, der kollektive Aufgaben und Güter durch Steuererhebung finanziert und den Bürgern im Gegenzug Mitsprache und Mitwirkung in politischen Fragen einräumen muss.“

Für Münkler bringen die „Rentiersstaaten ein wirtschaftliches System hervor, in dem Kontakte und Beziehungen zu Angehörigen der Staatsklassen von größerer Bedeutung sind als unternehmerisches Handeln und Risikobereitschaft.“ Aus diesen ökonomischen und politischen Bedingungen ergibt sich für ihn eine Situation, in der Opposition nicht korrigierend wirken kann, sondern

entweder durch Wohlverhalten in das Klientellensystem der Verteilung der Ölrente integriert und damit politisch ausgeschaltet wird, oder aber mangels politischer Alternativen in eine Fundamentalopposition getrieben wird. Zusammenfassend stellt er fest: „Rentiersökonomien stärken den Staat beziehungsweise die Inhaber der Staatsgewalt und schwächen die Gesellschaft.“

Der Einfluss dieses Systems der Ölrentenverteilung bleibt nicht auf die Erdölstaaten am Golf oder den Irak beschränkt, sondern findet seinen Widerhall auch in anderen arabischen Staaten und im Verhältnis zwischen den Erdölstaaten und anderen, ärmeren arabischen und islamischen Staaten. „Der Petrolismus funktioniert im Wesentlichen über zwei Kanäle: einmal in der Gestalt von Budgethilfen Erdöl produzierender Staaten, zum anderen in Form von Geldüberweisungen der Arbeitsmigranten an ihre Familien in den Herkunftsstaaten.“ Damit sind auch ganze Volkswirtschaften, wie jene Ägyptens oder des Sudan von den Petrodollars der erdölproduzierenden Staaten abhängig und in ein panarabisches Klientellensystem integriert. Dass dieses System des Petrolismus, mit dem sich die konservativen Golfstaaten auch das Gewaltpotential von „Staaten mit sozialrevolutionären oder panarabischen Ideologien“ abkaufen ließen, letztlich nicht zu einer Pazifizierung der Region geführt hat, „hing auch damit zusammen, dass es in der ersten Hälfte der 80er Jahre durch die sinkenden Ölpreise in eine schwere Krise geraten war. Die Erdölein-

nahmen der acht wichtigsten arabischen Produzenten sanken von 205 Milliarden auf 50 Milliarden US-Dollar, und selbstverständlich waren die Budgethilfen für andere Staaten einer der ersten Posten, an denen gespart wurde. Dies hatte zur Folge, dass die Bevölkerung der Empfängerländer sich weniger der vergangenen Wohltaten als vor allem der späteren Kürzungen erinnerte und dementsprechend reagierte.“

Münkler liefert mit dieser Analyse eine Kritik der sozioökonomischen Verhältnisse im Nahen Osten. Er grenzt sich wohlthuend von AutorInnen ab, welche die Ursache für die politischen und ökonomischen Probleme der Region ausschließlich als Resultat von äußeren Verschwörungen sehen, oder aber in einem rassistischen Ressentiment der „Natur“ arabischer oder islamischer Gesellschaften zuschreiben.



Gudrun Harrer: Kriegs-Gründe. Versuch über den Irak-Krieg. Mandelbaum, Wien 2003, 170 Seiten, EUR 9,80

Demnächst im Radioprogramm von Context XXI

Jeden Montag

10 Uhr auf Radio Helsinki 92,6 in Graz

13 Uhr auf Radio Orange 94,0 in Wien

23 Uhr auf Radio Agora 105,5 in Klagenfurt

12. Jänner

„Lonamút kinichié!“

„Wir werden nicht umkommen, wir werden euch überleben!“

Eine Dokumentation des Angriffs auf die Gedenkkundgebung zum Novemberpogrom am 9. November 2003

19. Jänner

Verleihung der Samuel Bloch Medaille an Karl Pfeifer

Elisabeth Orth, Erika Weinzierl und Wolfgang Neugebauer über einen unermüdeten Kämpfer wider den Antisemitismus

26. Jänner

Das Rätsel der Macht

Manfred Dahlmann über Michel Foucault

Internationalismus und Bellizismus

Die Denunziation von Befürwortern der Militärintervention im Irak als Kriegshetzer interessiert sich nicht für die irakische Opposition.

VON THOMAS SCHMIDINGER

Was herauskommt, wenn internationalistische Bewegungslinke sich zusammensetzen um ihr Tun zu reflektieren, nur um dann wieder in den alten Trott verfallen zu können, zeigt ein von der *Bundeskoordination Internationalismus* (BUKO), einer der wichtigsten Dachorganisationen der deutschen Linken, herausgegebener Sammelband. Das meiste darin kennt man bereits aus den diversen linken Zeitschriften. Einige der Beiträge können durchaus etwas zur Analyse der gegenwärtigen internationalen Entwicklungen beitragen. Die meisten Artikel sind jedoch ausgesprochen bewegungszentriert und ergehen sich in Selbstbeweihräucherungen. Beispielhaft sei hier nur das Zapatismus-apologetische Gespräch von mehreren AutorInnen, TheoretikerInnen und AktivistInnen genannt. Dieses Gespräch wird nur dort interessant, wo es die Entwicklung der letzten Jahre und die Reaktionen auf das Scheitern der Verhandlungsstrategien der mexikanischen EZLN thematisiert. Andrea Jung etwa erklärt, dass sich „innerhalb der zapatistischen Kreise immer wieder Personen“ fanden, „die auf die Sackgasse des Verhandlungsprozesses damit reagierten, dass sie sich der EPR (Revolutionäres Volksheer) anschlossen“, und dass aus den Vorbereitungskomitees für die „Marcha“ 2001 eine Vielzahl von Gemeinschaften der „Sociedad Civil en Resistencia“ entstanden sind, „die über die Betonung ihres zivilen Cha-

rakters versuchen, der zunehmenden Militarisierung der Region nicht zum Opfer zu fallen und auch gegenüber der EZLN größere Autonomie wahren.“ Jung ist es auch, die von der problematischen Verengung des Projektes EZLN auf die Probleme der Indigenas spricht, welche sie als Resultat der „Enttäuschungen mit der so hoffnungsvoll angerufenen Zivilgesellschaft“ sieht. Interessant ist dabei auch die Diskussion um die beschlossene Autonomiegesetzgebung, welche die Zapatisten nicht erwartet hätten, und die von den DiskussionsteilnehmerInnen durchaus unterschiedlich eingeschätzt wird.

Ernst Lohoff von der Nürnberger *Krisis*-Gruppe versucht die Unterschiede zwischen modernen nationalistischen Zerfallskriegen wie im ehemaligen Jugoslawien und den ebenfalls gewaltförmigen historischen Nationsbildungen in Europa herauszuarbeiten. Er kommt dabei zu dem Schluss, dass es irrelevant wäre „unter welcher Fahne wo das große Modernisierungswerk und die Inwertsetzung vonstatten geht“. Vielmehr komme es darauf an, „wer sich welches Claim bei der Ausschlichtung der Modernisierungsrüinen sichern kann.“ Solche Überlegungen könnten der Ausgangspunkt für eine weitere Diskussion sein. Diese findet in dem BUKO-Band jedoch nicht statt. Zu wenig beziehen sich die Beiträge aufeinander. Zu oft geht es nur um Selbstvergewisserung oder Abgrenzungen. Besonders

deutlich wird das dort, wo auch durchaus lesenswerte Beiträge, wie jener von Andrea Nachtigall und Anette Dietrich, nicht umhinkönnen, sich neben der fundierten Kritik an einer feministischen Lesart des 11. Septembers, die in den Twintowers nur die „phallichen Symbole des westlichen Finanzkapitals“ erkennen will, auch noch an der Identitätstiftenden Abscheu vor der antideutschen Berliner Zeitschrift *Babamas* beteiligen. Nicht, dass es da nichts zu kritisieren gäbe. Problematisch wird diese Kritik aber, wenn sich AutorInnen nicht einmal mehr die Mühe machen, die kritisierten Stellen zu zitieren und die *Babamas* nur mehr eine Projektionsfläche für die eigene linke Selbstvergewisserung darstellt.

Der diesbezügliche Tiefpunkt des Bandes stellt der Beitrag von Josef „Moe“ Hierlmeier dar, der schlichtweg alle, die leise Zweifel an der unbedingten GegnerInnenschaft zu einem militärischen Sturz des ba'athistischen Regimes im Irak anmeldeten und über mögliche positive Effekte eines Irakkrieges für die irakische Bevölkerung oder für die Existenzsicherung Israels zumindest nachdachten, unter dem Begriff „Bellizisten“, also Kriegstreiber, zusammenfasst. Er unterscheidet zwar zwischen einem „humanitären Völkerrechts- und Menschenrechtsbellizismus“ im Umfeld von Rot-Grün“ und einem „antideutschen Bellizismus, zunächst um die Hamburger Monatszeitschrift ‚Konkret‘,

aber nur, um gleich wieder vermeintliche Gemeinsamkeiten zu finden: „Beide Belizismen verfolgten völlig unterschiedliche politische Projekte, überschritten sich aber argumentativ: Verhinderung eines Völkermords, eines Genozids oder eines neuen Auschwitz, Bekämpfung faschistischer Diktaturen, Verteidigung Israels, Verteidigung der Zivilisation und der Freiheit wurden als ‚gute Gründe‘ für die Zustimmung zum Krieg genannt.“ Er weigert sich aber, jene Stellen, die den Belizismus von *Babamas-* oder *Konkret*-AutorInnen belegen sollen, korrekt zu zitieren. Sein Beitrag kommt ohne eine einzige Quellenangabe aus. Für Hierlmeier ist einfach jede und jeder, der oder die im Zusammenhang mit dem Irak darüber nachdachte, ob es auch positive Effekte haben könnte, das Ba'th-Regime mit einer US-Militärintervention zu stürzen, ein Kriegshetzer.

Implizit stellt er damit auch einen großen Teil der irakischen Opposition, von den kurdischen Parteien PUK und KDP über einige islamische Parteien, die Assyrische Demokratische Bewegung bis hin zur Kommunistischen Partei Kurdistans, die der US-Intervention wesentlich positiver gegenüberstand als die Irakische Kommunistische Partei, ebenfalls als Kriegshetzer dar. Das geschieht jedoch nicht explizit, denn die Irakis selbst kommen bei Hierlmeier, wie bei so vielen deutschen KommentatorInnen, überhaupt nicht vor. Jene Menschen, wegen denen man sich angeblich gegen den Krieg aussprach, sind lediglich Objekte am Rand des Geschehens und keine handelnden Subjekte, die ernst zu nehmen wären. Im Gegensatz zu lateinamerikanischen Linken scheinen sie auch dem BUKO keine Auseinandersetzung wert zu sein. Kann

das daran liegen, dass sie sich durch ihre Zusammenarbeit mit den Besatzern – schließlich ist auch die Irakische Kommunistische Partei trotz ihrer Ablehnung des Krieges im neuen Übergangsrat vertreten – nicht als Projektionsfläche für versteckten Antiamerikanismus eignen?

Hierlmeier ignoriert die simple Tatsache, dass es zumindest ein historisches Beispiel gibt, in dem ein Krieg das Massenmorden beenden konnte. Den Verweis auf das militärisch herbeigeführte Ende der deutschen Vernichtungsmaschinerie sieht er nur als Relativierung der Shoah und nicht als eben jenes Beispiel, das einen dogmatischen Pazifismus diskreditiert, weil faschistische Diktaturen nun einmal nicht mit guten Wünschen wegzubitten sind. Wen wundert es da noch, wenn Hierlmeier ganz im Sinne von Martin Walsers „Auschwitzkeule“ meint, es ginge der an-

teutschen Kritik nicht mehr um Begründungen, sondern nur mehr „um einschlägige Assoziationsketten (...): ‚Wer als erster Auschwitz sagt, hat gewonnen.‘“ Wäre Hierlmeier nicht einer der Mitherausgeber des Buches könnte noch gefragt werden, ob die Herausgeber nicht wenigstens hier die Notbremse hätten ziehen können. Solche verbalen Entgleisungen scheinen aber der Intention des gesamten Buches zu entsprechen.

Schade, dass sich auch der durchaus lesenswerten Aufsatz von Jörg Später über die Rezeption des Nahostkonflikts in der deutschen Linken oder der Beitrag von Manuela Bojadzjiev, Serhat Karakayali und Vassilis Tsianos über Migration in dieser Gesellschaft wiederfinden.

BUKO (Hg.): radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Assoziation A, Berlin 2003, 272 Seiten, 16,- Euro

Abdelwahab Meddeb: Die Krankheit des Islam. Das Wunderhorn, Heidelberg 2002, 256 Seiten, EUR 28,80

Navid Kermani: Dynamit des Geistes; Martyrium, Islam und Nihilismus. Wallstein, Göttingen 2002, 70 Seiten, EUR 14,-

Meddeb und Kermani haben zwei sehr ähnliche Bücher zur Entwicklung des Islam vor und nach dem 11. September geschrieben. Beide zeugen von großer Sachkenntnis bezüglich islamischer Geschichte und Religion. Die Selbstmordanschläge auf das World Trade Centre interpretieren sie als nihilistische Tat, die zuallererst ein Produkt der Moderne wäre und nicht mit der islamischen Tradition zu erklären sei. Die Attentäter von 9/11 waren keine verzweifelten Jugendlichen, sondern entstammten verwestlichten Mittel- und Oberschichten. Kermani weist darauf hin, dass sich unter ihnen Studenten befanden, „die sich in Deutschland oder anderen westlichen Ländern vollständig integriert zu haben schienen, gute Zeugnisse aufwiesen, (...) sich zur Entspannung auch mal einen Joint drehten und am Wochenende zum FC St. Pauli (...) pilgerten.“ So interessant diese Analysen und die angedeuteten Vergleiche mit der japanischen Aum-Sekte und anderen apokalyptischen Attentätern sind, so sehr scheint die nietzscheanische Interpretation der Massenmorde des 11. Septembers als Verkürzung. Insbesondere das Rekurrenzen auf die „Halbbildung“ der Aufsteiger der arabischen Welt genügt nicht als Erklärung. T. S.

Der Irak nach Saddam Hussein

Mittwoch, 14. Jänner 2004, 19 Uhr

Grünes Haus
Lindengasse 10, 1070 Wien

mit Thomas von der Osten-Sacken

Thomas von der Osten-Sacken, Mitbegründer der seit 13 Jahren im Nordirak tätigen Hilfsorganisation Wadi e. V. und unseren Leserinnen und Lesern als Autor in der Nummer 4-5/2003 von **Context XXI** bekannt, hat nach dem Sturz des Ba'th-Regimes mehrmals den Irak bereist. Er berichtet über die aktuelle politische und soziale Situation im Land.

Eine Veranstaltung von Wadi e. V. und der
Grünalternativen Jugend Wien

www.wadi.net

Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Symposium

11. bis 20. Jänner 2004

Montag, 12. 1., 19 Uhr

Republikanischer Club
Rockhgasse 1, 1010 Wien

Widerstand und Geschichte

Katrin Auer – Marianne Enigl
Magdalena Bogner – Sieglinde Bolbecher
Moderation: Wolfgang Lamsa

Dienstag, 13. 1., 19.30 Uhr

Republikanischer Club
Rockhgasse 1, 1010 Wien

Context XXI – Frauen im Widerstand

Heidelinde Hammer und AutorInnen

Mittwoch, 14. 1., 19 Uhr

Hörsaal A – Altes AKH
Spitalgasse 2, 1090 Wien

Jahrbuch der Theodor Kramer Gesellschaft – Frauen im Exil

Siglinde Bolbecher und AutorInnen

Donnerstag, 15. 1., 19 Uhr

Institut Français – Salon Rouge
Währingerstraße 30, 1090 Wien

Widerstand in Frankreich und Belgien

Rita Thalmann – Ingrid Strobl – Michel Cullin
Moderation: Dominique Dörflinger

Montag, 19. 1., 19 Uhr

ESRA
Tempelgasse 5, 1020 Wien (obligatorische Anmeldung unter info@esra.at und Mitbringen eines Lichtbildausweises)

Widerstand, Trauma und Gesellschaft

Laurie Cohen – Traude Tauber – Siglinde Bolbecher
Moderation: Danielle Spera

Dienstag, 20. 1., 19 Uhr

Hörsaal A – Altes AKH
Spitalgasse 2, 1090 Wien

Zeitzeuginnen

Tusia Herzberg – Antonia Bruha – Anna Jug
Moderation: Hannah Lessing

Film-Matinee

Sonntag, 11. 1. 2004, 11 Uhr

Künstlerhaus Kino
Akademiestraße 13, 1010 Wien

Sag keinem, wer du bist.

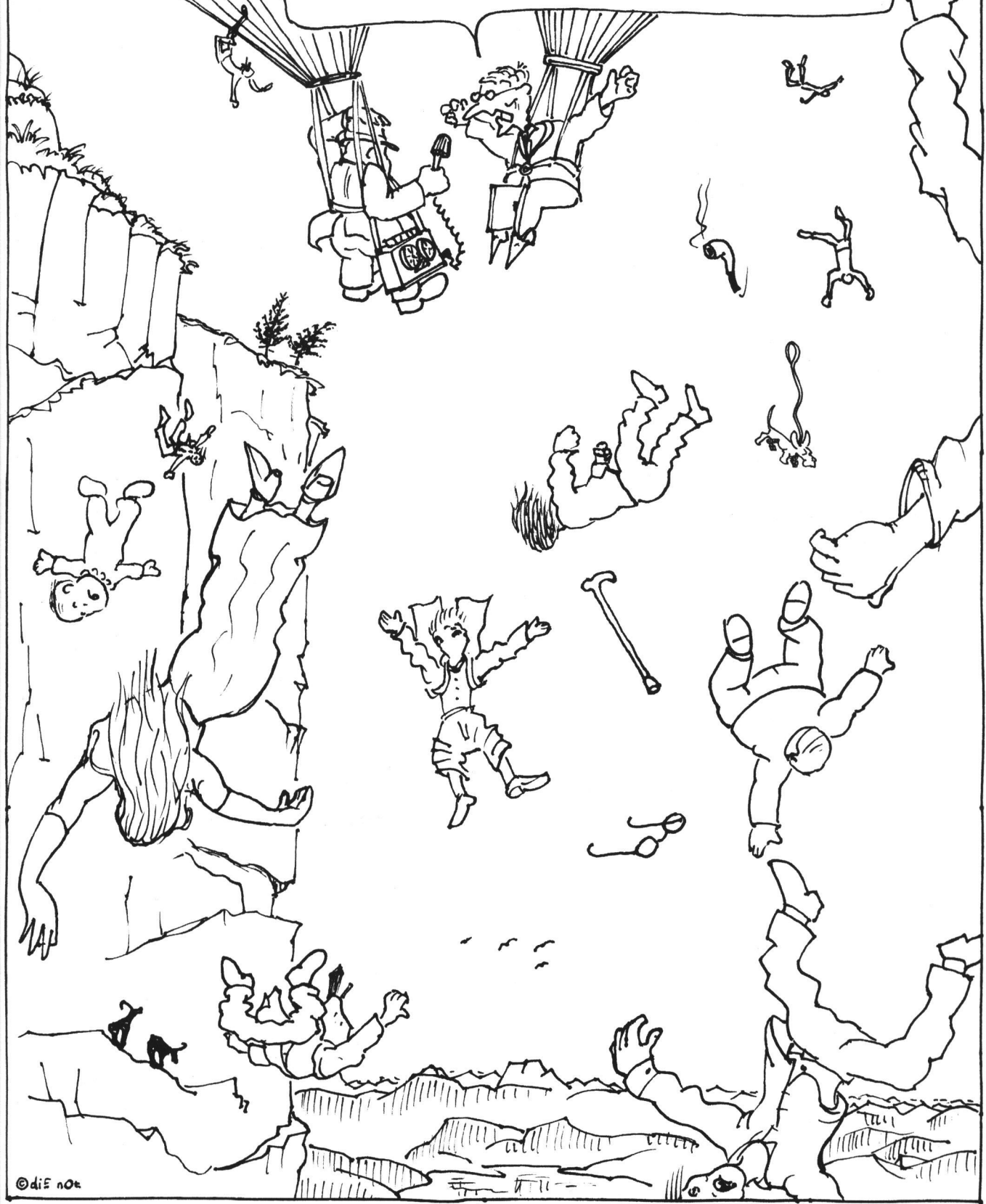
Die Rettung jüdischer Kinder in Belgien

Dokumentation von Ingrid Strobl
60 Min., Köln (WDR) 1994

Weitere Informationen von alexander.schuermann@reflex.at.

Organisiert von LICRA-Österreich, Theodor Kramer Gesellschaft, Mnemosyne – ZEIT-Schrift für jüdische Kultur, Context XXI.
Unterstützt von Frauenbüro Wien (MA 57), ÖH-Bundesvertretung, LICRA-Frankreich, Grüne Wien, Republikanischer Club.
In Zusammenarbeit mit Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, ESRA, Institut Français de Vienne.

Wenn sie sich ein wenig umsehen, werden sie feststellen,
wie rapide es mir unserem Land aufwärts geht,
ja auch mit der Umwelt, und das besonders
für den kleinen Mann von der Straße!



CASTILLO comida y ron

comidas tropicales * parilla criolla * rhumerie
Stubenring 20 A-1010 Wien T 512 94 04 castillo@aon.at www.castillo-comida.at

